

ÖKOSTEUERNEWS 35 – JULI 2005

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOSOZIALEN FINANZREFORM

FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.

GREEN BUDGET GERMANY

Landsbergerstr. 191 80687 München <http://www.foes.de> und <http://www.eco-tax.info>
Fon 089-520113-13 Fax 089-520113-14 foes@foes.de

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.

Wir sind auf Spenden unserer Leser dringend angewiesen

(Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000, IBAN DE87430609678043713000).

ISSN 1611-4035

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL	2
2.	FÖS-TERMINE UND VERANSTALTUNGEN.....	8
3.	SPEZIAL: BUNDESTAGSWAHLEN	8
4.	AUTOVERKEHR.....	17
5.	EMISSIONSHANDEL.....	23
6.	FLUGVERKEHR	24
7.	ENERGIE.....	32
8.	ÖLPREISENTWICKLUNG	37
9.	KLIMAWANDEL	40
10.	G8-GIPFEL ZUM KLIMASCHUTZ	48
11.	ZITATE UND BEDENKENSWERTE	50
12.	JOBS.....	51
13.	LINKS UND PUBLIKATIONEN.....	52
14.	VERANSTALTUNGEN.....	53

1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde des FÖS,

die Neuwahlankündigung des Kanzlers nach den NRW-Wahlen hat auch in Sachen ÖSR einiges in Bewegung gebracht. Anders noch als 2002 erklärt die CDU/CSU nun öffentlich die Ökosteuer nicht (mehr) abschaffen zu wollen. Gleichzeitig gehen die Grünen erstmals ohne die Forderung nach weiteren Erhöhungsschritten in den Wahlkampf. Selbst in der FDP erklären Finanzpolitiker, die von Westerwelle geforderte Reduzierung der Ökosteuer um ein Drittel sei nicht finanzierbar. So ergeben sich neue Fronten.

Als Herr Gottschalk vom Verband der Automobilindustrie kürzlich die Rücknahme der ÖSR forderte, widersprach Wirtschaftsminister Clement ihm vehement und verwies dabei auf die Gemeinsamkeiten mit der Opposition. Erstmals scheint die Ökologische Steuerreform damit nicht zum polarisierenden Wahlkampfthema zu werden.

Umso wichtiger bleibt die kontinuierliche, überparteiliche Arbeit des FÖS. Der seit fünf Jahren durchgeführte Tag der Ökosozialen Marktwirtschaft am 12. September, der vor fünf Jahren vom damaligen Bundeswirtschaftsminister Werner Müller und der Stiftung für Ökologie und Demokratie ausgerufen wurde, findet nun passend zum voraussichtlichen Wahltermin statt und wir freuen uns weiter über Ihre Anmeldungen. Das schon fertig geplante Hearing zur Reform der Ermäßigungen für Unternehmen bei der ÖSR musste hingegen leider ausfallen und wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Allen die daran Interesse hatten, an dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank!

Ohne die nationale Debatte um die ÖSR zu vernachlässigen, wird sich der FÖS in den nächsten Monaten mit der Ökologischen Steuerreform in Osteuropa beschäftigen. Dazu starten wir mit der Unterstützung des Umweltbundesamtes mit einer großen Konferenz am 12. Oktober in Berlin.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Christian Meyer und Andrea Sauer (FÖS)

Merkelsteuer ohne Mehrwert

Wer Arbeit entlasten will, sollte nicht den Konsum belasten

[Dr. Anselm Görres, 22. 7. 2005] Und wenn du denkst, es geht nicht mehr, dann kommt von irgendwo ein Lichtlein her. Das Lichtlein, nach dem die Union angesichts der fiskalischen Nöte greifen will, ist leider nur der trübe Schein einer Mehrwertsteuererhöhung. Die Umsatzsteuer, wie ihr amtlicher Name lautet, gilt fiskalisch Konservativen (die es neuerdings sogar bei den Grünen gibt), als bequemster Notnagel zum Stopfen von Finanzlöchern. Um sie zu erhöhen, muss man nur eine einzige Ziffer im Gesetz ändern, sie gilt als allokatonspolitisch „neutral“ – und außerdem liegen wir innerhalb der EU-Mehrwertsteuerskala doch ganz niedrig, oder?

Dass Unionspolitiker gern auf die Mehrwertsteuer setzen, überrascht wenig. Hat doch die Kohl-Regierung die Mehrwertsteuer gleich dreimal erhöht: 1983 von 13 auf 14 Prozent, 1993 auf 15 Prozent und noch 1998 auf 16 Prozent. Übrigens meist mit anfänglichem Protest und anschließend braver Mitwirkung der FDP. Von diesem Verhalten der Liberalen darf man auch im Fall eines Wahlsiegs im September ausgehen.

Doch Polemik führt nicht weiter. Das Merkelpaket ist der rot-grünen Ökosteuerreform weit ähnlicher, als man nach Merkels jahrelangem Kampf gegen diese ÖSR vermuten würde. Beide Ansätze eint das Bestreben, den Faktor Arbeit durch höhere indirekte Steuern zu entlasten. In diesem wesentlichen Punkt unterscheidet sich die von der Union für 2006 geplante Erhöhung auf 18 Prozent von den meisten früheren Anhebungen.

Leider verfolgt Frau Merkel den richtigen Zweck auf falschem Weg. Statt blinder Verteuerung jeglichen Konsums wäre es intelligenter, auf die gezielte Besteuerung von Verbräuchen zu setzen, die der Umwelt schaden. Zum Beispiel Flugverkehr.

Bei der Merkelsteuer scheint es ausnahmsweise nicht vorrangig um Geld für den Fiskus zu gehen. Von 16 Milliarden Euro, die man sich von der

Maßnahme verspricht, sollen 14,6¹ wieder an Bürger und Wirtschaft zurückfließen, nämlich durch Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung (ALV) von derzeit 6,5 auf dann 4,5 Prozent. Das macht die Sache interessant.

Auch wenn derartige Parallelen von den Urhebern dieses Konzepts wohl kaum intendiert sind, springen Freunden der Ökologischen Steuerreform die Analogien zur ÖSR sofort ins Auge. Bei dieser Reform wurde das Gesamtvolumen der Energiesteuern von 1999 bis 2003 in fünf Stufen um insgesamt 18,7 Milliarden Euro jährlich erhöht. Von diesen Erlösen flossen über 16 Milliarden in die Finanzierung der Rentenversicherung, der Rest in den Bundeshaushalt.

Gemeinsam ist beiden Maßnahmenbündeln somit der Grundgedanke einer Lastverlagerung im Abgabensystem zugunsten des Faktors Arbeit, durch Senkung von Lohnnebenkosten und Erhöhung indirekter Steuern. Schon diese Ähnlichkeit in der Grundintention sollte Anhängern der rotgrünen Ökosteuer je vorschnelle Polemik gegen das Merkelsche Verlagerungspaket verbieten. Doch andererseits legen gerade die auffälligen Ähnlichkeiten die Frage nach den Unterschieden nahe. *Vive la petite différence!*

Aufkommensneutralität: Nur von der Ökosteuer gefordert

Bei der Ökosteuerdebatte Mitte der 90er Jahre hätten wir uns niemals getraut, weniger als 100 Prozent „fiskalisches Recycling“ zu versprechen. Jeder Pfennig Ökosteuer – so mussten damals alle Befürworter schwören – sollte Bürgern und Wirtschaft wieder zurückgegeben werden. Auf keinen Fall dürfe der Staat zum Gewinner der Ökosteuer werden! Niemand forderte das übrigens lauter als die damaligen Ökosteuergegner.

Mit der tatsächlich erreichten 90-prozentigen Aufkommensneutralität hat Rot-Grün das Versprechen von 1998 weitgehend erfüllt. Nur zehn Prozent flossen nicht in die Rentenfinanzierung – auch davon wurde ein Teil nur genutzt, um eine vielfach erhobene Bürgerforderung zu erfüllen, nämlich Verwendung der Ökosteuererträge für ökologische Zwecke. Rund eine halbe Milliarde

¹ Ein Prozentpunkt Senkung der ALV-Beiträge kostet 7,3 Milliarden Euro (FAZ vom 16.7.05).

Euro flossen in die Förderung erneuerbarer Energien.

Doch seltsam: Bei der Mehrwertsteuererhöhung bewegt die Frage, wie viel davon an die Bürger zurückfließt, die Öffentlichkeit eher wenig. Zweifel sind erlaubt, ob die angekündigte Senkung der ALV-Beiträge wirklich in voller Höhe zustande kommt. Manches deutet daraufhin, dass die diesbezüglichen Absichten sehr viel weniger belastbar sind als der Beschluss zu höheren Mehrwertsteuern. Dennoch wäre es im Falle einer Mehrwertsteuererhöhung ein für Bürger und Wirtschaft wichtiger Erfolg, wenn wirklich 14,6 der erwarteten 16 Milliarden auf die beschriebene Weise „recyclet“ würden.² Dann bliebe auch die „Merkelsteuer“ zu 90 Prozent aufkommensneutral.

Insgesamt fällt auf, dass der Legitimationsdruck, unter dem die Ökosteuer stand, weit höher war als jemals bei einer Mehrwertsteuererhöhung. Was mussten die Befürworter der ÖSR nicht alles vorrechnen und versichern. Trotz aller Kritik, unter der heute auch die Mehrwertsteuer-Erhöher stehen – keiner von ihnen muss sich gegen so viele und heftige Einwände rechtfertigen, wie wir es Mitte der 90er Jahre tun mussten.

Lastverlagerung und volkswirtschaftliche Steuerquote

Man könne doch in einer Zeit, in der es dringend darum gehe, die volkswirtschaftliche Steuerquote zu senken, nicht die Mineralölsteuer erhöhen. So war es während der gesamten Ökosteuerdebatte zu hören, bis zum heutigen Tag. Die Mehrheit der Ökosteuergegner stellten und stellen sich hier wohl absichtlich dumm, obwohl die Fakten sie längst widerlegt haben. Die Erhöhung der Energiesteuern lässt sich selbstverständlich mit einer Senkung der Gesamtabgabenquote verbinden –

²

Kurios war, dass ausgerechnet ein eher armes Bundesland wie Sachsen erklärte, notfalls auf seine Anteile am Mehrwertsteueraufkommen verzichten zu können, während das wohlhabende Bayern auf seinem Anteil bestand.

Kurios ist übrigens auch, dass diejenigen, die bei der Ökosteuer immer vor sinkenden Erträgen durch die so genannte Selbsterschöpfung (Leute kaufen weniger Energie) warnten, die gleiche Gefahr bei der Mehrwertsteuer ignorieren. Eichels Finanzministerium rechnet hingegen mit einer ganz erheblichen Selbsterschöpfung auch der Mehrwertsteuer und setzt deren Erlöse statt mit 16 nur mit 12,4 Milliarden an (SZ vom 16.7.05)!

man muss nur andere Steuern oder Abgaben stärker senken, als man die Ökosteuer erhöht.

Genau das geschah. Von 1999 bis 2003 *sank* die gesamtwirtschaftliche Abgabenquote um mehr als vier Prozent, weil Rot-Grün 2001 mit der Steuerreform begann. Insgesamt wurden die Bürger dabei um über 50 Milliarden entlastet – vielleicht sogar um mehr, als der Staat sich leisten kann.

Nach dem Regierungsprogramm der Union steht zunächst einmal eine Mehrbelastung zum Januar 2006 bevor – hoffentlich gemildert durch gleichzeitige Senkung der ALV-Beiträge. Mit einer Entlastung in auch nur annähernd vergleichbarer Größenordnung wie unter Rot-Grün ist derzeit kaum zu rechnen. Denn mit guten Gründen zögert die Union, den Bürgern Steuersenkungen zu versprechen. Es geht ihr eher darum, durch breitere Basis niedrigere Sätze zu ermöglichen.

Der entscheidende Punkt ist nur: Selbstverständlich kann man intelligente Lastverlagerungen innerhalb des Abgabensystems mit anderen Maßnahmen so kombinieren, dass am Ende eine höhere oder niedere Abgabenquote herauskommt. Wer das Gegenteil behauptet, weckt Zweifel an seiner Pisa-Tauglichkeit.

Konjunkturelle Auswirkungen

Bei der Ökosteuer waren sich die Gegner aus dem liberal-konservativen Lager eigentlich schon vor jeder Debatte sicher, dass sie Arbeitsplätze nur vernichten könne. *Bedeutet höhere Steuern nicht immer weniger Arbeitsplätze?* – so primitiv war die damalige Anti-ÖSR-Propaganda gestrickt. In Tat und Wahrheit hat die Ökosteuer Arbeitsplätze geschaffen und gesichert – 180.000 bis 250.000 nach den Untersuchungen des DIW. Hinzu kommen bis zu 130.000 Arbeitsplätze im Bereich der Erneuerbaren Energien, die zum Teil auch aus Mitteln der ÖSR gefördert wurden. Durch die Kombination industriefreundlicher Ausnahmeregelungen mit einer Senkung der Rentenversicherungsbeiträge kam es zu einer Nettoentlastung³ der Industrie von rund einer Milliarde Euro. Bis

3

Nach Untersuchungen des Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung von 2003 wurde das verarbeitende Gewerbe durch die Ökologische Steuerreform netto um 972 Millionen Euro entlastet.

heute weigern sich die Gegner, das zur Kenntnis zu nehmen.

Auch die Merkel-Kombi von höheren Mehrwertsteuern und niedrigeren ALV-Beiträgen dürfte keineswegs nur negative Beschäftigungseffekte haben. Von einer Entlastung bei den Nürnberger Beiträgen profitieren alle sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer. Für rund 26 Millionen Personen, mit Familien insgesamt ca. 50 Millionen Personen, erhöht sich das Nettogehalt um etwa 1,5 Prozent.⁴ Zugleich mindern sich die Lohnkosten der Unternehmen um deutlich weniger als 1 Prozent. Die absolute Entlastung beträgt für beide Gruppen rund 7,3 Milliarden – pro Arbeitnehmerhaushalt sind das etwa 270 Euro. Beides, die Kostensenkung der Firmen wie die Nettogehaltserhöhung der Arbeitnehmer, hat positive Beschäftigungseffekte.

Doch gegenüber steht dem ein **Entzug von 16 Milliarden wirksamer Nachfrage, für die Unternehmen also spürbare Absatz- oder Erlöseinbußen**. Nicht der leistungsstarke Exportsektor ist getroffen, sondern genau jene Bereiche, die ohnehin schon angeschlagen sind: Handwerk und Mittelstand, Konsumgüterhersteller und konsumnahe Dienstleister.⁵ Gerade ergebnisschwache Unternehmen, die weder von vergangenen noch von künftigen Senkungen der Gewinnsteuern profitieren, weil sie gar keinen Gewinn machen, würden von höheren Mehrwertsteuern besonders hart getroffen.

Per saldo entzieht der Staat rund drei Milliarden dem Kreislauf, denn sie sollen in die Haushaltskonsolidierung fließen. Fast alle Kommentatoren sind sich in diesem Punkte einig: Angesichts der

4

Die Beitragssenkung beträgt je ein Prozent des Bruttogehalts für Arbeitgeber und Arbeitnehmer (oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze etwas weniger). Bei einer durchschnittlichen Abgabenlast von einem Drittel erhöht sich das Nettogehalt um etwa 1,5 Prozent.

5

Wieder einmal fein raus ist nur die klassische FDP-Klientel der betuchten Freiberufler: Soweit sie für Unternehmen arbeiten, spielt die Mehrwertsteuer eh keine Rolle. Und diejenigen, die Leistungen an Haushalte erbringen, sind zum Teil von der Mehrwertsteuer befreit (wie zum Beispiel Ärzte) oder durch Gebührenordnungen vor den Härten der Marktwirtschaft weitgehend geschützt (wie zum Beispiel Anwälte, Architekten oder Notare). Auch deswegen kann man wohl von der Zustimmung der FDP ausgehen, trotz aller Schwüre zum Gegenteil.

lahmenden Binnenkonjunktur ist dies das falscheste aller Signale.

Merkelsteuer viel ungerechter als Ökosteuer

Wie gut habe ich sie noch im Ohr, die Klagen über die angebliche soziale Ungerechtigkeit und Familienfeindlichkeit der Ökosteuer! Wer hat sich damals nicht alles zum Anwalt der sozial Benachteiligten gemacht, den man in dieser Robe sonst kaum erlebt hatte! In Wahrheit war die Ökosteuer bei weitem sozialer als ihr Ruf. Belastet wurden vor allem jene, die überdurchschnittlich viel Energie verbrauchten. Da aber zum Beispiel Autofahrer bis heute nur einen Bruchteil der von ihnen verursachten gesellschaftlichen Kosten tragen – auch die Ökosteuer ändert daran wenig – kann man allenfalls vom Abbau einer ohnehin höchst fragwürdigen Dauersubvention sprechen. Eine wirkliche Ungerechtigkeit vermag ich darin nicht zu erkennen. Nicht umsonst hat auch das Bundesverfassungsgericht in seinen Urteilen vom 20.04.2004 alle Klagen gegen die Ökosteuer zurückgewiesen.

Zugleich hat die ÖSR aber **alle Familien sozialpflichtiger Arbeitnehmer und alle Rentnerhaushalte entlastet** – zusammen also über 80 Prozent der Bevölkerung. Denn ohne Ökosteuer wären heute mit Sicherheit die Renten etwas niedriger, die Beiträge aber höher. Lediglich Studenten, Beamte und Freiberufler ohne Sozialversicherungspflicht gingen beim Ausgleich leer aus. Doch auch sie konnten, wie alle Konsumenten, ihre Ökosteuerbelastung durch entsprechende Änderungen ihres Energieverbrauchs aktiv beeinflussen. Anders als bei allen anderen Abgaben ist **Steuervermeidung bei der ÖSR ausdrücklich erwünscht!** Zudem profitierten alle Bürger davon, dass arbeitsintensive Produkte und Dienstleistungen tendenziell billiger wurden.

Der Mehrwertsteuer kann dagegen nur eine Minderheit entfliehen – am ehesten noch die, die so wohlhabend sind, dass sie große Teile ihres Einkommens in die Ersparnis fließen lassen oder im Ausland konsumieren, zum Beispiel beim Wochenendurlaub im Kitzbühler Chalet. Der inländische Konsument kann allenfalls den Gürtel enger schnallen.

Korrektur von Konstruktionsfehlern der deutschen Sozialversicherung

Vor der Diskussion um die Ökosteuer und ihre Verwendung zur Erhöhung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung gab es seit Jahrzehnten die überaus berechtigte Klage, dass die Rentenversicherung in ganz erheblichem Maße mit sogenannten „versicherungsfremden Leistungen“ belastet sei. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften waren sich – selten genug – darin einig, dass diese Lasten, wenn der Gesetzgeber sie denn abdecken wolle, nicht von den Pflichtversicherten, sondern der Öffentlichkeit zu tragen seien. Mit der Erhöhung des Bundeszuschusses um rund 16 Milliarden Euro auf 77 Milliarden Euro hat die Bundesregierung also eine uralte Forderung von BDI und DIHT erfüllt – leider ohne jemals dafür auch nur die geringste Anerkennung zu erhalten.⁶ Mit Hilfe der Ökosteuer gelang es, einen jahrzehntelangen Missstand zu beheben. Endlich wurde die Finanzierung rentenpolitischer Lasten, die etwa durch die deutsche Einheit entstanden, aber auch durch bildungs-, frauen- oder familienpolitische Ziele, zur Aufgabe der gesamten Steuerzahlerschaft gemacht. Diese Entlastung der Beitragszahler war überfällig!

Ebenso legitim und notwendig wäre es, die versicherungsfremden Leistungen der Bundesagentur für Arbeit in den Bundeshaushalt zu verlagern. Wie bei der Rente lässt sich auch bei der Arbeitslosenversicherung trefflich darüber streiten, welche Leistungen nun im Einzelnen schon als versicherungsfremd oder noch als beitragsbezogen anzusehen sind. Es gibt hierzu zwar eine Vielzahl von Gutachten und Meinungen, aber letztlich keine hundertprozentig objektiven Kriterien – wie denn auch. Dennoch deckt sich das von Frau Merkel ins Auge gefasste Entlastungsvolumen mit einer Reihe vorliegender Untersuchungen.⁷

⁶ Die versicherungsfremden Leistungen in der Rente werden auf 70 bis 80 Mrd. Euro geschätzt. Nach amtlicher Auskunft hat es die ÖSR bei der Rentenversicherung bewirkt, „*dass die Beitragszahler heute nicht mehr an der Finanzierung nicht beitragsgedeckter Leistungen beteiligt sind*“ (Bundestagsdrucksache 15/1164).

⁷ Der Bund der Steuerzahler schätzt in seiner Studie vom November 2002 „*Versicherungsfremde Leistungen in der Arbeitslosenversicherung*“ deren Umfang auf 14,6 Milliarden Euro.

Auch der FÖS hätte wahrscheinlich, wenn in der aktuellen Lage eine flächendeckende Fortsetzung der Ökosteuer politisch durchsetzbar wäre, für die zusätzlichen Erträge kein weiteres „Tanken für die Rentenfinanzierung“ befürwortet, sondern stattdessen eine Entlastung der Arbeitslosenversicherung. Dieser Teil des Merkel-Pakets findet somit unsere uneingeschränkte Zustimmung.⁸

Völker hört die Signale – aber bitte die richtigen!

Fast 300 Jahre nach der Geburt von Adam Smith (1723-1790) ist seine Botschaft immer noch nicht bei allen angekommen. Die Marktwirtschaft vermag unendlich viel, wenn nur die Preise die Wahrheit sagen. Falsche Preise geben falsche Signale. Mit einer Mehrwertsteuererhöhung gibt man der Wirtschaft lauter falsche Signale: Konsumiert weniger, spart mehr und exportiert!

Deswegen bleibt es bei unserer Kritik: Außer Geld in die Staatskasse bringt die Mehrwertsteuer keinerlei Mehrwert. Wenn es je eine Abzockersteuer gab, so war, ist und bleibt dies die Mehrwertsteuer. Adam Smith erkannte als erster, das alles, was in einer rationalen Wirtschaftsordnung stattfindet, letztlich dem Ziel des Konsums zu dienen hat. Auch Investition und Export – letztlich nur unterschiedliche Verwendungen der volkswirtschaftlichen Ersparnis – machen nur Sinn in der Absicht, damit höheren Konsum in der Zukunft zu ermöglichen.

Doch diese simplen Wahrheiten von Lehrvater Smith sind selbst heute noch bei vielen Ökonomen von calvinistischer Spar- und Verzichtbegeisterung überwuchert. Daran ist nichts liberal, das ist allenfalls ein Erbe puritanischen Denkens.

Kurioserweise setzt die Sparbegeisterung der heutigen Liberalen exakt dort aus, wo Sparen überaus sinnvoll ist: nämlich beim Umgang mit knappen natürlichen Ressourcen. Auch hier sind die Lehren von Smith und vielen Klassikern bis hin zu Pigou (Erfinder der Ökosteuer) von den wieselflinken Gaudiliberalen entweder gar nicht

den Euro – also exakt das Volumen, um das die Union die ALV entlasten möchte (http://www.karl-braeuer-institut.de/download/Kurzfassung_96.pdf).

8

Schon in unserem Memorandum 1995 hatten wir diese Verwendung der ÖSR-Erträge als Alternative zur Rentenbeitragsenkung befürwortet.

verstanden oder schnell vergessen worden. Wir brauchen aber Signale, die uns gezielt dazu anreizen, den Umweltkonsum zu vermindern, und keine flächendeckende Bestrafung des per se wünschenswerten Konsums.

Den Unterschied zwischen richtigen und falschen Signalen zeigt der Vergleich der deutschen und amerikanischen Ölimporte. Von 1998 bis 2004 haben die USA ihre Rohölimporte **um 23 Prozent gesteigert** (von 9,7 auf 11,9 Millionen Barrel am Tag). Wir Deutschen konnten sie im gleichen Zeitraum **um 11 Prozent senken** (von 2,8 auf 2,5 Millionen Barrel)!⁹

Apropos USA: Die Neoliberalen schauen doch sonst so gern nach Amerika – warum nicht einmal bei der Besteuerung des Konsums? Im Vergleich zu den Mehrwertsteuersätzen im „alten Europa“ liegen die dortigen *Sales Taxes* auf lächerlich niedrigem Niveau.

Tragische Selbstblockade der ehemaligen Umweltministerin

Schon Schäuble hat die historische Chance verpasst, zum Bismarck der Ökologie zu werden. Bismarcks Größe bestand darin, seine spießbürgerlichen Koalitionspartner zur Verabschiedung der Sozialversicherung zu zwingen – also eine „linke“ Forderung zu erfüllen, gegen die alle damaligen Rechten und Rechtsliberalen Sturm gelaufen waren. So wie er hätte sich Schäuble einen Ehrenplatz in der Geschichte verdient, wenn er sein verbales Engagement für die Ökosteuer um- und gegen Kohl durchgesetzt hätte. Er hätte dann als Kanzler einer schwarzgrünen Koalition die Ökosteuer einführen und Deutschland ins Zeitalter der sozialökologischen Marktwirtschaft führen können. Doch es fehlte ihm der Mut – oder es siegte der „machiavellistische Intellektuelle“ (Kurt Kister, SZ) in ihm.

Bei Frau Merkel scheint das machiavellistische Element noch deutlich stärker ausgeprägt. Auch die ehemalige Befürworterin der Ökosteuer könnte, wenn sie nur wollte, all die Vorteile, die sie sich von ihrem Lastverlagerungspaket ver-

9

USA: Von 9,7 Millionen Barrel pro Tag 1998 auf 11,9 Mio. Barrel pro Tag 2004. Deutschland: Von 2,8 Millionen Barrel pro Tag 1998 auf 2,5 Mio. Barrel pro Tag 2004, Quelle: OECD 2005.

spricht, mit der Ökosteuer mindestens ebenso gut erreichen. Die ökologischen Lenkungseffekte der Ökosteuer gäbe es noch gratis obenauf. Dabei müsste es sich keineswegs um eine bloße Fortsetzung der bisherigen Ökosteuer handeln, es gäbe so viele andere Möglichkeiten:

- Nach wie vor wird Diesel ohne jede rationale Rechtfertigung bei der Mineralölsteuer um 18,4 Cents pro Liter bevorzugt. Allein der Abbau dieser Dieselsubvention brächte über fünf Milliarden in die Staatskasse. Man könnte und müsste diese Maßnahme mit einer aufkommensneutralen Reform der Kfz-Steuer kombinieren, ebenfalls seit Jahren überfällig.
- Blair und Chirac, ja fast die gesamte EU denken zur Zeit intensiv über eine höhere Belastung des Flugverkehrs nach. Heute gibt es nicht nur keine Kerosinsteuer – Auslandsflüge unterliegen nicht einmal der Mehrwertsteuer. Das Abschaffen dieser anachronistischen Förderung des umweltschädlichen Flugverkehr brächte drei bis vier Milliarden.
- Mit dem Abbau übertriebener Ausnahmeregelungen und einer Kombination weiterer kleiner Schritte ließen sich insgesamt weitere drei bis vier Milliarden erheben.

Was man immer vergisst: Einen Teil der Ökosteuerlasten trägt das Ausland, zum Beispiel die OPEC-Länder als Rohöllieferanten, über Preis- und Mengeneinbußen beim Import nach Deutschland. Auch eine höhere Belastung des Flugverkehrs würde teilweise das Ausland treffen. Wenn die Leute statt Urlaubsflügen nach Mallorca Bahnreisen in den Schwarzwald unternehmen, sind die inländischen Beschäftigungseffekte sogar positiv. Wenn ein Autofahrer sein geliebtes Fahrzeug ab und zu einmal stehen lässt und dafür öffentliche Verkehrsmittel benutzt, fließt das Geld an die kommunalen Verkehrsbetriebe statt an die Ölscheichs – wo ist das Problem?

Insgesamt könnte eine Senkung der ALV um zwei Prozentpunkte weitgehend über eine intelligente Fortentwicklung der Ökosteuer erfolgen. Als pragmatischer Kompromiss wäre auch eine Kombination denkbar – Mehrwertsteuer ein

Prozent rauf, weitere acht Milliarden über Ökosteuermaßnahmen.¹⁰

Doch dazu würde es natürlich bei einer schwarz-gelben Koalition nicht kommen – ehrlicherweise wohl auch nicht bei Fortsetzung einer rot-grünen Konstellation.¹¹ Es ist nicht zuletzt der antiökologische Machiavellismus von Frau Merkel, aber auch von Herrn Westerwelle, der in Deutschland den Handlungsspielraum für ökofiskalische Maßnahmen enorm beschnitten hat. Frau Merkel ist zum Opfer ihrer eigenen, machtorientierten Rhetorik geworden: **Was sie als Umweltministerin noch vernünftig fand, könnte sie als Kanzlerin nicht mehr umsetzen, weil sie es als Kandidatin um des Sieges willen zu lange und zu heftig denunziert hat.** Leider ist dies nicht nur die persönliche Tragik der Angela Merkel. Es droht vielmehr zur Tragik eines ganzen Landes zu werden, das sich in den letzten Jahren durch kluge und mutige Umweltpolitik weltweit Achtung errungen hat.

Wenn heute auch Konservative und Liberale daran gehen, den Faktor Arbeit zu entlasten, indem sie indirekte Steuern erhöhen, dann ist das nicht zuletzt ein Verdienst der Ökosteuerbefürworter, die die relative Steuerbelastung der Faktoren Arbeit und Natur historisch als erste thematisiert haben.¹² Es ist ja schon ein Fortschritt, wenn Lastverlagerung innerhalb des Abgabensystems nicht länger tabuisiert bleibt – wie lange wurde jeder ausgepiffen, der nur irgendwo die kleinste Steuer erhöhen wollte! Aber unser Interesse war nie, den Faktor Arbeit durch undifferenzierte Diskriminierung des Konsums zu entlasten. **Nicht Konsum ist unser Problem,**

¹⁰ Ich danke insbesondere Fritz Vorholz von der ZEIT, der mich in einem Interview dazu brachte, mich diesem Gedanken zu öffnen (<http://www.foes.de/news33/1artikel2.html>), und meiner FÖS-Vorstandskollegin Bettina Meyer, die seit Jahren in diese Richtung argumentiert.

¹¹ Insbesondere im meerumschlungenen Schleswig-Holstein scheint bei Sozialdemokraten wie Grünen eine seltsame Affektion für die Mehrwertsteuer ausgebrochen zu sein – ob das an der Meerluft liegt? Oder schreiben die Kollegen Meerwert ohne h?

¹² Besondere Erwähnung verdienen in diesem Zusammenhang die bahnbrechenden Untersuchungen von Lorenz Jarass (1992) zur „Besteuerung der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital, Energie und Umwelt im internationalen Vergleich“, an denen zeitweise auch FÖS-Vorstandsmitglied Kai Schlegelmilch beteiligt war.

sondern Umweltzerstörung. Die Jahrhundertaufgabe bleibt weiterhin: Arbeit entlasten, Naturverbrauch höher belasten. Auf Dauer kann daran keiner vorbei, denn das Öl ist irgendwann nicht mehr da.

2. FÖS-TERMINE UND VERANSTALTUNGEN

Tag der Ökosozialen Marktwirtschaft am 12. September 2005, Umweltbundesamt Berlin

Zum Tag des fünfjährigen Bestehens der Ökosozialen Marktwirtschaft am 12. September 2005 organisiert die Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. in Zusammenarbeit mit dem FÖS die Veranstaltung „Von der sozialen Marktwirtschaft zur ökologischsozialen Marktwirtschaft“ in Berlin. Neben der Ökologischen Steuerreform in Deutschland, Europa und weltweit, wird es auch um die Verbindung mit dem Emissionshandel, der Entlastung der Sozialversicherungen und neuer Ansätze in der Ökosteuerdebatte gehen.

Mit dabei sind: Prof. Dr. Andreas Troge, Präsident des Bundesumweltamtes, Dr. Anselm Görres, Hans-Joachim Ritter, Dipl.Ing. Dr. h.c. Josef Riegler, Kai Schlegelmilch, Dr. Manfred Sauer, Dr. Herbert Kuhn, Mathias Berkel und Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger. Ab 15 Uhr wird dann auf dem Podium unter der Leitung von Hans-Joachim Ritter über Fragen zur Thematik diskutiert.

Weitere Informationen und Anmeldung unter: <http://www.foes.de/3aktuelles/index.html>

Konferenz: Ökosteuern in Osteuropa 12. Oktober 2005, Neue Mälzerei, Berlin

Deutschland hat in den vergangenen Jahren bereits Erfahrungen mit einer Ökologischen Steuer- und Finanzreform und deren Wirkung gesammelt, während in den EU-Beitrittsländern die Bemühungen um solche Reformen erst beginnen; durch ihren EU-Beitritt sind sie aber nun verpflichtet, Energiesteuern einzuführen. Ein

Austausch dieser Erfahrungen soll den Verfechtern einer Ökologischen Finanzreform in den Beitrittsländern helfen, Vorschläge für eine Umsetzung im eigenen Land zu entwickeln und – aus den Erfahrungen in Deutschland und anderer EU-Staaten heraus – Fehler zu vermeiden. Andererseits wird sich die Einführung von Ökologischen Steuerreformen in den EU-Beitrittsländern positiv auf die Diskussion in Deutschland auswirken, weil so dem Argument der Wettbewerbsbenachteiligung im europäischen Rahmen entgegengewirkt wird.

Mit dabei sind: Ein Vertreter der EU-Kommission, ein Referent aus jedem neuen Mitgliedsstaat aus einem beteiligten Ministerium, sowie Anselm Görres und Kai Schlegelmilch.

Veranstaltungsort:

Umweltforum, Neue Mälzerei

Friedenstraße 89/91

10249 Berlin

<http://foes.de/downloads/OsteuropaKonferenzProgramm.pdf>

Neue Infos auf unserer englischen Homepage zu den Neuen EU-Mitgliedern

Auf unserer englischen Homepage hat der FÖS unter besonderer Mithilfe unseres Praktikanten Stefano Panighetti eine aktuelle Übersicht über Öko- und Energiesteuern in allen zehn neuen Beitrittsländern der EU zusammengestellt. Neben Steuersätzen und Einnahmen sind auch kurze Texte zum Stand der politischen Diskussion und der Anpassung an die EU-Energiesteuerrichtlinie enthalten.

<http://www.eco-tax.info/5EUecotax/index.html>

3. SPEZIAL: BUNDESTAGSWAHLEN

Angela Merkel will die Energiewende bremsen

[Franz Alt, *sonnenseite.com*, 12. 5. 2005] Angela Merkel will den Ausbau des Ökostroms bremsen, die Laufzeit von AKWs verlängern und Klimaschutz stärker an internationalen Maßstäben

orientieren – vielleicht an George W. Bush? "Etliche Kurskorrekturen" kündigte die Kanzlerkandidatin in einer energiepolitischen Grundsatzrede beim Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) in Berlin an. Insgesamt vertritt Merkel eine fortschrittsfeindliche Position.

Auf die Freundinnen und Freunde der erneuerbaren Energien kommt also viel Aufklärungsarbeit im bevorstehenden Wahlkampf zu. Wir werden klarmachen müssen: Wer die Energiewende rückwärts will, kann mit unserer Stimme bei der Wahl nicht rechnen. Wer auf der "Sonnenseite" steht, kann nicht für längere Laufzeiten von AKWs sein. Je länger und je mehr AKWs laufen, desto geringer die Chancen für den Durchbruch der solaren Energiewende. Brauchen wir erst ein zweites Tschernobyl bis die Konservativen aufwachen? Unsere Unfähigkeit zu lernen, hat schon der Philosoph Hegel als das größte menschliche Problem bezeichnet.

Den 20-prozentigen Anteil an erneuerbaren Energien bis 2020, den sich die rot-grüne Bundesregierung gesetzt hat, gibt Merkel in ihrer Berliner Rede auf. Beim derzeitigen Ausbau-Tempo wären leicht 25 bis 30 Prozent zu erreichen. Der konservative Arnold Schwarzenegger in Kalifornien will bis 2020 mehr als 33 Prozent erneuerbare Energie. Aber die CDU-Vorsitzende traut sich nicht mal 20 Prozent zu. Warum soviel Angst vor der alten Energiewirtschaft. Warum soviel Angst vor etwas Neuem. Merkel meint, ein so starker Ausbau von Energie aus Sonne, Wind und Wasser sei wirtschaftlich nicht zu vertreten. Sie vergisst dabei die Folgekosten der atomar-fossilen Energieversorgung. Noch im letzten Sommer hatte Frau Merkel angekündigt: "Windstrom hat eine große Zukunft".

Je später die solare Energiewende kommt, desto teurer wird sie werden. Alternative Energiequellen würden aber weiter gefördert. "Wir werden auf gar keinen Fall die Ökosteuer sofort abschaffen", sagte die Kanzlerkandidatin. Die Ökosteuer werde aber auch nicht mehr erhöht. Genauso wollte es auch Gerhard Schröder. AKWs sollen länger als bis 2020 laufen, wie es rot-grün vorgesehen hatte. Neue AKWs sollen jedoch nicht gebaut werden. Die Steinkohle-Förderung soll auslaufen. Wirtschaftsminister Clement kritisierte die angekündigte Senkung der Kohleförderung als "unsozial".

Den einzigen Fortschritt, den Angela Merkel angekündigt hatte, wird also vom derzeitigen Wirtschaftsminister kritisiert.

Christian Wulff zur Ökosteuer

[tagesschau.de, 23. 5. 2005, Online-Chat]

studi: Wird die Ökosteuer von ihnen wieder abgeschafft?

Christian Wulff: Leider ist das Land so ruiniert, dass diese Möglichkeit so nicht besteht. Allerdings müssen wir für energieintensive Branchen Sonderregelungen treffen, damit diese nicht ins Ausland abwandern, z.B. die Zink- oder die Aluminiumhütten.

Moderatorin: Was passiert mit den ganzen Windkraftträgern in Niedersachsen? Die Aktienkurse sind heute rapide gesunken.

Christian Wulff: Die leisten einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung aus regenerativen Energien und belasten die Umwelt außer vorübergehender Beeinträchtigung des Landschaftsbildes nicht. Inzwischen sind wir Exportweltmeister und bei der Firma Enercon wird mehr Stahl verarbeitet als auf der Meierwerft. Windkraftanlagenbauer haben tausende Arbeitsplätze geschaffen und entwickeln sich technisch ständig weiter. Die Offshore-Anlagen im Meer stehen wegen der Steuerpläne der Bundesregierung im Moment etwas in der Diskussion und das könnte Grund für die Aktienkurse sein.

Alex1973: Wird sich die Politik in punkto Atomkraft ändern?

Christian Wulff: Ja. Wir müssen angesichts der Endlichkeit der Rohstoffe und der Energieversorgungsnotwendigkeiten Kernkraftwerke mit dem neuesten Stand der Technik noch länger weiter betreiben, als sie aus ideologischen Gründen abzuschalten.

Stoiber „Wir können nicht alles rückgängig machen“

[Die Zeit, 2. 6. 2005, Martin Klingst und Matthias Krupa im Gespräch mit Edmund Stoiber]

ZEIT: Was wird aus der Ökosteuer? 2002 haben Sie noch angekündigt, die letzte Stufe der Ökosteuer auszusetzen.

Stoiber: Wir waren gegen die Ökosteuer, nicht zuletzt weil sie uns energiepolitisch zurückgeworfen hat...

ZEIT: ...also werden Sie sie wieder abschaffen?

Stoiber: Mit der Union wird es anders als bei Rot-Grün keine weitere Verteuerung der Energie geben. Aber eines ist auch klar: Wir können nicht alles, was wir während der Oppositionszeit anders gemacht hätten, wieder zurücknehmen.

Merkel schießt zu den Grünen

[Kommentar, Ulrike Hermann, taz vom 5. 7. 2005] Der sichere Sieg der Union produziert einen Wahlkampf der neuen Art: Die CDU gönnt sich Ehrlichkeit. Die Ökosteuer wird nun doch nicht abgeschafft, ließ die Parteispitze gestern durchsickern. Verspätet hat nun offenbar auch die Union erkannt, dass die Ökosteuer dringend nötig ist, um die Renten zu finanzieren.

Über diese Begriffsstutzigkeit der CDU könnte man sich hämisch freuen, aber so doof ist die Union gar nicht. Sie agiert sogar taktisch raffiniert. Die CDU verliert nichts, nur weil sie jetzt beginnt, die Realitäten der Umweltpolitik anzuerkennen. Aber sie könnte gewinnen – indem sie sich langfristig neue Wählerschichten und Koalitionspartner erschließt. Die Grünen nämlich.

Wahlforscher predigen es immer wieder: Die Union muss die Jungen, Frauen und Städter überzeugen, will sie dauerhaft Erfolg haben. So könnten auch die Grünen ihre Klientel beschreiben. Aber nicht nur die Wähler überschneiden sich – auch die Parteien nähern sich an. Der Lagerwahlkampf zwischen Union und Grünen ist Inszenierung. Tatsächlich aber haben beide Parteien keine Lust, im Getto zu verharren. Sie wollen endlich mit allen Parteien koalieren können und nicht mehr entweder von der FDP oder von der SPD abhängen. In einigen Ländern ist man schon so weit: So dürfen die Grünen in Hamburg erleben, dass der CDU-Senat alle ihre Vorschläge wohlwollend prüft.

Auch auf Bundesebene gibt es Themen, die die Union von den Grünen adoptiert hat. So will die CDU die Ruhrkohle nicht mehr subventionieren. Eigenheimzulage und Pendlerpauschale dürften ebenfalls sinken, sobald die Union nach der Wahl allein bestimmen kann, wie die dadurch gesparten

Milliarden verwendet werden.

Spannend wird es beim Thema Atomkraftwerke: CDU-Chefin Angela Merkel hat sich bereits festgelegt, dass die Laufzeiten verlängert werden. Auch den Ökostrom will sie nicht mehr so stark fördern. Das klingt radikal nach Lagerwahlkampf. Aber wer weiß, vielleicht entdeckt sie ja noch, dass auch Windkraft-Fans CDU-Wähler sein könnten.

CDU-Mittelstand: Ökosteuer wegen Finanzsituation weiter notwendig

[Reuters, 5. 7. 2005] Der Vorsitzende der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Peter Rauen, hat sich hinter die Ankündigung der Union zur vorläufigen Beibehaltung der Ökosteuer gestellt. Das Problem sei, dass der Bund für Soziales, Personalkosten und Schulden mehr ausbebe, als er an Steuereinnahmen habe, sagte Rauen am Dienstag im ZDF. "Vor diesem Hintergrund ist es nicht möglich, diese unsinnige Ökosteuer zu senken", fügte er hinzu. Dennoch solle das Wahlprogramm der Union dazu führen, die Erwerbstätigen zu entlasten. Dies werde durch die Reform der Einkommensteuer wie auch durch die Reform der sozialen Sicherungssysteme geschehen. Die arbeitenden Menschen müssten mehr Geld in der Tasche haben und die Arbeitskosten gleichzeitig sinken. "Eine Entlastung für die Arbeitnehmer ist auch eine Entlastung für den Mittelstand", betonte Rauen. Eine solche Entlastung werde etwa dadurch erreicht, dass durch die geplante Gesundheitsprämie die Gesundheitskosten vom Faktor Lohn abgekoppelt würden. Der soziale Ausgleich, etwa für Geringverdiener und Kinder, müsse über Steuern erfolgen. Das CDU-Präsidium hatte am Montag über das Regierungsprogramm beraten. Trotz früherer Vorbehalte einiger Ministerpräsidenten hat sich das Gremium nach Angaben von Teilnehmern darauf verständigt, den bisherigen Spitzensatz von 42 Prozent im Zuge einer umfassenden Steuerreform um drei Punkte zu reduzieren. Die Führung der CSU berät am Donnerstag über das gemeinsame Wahlprogramm der Schwesterparteien, das in einer Woche vorgelegt werden soll. Meinungsverschiedenheiten gibt es weiter über die Verwendung der Mehreinnahmen aus der anvisierten Mehrwertsteuer-Erhöhung und über die Zukunft des ermäßigten Steuersatzes auf

einige Güter.

Schwarz-Gelber Öko-Hickhack Abschaffen oder Festhalten?

[ntv.de, 5. 7. 2005] Nach heftiger Verwirrung über den Unions-Kurs bei der Ökosteuer bekannte sich CDU-Generalsekretär Volker Kauder nun klar zum Ziel einer Streichung der umstrittenen Abgabe auf den Energieverbrauch. Voraussetzung dafür seien allerdings "wieder Wachstum und Beschäftigung", schränkte er in der "Bild" ein. Zuletzt hatten Äußerungen von CDU-Spitzenpolitikern den Eindruck erweckt, dass sich die Union auch nach einem Wahlsieg an der Abgabe auf Benzin und Heizöl nicht rütteln wolle – obwohl sie die Steuer früher über Jahre strikt abgelehnt hatte. Auch FDP-Chef Guido Westerwelle verlangte die Streichung. Kauder begründete die Notwendigkeit, die Ökosteuer vorläufig beizubehalten, mit dem Hinweis auf die angespannte Finanzlage der Rentenversicherung: "Nach sieben Jahren Rot-Grün sind die Haushalte geplündert und die Rentenkassen leer. Deshalb können wir im Moment aus der Ökosteuer nicht 'raus.'" Der umweltpolitische Sprecher der Unions-Fraktion, Peter Paziorek, kündigte in der "Passauer Neuen Presse" jedoch an, dass in vier Jahren andere Finanzquellen für die Rentenkassen gefunden werden. "Wir machen aus der Ökosteuer, mit der die Löcher in der Rentenkasse gestopft werden, eine Ökosteuer für den Umwelt- und Klimaschutz."

Westerwelle will Ökosteuer abschaffen – Solms nicht

Für die Liberalen versicherte Parteichef Guido Westerwelle: "Die Abschaffung der Ökosteuer bleibt für die FDP auf der Tagesordnung. Eine schwarz-gelbe Bundesregierung sollte sich auf einen Zeitplan zur mittelfristigen Rückführung der Ökosteuer verständigen." Westerwelle beklagte die zweithöchsten Energiepreise in Europa.

Der FDP-Finanzexperte Hermann Otto Solms hingegen will an der Ökosteuer festhalten: "Absolute Priorität hat jetzt eine große Steuerreform", sagte er im Deutschlandradio. Ob man sich später zusätzliche Entlastungen bei der Ökosteuer leisten könne, müsse zu gegebener Zeit geprüft werden. Solms sprach sich erneut gegen eine Mehr-

wertsteuererhöhung aus, wollte einen solchen Schritt aber "nicht absolut ausschließen".

FDP will Senkung der Ökosteuer prüfen

[Der Tagesspiegel, 20. 6. 2005] Die FDP will nach einem möglichen Regierungswechsel eine Senkung der Ökosteuer prüfen. "Wenn es finanzierbar ist, muss die Ökosteuer um ein Drittel gesenkt werden", sagte Horst Friedrich, verkehrspolitischer Sprecher der FDP im Bundestag, dem "Tagesspiegel" (Dienstaugausgabe). "Das wäre der Anteil aus der Mineralölsteuer, der nicht in die Rentenversicherung fließt, sondern derzeit zum Stopfen anderer Haushaltslöcher verwendet wird." Der Ökosteuerzuschlag liege derzeit bei 16 Cent, also wäre so eine Senkung um fünf Cent möglich. "Das müssen wir prüfen im Rahmen eines großen Kassensturzes." Mit einer solchen Maßnahme werde auch der Tanktourismus in die Nachbarländer eingedämmt. Mehr als 70 Prozent des Benzinspreises werden Friedrich zufolge bestimmt durch die Steuerpolitik des Staates. "Eine komplette Streichung der Öko-Steuer wird aber nicht möglich sein", schränkte er ein.

Derweil erwarten Energieexperten eine weitere Verteuerung des Heizöls. Für die kommenden Monate müssten sich die Verbraucher daher "auf tendenziell höhere Preise einstellen", sagte Rainer Wiek vom Energie-Informationsdienst EID. Im Herbst könne es neue Preisrekorde geben. "Derzeit ist die Nachfrage gering, das Öl aber trotzdem teuer. Im Herbst wollen sich aber alle Leute mit Öl eindecken, das kann weitere Anstiege zur Folge haben."

Dies dürfte die schwache deutsche Wirtschaft weiter bremsen, erwartet Joachim Scheide, Konjunkturchef des Kieler Instituts für Weltwirtschaft. "Wenn die Preise auf Dauer so hoch bleiben, wird das unser Wachstum um ein bis zwei Zehntel drücken", sagte er. Zum einen belastet das teure Öl die Binnennachfrage, zum anderen bremsen es die Weltwirtschaft und damit den deutschen Export. "Daneben ist noch der Euro schwächer geworden, das bringt zusätzlich das Risiko steigender Preise", sagte Scheide.

Vor der Bundestagswahl ganz schlechte Noten in der Verkehrspolitik

[Yahoo Nachrichten, 3. 6. 2005, AP] Als das „rot-grüne Projekt“ 1998 startete, herrschte in Sachen Umwelt Aufbruchstimmung: Mit den Grünen kam eine Partei an die Macht, die sich nachhaltige Entwicklung auf die Fahnen schrieb. Nach sieben Jahren rot-grüner Politik jedoch fällt das Resümee der Umweltverbände „sehr verhalten positiv“ aus, wie BUND-Geschäftsführer Gerhard Timm formuliert. Während die Verkehrspolitik „ein Trauerspiel“ sei, seien anderswo Fakten geschaffen worden, die ein Regierungswechsel nicht einfach beseitigen könne.

Atomausstieg, Ökosteuer oder Agrarwende – in den sieben Jahren wurden einige innovative Projekte umgesetzt. Die Agrarwende sieht Timm als einen der großen Verdienste von Rot-Grün: „Hier hat auf europäischer Ebene ein Umdenken eingesetzt, für das maßgebliche Impulse aus Deutschland kamen.“ WWF-Geschäftsführer Peter Prokosch zählt Deutschland hier „sicher zu den Klassenbesten“.

Auch im Energiebereich habe Rot-Grün unabhängig vom derzeit wieder in Frage gestellten Atomausstieg einen „hoffentlich nachhaltigen Boom bei alternativen Energien“ eingeleitet, sagt Timm. „Der Atomausstieg ist zwar über Laufzeitverlängerungen vergleichsweise leicht zurückzunehmen, aber die Energiewende weg von den fossilen Energieträgern ist vom Grundsatz her zwischen den Parteien nicht mehr strittig. Es ist ein Verdienst von Rot-Grün, das angeleiert zu haben.“

Die Ökosteuer, eines der zentralen Projekte von Rot-Grün, das während der vergangenen sieben Jahre immer wieder unter Beschuss von Union und FDP stand, wird wohl auch einen Regierungswechsel überleben: CSU-Chef Edmund Stoiber hat angekündigt, dass die Ökosteuer nicht abgeschafft werden solle. Timm verweist darauf, dass sie schließlich auch vor 1998 eine alte Forderung der damaligen Umweltministerin und jetzigen Unionskanzlerkandidatin Angela Merkel war. Merkmals spätere Kampagne gegen die Steuer war ihr deswegen von den Umweltverbänden als unglaubwürdig vorgeworfen worden. Aus der Sicht des BUND hätte die rot-grüne Regierung zwar noch konsequenter vorgehen können, „aber

es ist ihr hoch anzurechnen, dass sie bei den massiven Kampagnen nicht umgefallen ist“, sagt Timm.

Beim Klimaschutz hoffen die Umweltschützer, dass der eingeschlagene Weg der CO₂-Reduktion beibehalten wird. Bei den anstehenden wichtigen Entscheidungen im Herbst könne sich zeigen, „dass eine engagierte Umweltpolitik keine Frage der Partei, sondern der Kompetenz ist“, erklärt Prokosch. Merkel habe als Umweltministerin einige wichtige Entwicklungen angestoßen. „Der WWF wird sie gegebenenfalls an ihre Aussagen von damals erinnern“.

Schlechtere Zeiten nach einem Regierungswechsel befürchten die Umweltverbände bei der Chemiepolitik, wo auf EU-Ebene gerade das neue Chemikaliengesetz REACH in Arbeit ist, bei dem die chemische Industrie die Unbedenklichkeit ihrer Stoffe nachweisen soll. Hier sei die rot-grüne Position „deutlich verbraucher- und gesundheitsfreundlicher als die industriefreundliche Haltung von Union und FDP“, sagt Timm. Damit könne das Gesetz nach der Wahl „stehen oder fallen“, denn Deutschland spiele bei der chemischen Industrie eine wichtige Rolle.

Beim Thema Naturschutz sehen die Umweltverbände Licht und Schatten: „Die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes war eine große Leistung“, lobt Timm. Einen guten Schritt vorangekommen sei man vor allem im Artenschutz, sagt der Geschäftsführer des Naturschutzbunds (NABU), Leif Miller. Die Verbände kritisieren aber vor allem, dass bei der Sicherung des Nationalen Naturerbes zu wenig geschehen sei: Das Versprechen, 100.000 Hektar Naturfläche der ehemaligen DDR an Verbände, Stiftungen und die Länder zu übereignen, sei nur bei 32.000 Hektar eingelöst worden, kritisiert der NABU. Und auch beim Wald- und Jagdgesetz habe die Regierung „trotz vollmundiger Ankündigungen ihre Hausaufgaben nicht gemacht“, sagt Prokosch.

Ganz schlechte Noten bekommt Rot-Grün bei der Verkehrspolitik: „Unter einem Autokanzler Schröder hat sich die Bundesregierung völlig der Autoliebhaberei der Deutschen ergeben, nach dem Motto 'Geh nicht ans Auto ran, sonst wählt man dich nicht'“, kritisiert Timm. Hier seien echte Chancen vertan worden, vor allem bei der Verlagerung auf die Schiene, auch wenn die Lkw-Maut

ein erster Schritt gewesen sei. „Dieses Trauerspiel hat in starkem Maß die SPD zu verantworten.“

Auch bei einer schwarz-gelben Koalition werden die ökologischen Impulse laut Timm vom Einfluss des kleineren Koalitionspartners abhängen: „Umweltschutz ist ja eigentlich ein konservatives Thema, weswegen die Union darin auch verankert ist.“ Die FDP profiliere sich dagegen gerade als Anti-Umwelt-Partei – „ihre Vorstellungen in diesem Bereich sind Horror“.

Grüne uneinig über Ökosteuer – Partei-Spitze gegen Erhöhung

[ntv.de, 4. 7. 2005] Bei den Grünen herrscht Uneinigkeit über eine Weiterentwicklung der Ökosteuer. "In Zeiten, in denen der Ölpreis explodiert, eine Erhöhung vorzuschlagen, ist herzlich wenig sinnvoll", sagte Parteichefin Claudia Roth nach einer Sitzung des Bundesvorstands in Berlin. In ihrem Entwurf für das Wahlprogramm betont die Grünen-Spitze, dass die Partei keine Erhöhung der Ökosteuer plane. Hartwig Berger, Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Energie der Grünen, sagte hingegen, grundsätzlich dürfe eine Anhebung der Mineralölsteuer nicht ausgeschlossen werden. Dabei müssten allerdings die hohen Weltmarktpreise für Öl berücksichtigt werden.

Mit einem Änderungsantrag für den Parteitag an diesem Wochenende in Berlin will die BAG Energie erreichen, dass die Grünen für eine "schrittweise und kontinuierliche" Weiterentwicklung der Ökosteuer eintreten. "Wir werden auf unserem Ansatz bestehen", kündigte Berger an. Deutschland stehe erst am Anfang einer umfassenden ökologischen Steuerreform. Elemente seien unter anderem die Stromsteuer und eine höhere Belastung von Flächenverbrauch. Zugleich müssten in anderen Bereichen Entlastungen spürbar werden. "Es ist kein Drehen an der Steuerschraube", sagte Berger.

Roth sagte, sie erwarte auf dem Parteitag Diskussionen darüber, welche Ausnahmetatbestände für die Ökosteuer eingeschränkt werden können. Nach Darstellung der Grünen konnten durch die Ökosteuer, die vor allem zur Entlastung der Rentenkassen verwendet wird, die Lohnnebenkosten seit 1999 um 1,7 Prozentpunkte gesenkt

werden.

Roth begrüßte das Festhalten der Union an der Ökosteuer. "Das 'Teufelszeug' kehrt ein bei den Christen", sagte sie. Sie empfinde "stille Genugtuung". Der Grünen-Fraktionsvize Reinhard Loske warf der Union vor, die Ökosteuer jahrelang "mit dumpfen Benzinwutkampagnen aufs Bitterste" bekämpft zu haben. "Nun erkennt sie, dass die Ökologische Steuerreform gut und erfolgreich ist."

Grüne: Erhöhung der Mineralölsteuer derzeit nicht sinnvoll

[aus: Grünes Wahlprogramm] Die ökologische Steuerreform ist ein Erfolg grüner Regierungseteiligung und sie wirkt, das musste letztlich selbst die Union eingestehen. Mit der Ökosteuer werden die Lohnnebenkosten um 1,7 Prozentpunkte gesenkt und die Treibhausgasemissionen des Verkehrs wurden um 10 % gemindert. Eine Weiterentwicklung der ökologischen Finanzreform schafft zusätzliche Anreize für einen sparsamen Umgang mit knappen Ressourcen, fördert weitere Investitionen in energiesparende Technologien und lässt so neue Arbeitsplätze entstehen.

Wir wollen deshalb umweltschädliche Subventionen, wie die Entfernungspauschale reduzieren und die Kohlebeihilfe abschaffen, eine Steuer auf Kerosin sowie die Mehrwertsteuer für grenzüberschreitende Flüge einführen, und ungerechtfertigte Ökosteuer-Ausnahmen für Großverbraucher konsequent reduzieren. Angesichts der hohen Ölpreise und des wachsenden Tanktourismus in den Grenzgebieten ist eine Erhöhung der Mineralölsteuer nicht sinnvoll. Weil wir uns dennoch technologisch und wirtschaftlich auf das Nach-Öl-Zeitalter vorbereiten müssen, setzen wir darauf, durch höhere EU-einheitliche Mindeststeuersätze für Energie und Ressourcen Spielraum für eine Fortentwicklung der Ökologischen Steuerreform zu schaffen, die knappe Ressourcen verteuert und Arbeit weiter verbilligt.

Mehrwertsteuer – Das falsche Signal

[Rolf Peffekoven, Süddeutsche Zeitung, 30. 6. 2005] Vor einer etwaigen Bundestagsneuwahl mehren sich die Stimmen für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Das ist verständlich, eine Anhe-

bung des Satzes von 16 auf 20 Prozent könnte Mehreinnahmen von 30 Milliarden Euro bringen. Daran wären Bund, Länder und Gemeinden beteiligt. Da defizitäre Haushalte allerorten die Regel sind, käme das Mehraufkommen gelegen. Damit könnte auch das gesamtstaatliche Defizit in Bezug zum Bruttoinlandsprodukt unter drei Prozent gedrückt werden: die Defizitgrenze des Maastrichter Vertrages würde damit zum ersten Mal seit 2001 eingehalten.

Aber dennoch: Zum Stopfen von Haushaltslöchern allein sollte die Mehrwertsteuer nicht erhöht werden. Das würde jeden Anreiz nehmen, die Konsolidierung des Haushaltes über geringere Ausgaben herbeizuführen. Die beschworene Kürzung der Subventionen würde dann beendet, bevor sie angefangen hat.

Auch die aktuelle Konjunktur, die auf eine Konsumflaute zurückgeführt wird, erlaubt keine Anhebung der Mehrwertsteuer. Wenn sie – wie vom Gesetzgeber beabsichtigt – vollständig überwältzt wird, stiegen bei einer Erhöhung auf 20 Prozent die Preise der Güter und Dienstleistungen um etwa 3,5 Prozent. Das dürfte zu weiterer Konsumzurückhaltung führen und Wachstum und Beschäftigung beeinträchtigen. Die Preissteigerungen könnten zu höheren Lohnforderungen führen. Lassen sich diese durchsetzen, droht eine Erhöhung der Gehälter mit den bekannten Folgen für die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeit und damit für die Beschäftigung.

Gefahr für den Konsum

Diese Zusammenhänge werden von vielen Politikern durchaus gesehen, die Erhöhung der Mehrwertsteuer wird deshalb mit anderen Argumenten gefordert: Ein groß angelegtes Programm, das etwa eine Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer, eine Abkoppelung der Sozialversicherungsbeiträge vom Arbeitsverhältnis, familienpolitische und bildungspolitische Maßnahmen umfassen sollte, würde enormen Finanzbedarf ergeben. Es sei dann sinnvoll, diese eher über die Erhöhung der Einkommensteuer zu finanzieren. Die Steuerstruktur müsse also derart geändert werden, das Gewicht der indirekten Steuern (Mehrwertsteuern) zu erhöhen und das der direkten Abgaben (Einkommensteuer und Sozialversicherungsbeiträge) entsprechend zu senken. Für

diese These spricht, dass die Mehrwertsteuer nur den Konsum belastet, während die Einkommenssteuer alle Einkommen betrifft, gleichgültig ob konsumtiv oder investiv. Die Änderung der Steuerstruktur würde also die Investitionen steuerlich entlasten und Chancen für Wachstum bieten.

Aber auch dies trifft nur zu, wenn die Mehrwertsteuer wirklich den Charakter einer Konsumsteuer hat. Das ist zu bezweifeln: Ideal und Praxis fallen weit auseinander. Zunächst wird von der Mehrwertsteuer nur der Konsum getroffen, wenn die Steuer vollständig überwältzt werden kann. Das ist bei schwacher Konsumnachfrage mehr als fraglich. Bei Erhöhung der Steuer wird mancher Unternehmer seine Nettopreise absenken müssen, um zu attraktiven Bruttopreisen (Preis einschließlich Steuer) anbieten zu können. Der offene Ausweis der Mehrwertsteuer auf den Rechnungen ist keine Gewähr für die gelungene Überwälzung, darüber entscheidet ausschließlich die Veränderung der Nettopreise.

Es geht um Arbeitsplätze

In dem Umfang, in dem die Überwälzungen nicht geschieht, denaturiert die Mehrwertsteuer zu einer steuerlichen Belastung des Gewinns. Das ist problematisch: Die Steuerbelastung ist gar nicht von der Höhe des Gewinns abhängig; es handelt sich also um eine gewinnunabhängige Belastung. Für Unternehmen ohne Gewinn kann die (nicht überwältzte) Mehrwertsteuer sogar zu einer Substanzbesteuerung führen. Damit werden bei ihrer Erhöhung Unternehmen und letzten Endes auch Arbeitsplätze gefährdet.

Hinzu kommt, dass die Mehrwertsteuer keineswegs den gesamten Konsum erfasst. Viele Konsumausgaben (zum Beispiel Mieten, ärztliche Leistungen) sind steuerbefreit. Dagegen werden auch Investitionen steuerlich belastet. Das gilt für diejenigen Unternehmer, die nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt sind – etwa die Kleinunternehmer, die für Umsatzsteuerfreiheit votiert haben. Daneben werden die öffentlichen Investitionen besteuert und auch die Investitionen privater Haushalte in den Wohnungsbau.

Wer also die „Strukturthese“ als Begründung für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer bemüht, der

müsste eigentlich zunächst einmal die Reform dieser Steuer – hin zu einer reinen allgemeinen Verbrauchsbesteuerung – verlangen. Davon sind wir in Deutschland und in der EU – die Mehrwertsteuer ist dort weitgehend harmonisiert – weit entfernt. Deshalb hat die Mehrwertsteuer gar nicht die positiven Wirkungen auf Wachstum und Beschäftigung, die ihr – im Vergleich zur Einkommensteuer – immer bescheinigt werden. Die Vertreter der „Strukturthese“ argumentieren also nicht überzeugend.

Forderungen der Umweltverbände zur Bundestagswahl

In einem gemeinsamen Papier haben der Deutsche Naturschutzring, Greenpeace, der NABU, WWF und der BUND ihre Forderungen an die Parteien und Kandidaten zur Bundestagswahl formuliert. Ein größerer Abschnitt beschäftigt sich auch mit der Ökologischen Finanzreform und dem Abbau umweltschädlicher Subventionen.

Das Papier ist einzusehen unter:

<http://www.foes.de/downloads/ForderungUmweltverbaende0509.pdf>

Die Bewertung der letzten Legislaturperiode von Rot-Grün durch den Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND) ist in folgendem Dokument formuliert:

http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/bilanz_rotgruen.pdf

SFV zum Vorschlag einer Erhöhung der Mehrwertsteuer

[Wolf von Fabeck, Solarenergie-Förderverein e.V., 4. 6. 2005] Im Zusammenhang mit unserer Forderung nach Erhöhung der Energiesteuer wird bisweilen gefragt, ob nicht eine Erhöhung der Mehrwertsteuer einen gleichartigen Effekt ergeben würde. Dies ist jedoch leider nicht der Fall. Betrachten wir zum besseren Verständnis die drei verschiedenen Steuerarten: Besteuerung von Arbeit, Besteuerung von Energie und die Mehrwertsteuer.

Mit der Mehrwertsteuer wird der Verbrauch besteuert. Mit Arbeit und Energie hingegen werden die Produktionsfaktoren besteuert, mit

denen die Kapitalgeber (Unternehmer) ihre Gewinne erwirtschaften. Mit den Produktionsfaktoren hat es folgende Bewandnis: Man kann sich den Unternehmer wie einen Handwerker vorstellen, der sich überlegt, welches Werkzeug er für eine Arbeit anwenden will. Zur Auswahl stehen zwei

"Werkzeuge", nämlich die Produktionsfaktoren Arbeit oder Energie. Der Unternehmer wird möglichst viel mit dem Produktionsfaktor Energie und möglichst wenig mit dem Produktionsfaktor Arbeit erledigen – der Grund: Arbeit wird viel zu hoch besteuert und mit Abgaben belegt, Energie vergleichsweise jedoch nur sehr wenig. Die Klagen der Unternehmer, dass die Personalkosten zu hoch seien, sind insofern berechtigt! Die massive Steuer- und Abgaben-Ungerechtigkeit zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Energie ist die strukturelle Ursache für die wachsende Arbeitslosigkeit.

Eigentlich müsste der Staat seine Steuern und Abgaben nach der Leistungsfähigkeit der besteuerten Produktionsfaktoren bemessen. Derzeit tut er das aber nicht. Er belastet den Produktionsfaktor menschliche Arbeitskraft etwa 50 mal höher als den Produktionsfaktor Energie, wenn man als Vergleichsmaßstab ihre Leistungsfähigkeit zugrunde legt.

Der derzeit diskutierte Vorschlag, mehr Steuern zur Staatsfinanzierung beim allgemeinen Konsum abzuschöpfen (Mehrwertsteuererhöhung), würde zwar den Staatsfinanzen zugute kommen, an dem Missverhältnis zwischen den Belastungen von Energie und Arbeit jedoch nichts ändern. Wir bleiben deshalb bei unserem Vorschlag, das Übermaß der Steuer- und Abgabenlast vom Produktionsfaktor Arbeit auf den Produktionsfaktor Energie zu verlagern.

Weitere lesenswerte Artikel des Fördervereins Solarenergie zu dem Themenbereich Ökosteuer, Emissionshandel, Energiesparen und Staatsfinanzierung: <http://www.sfv.de/lokal/mails/4wirtsपो.htm>

Download des SFV Sonderheftes „Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit – aber wie?“ mit einem Artikel von Jürgen Grahl zu dem Thema „Umsteuern durch Energiesteuern“:

<http://www.sfv.de/lokal/mails/sj/sonderhe.htm>

Autoindustrie fordert Aus für Ökosteuer
[dpa, 13. 7. 2005] Die deutsche Autobranche macht angesichts der hohen Benzinpreise Front gegen die Ökosteuer. Bernd Gottschalk, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), forderte gestern in Dresden die Rücknahme der Abgabe. Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) schloss indes eine Streichung der Ökosteuer aus. Durch die von der rot-grünen Bundesregierung eingeführte Ökosteuer seien den Verbrauchern allein im vergangenen Jahr 3,6 Milliarden Euro Kaufkraft zusätzlich an den Zapfsäulen entzogen worden, sagte Gottschalk beim "Automobiltag Ostdeutschland" in der sächsischen Landeshauptstadt. Er fordere deshalb die Rücknahme der Abgabe und eine Angleichung der Benzinpreise "an das erträgliche Niveau in den europäischen Nachbarländern", sagte der VDA-Präsident. Schließlich, so Gottschalk, sei die Schraube bei den Kraftstoffpreisen in Deutschland vor allem aufgrund der Ökosteuer "längst überdreht" und laste "auf Konjunktur und Beschäftigung in allen Bereichen, die vom Automobil abhängen". Dem widersprach Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement vehement: Die derzeitigen hohen Benzinpreise seien vielmehr auf die hohe Öl-Nachfrage in China sowie auf die begrenzten Raffineriekapazitäten als auf die Ökosteuer zurückzuführen, betonte der SPD-Politiker. Außerdem, so Clement, lehne derzeit selbst die Opposition im Bundestag eine Streichung der Umweltabgabe ab – "das sehe ich genauso".

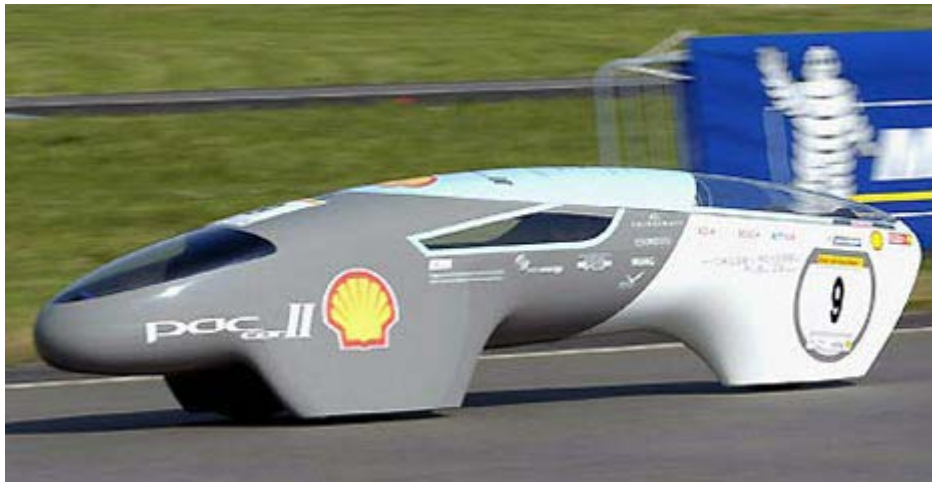
Grüne: Automobilpräsident Gottschalk gefährdet Arbeitsplätze

[Grüne, 13. 7. 2005] Zur Forderung des Präsidenten des Verbandes der Automobilindustrie Bernd Gottschalk, die Ökosteuer abzuschaffen, erklärt Reinhard Bütikofer, Bundesvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: "Herr Gottschalk redet völligen Unsinn. Wenn er die deutsche Automobilindustrie wirklich schwächen will, dann muss er nur so weitermachen. Tatsache ist, wer die Ökosteuer abschafft, muss im Gegenzug die Rentenversicherungsbeiträge um 1,7 Prozent erhöhen. Das würde zwischen 150.000 und 200.000 Arbeitsplätze kosten. Kommt so die deutsche Wirtschaft in Schwung?"

Noch schwerwiegender ist, dass Herr Gottschalk offensichtlich nicht begriffen hat: Um auf den Weltmärkten technologisch Spitze zu sein, muss die deutsche Automobilbranche auf Öko-Effizienz setzen. Dieses befördert die Ökosteuer. Auf wichtigen Exportmärkten wie China, Japan, Kalifornien werden die Öko-Effizienzanforderungen in den nächsten Jahren deutlich steigen. Die Äußerungen des VDA-Präsidenten Gottschalk klingen angesichts solcher Herausforderungen wie eine vorweggenommene Kapitulation im Kampf um Wettbewerbsfähigkeit. Hat Herr Gottschalk aus der Blamage der deutschen Automobilbranche beim Dieselrußfilter und beim Hybridauto, die konkret in Deutschland Arbeitsplätze gekostet hat, nichts gelernt?

Die Automobilbranche muss sich ernsthaft überlegen, ob sie ihrem Cheflobbyisten Nachhilfe erteilen oder jemand an die Stelle setzen will, der das Geschäft von morgen auch begreift."

4. AUTOVERKEHR



Mit acht Litern einmal um die Erde

[Süddeutsche Zeitung, 27. 6. 2005, Foto: dpa]
Mit 1,07 Kilogramm Wasserstoff fuhr ein Spezialfahrzeug der Eidgenössischen Technischen Hochschule 5134 Kilometer weit. Das so genannte "PAC-Car" der ETH Zürich hat auf einer Rundstrecke im französischen Ladoux einen Weltrekord aufgestellt. Mit umgerechnet einem Liter Benzin fuhr es 5134 Kilometer weit, wie die ETH mitteilte. Der 30 Kilogramm leichte Wagen ist mit einer Brennstoffzelle bestückt. Die Zelle gewinnt aus Wasserstoff elektrische Energie und treibt damit zwei Elektromotoren an. Als einzige Emission erzeugt dieses Fahrzeug reines Wasser. Mit seinem Energieverbrauch könnte das Gefährt mit nur acht Litern Benzin einmal um die Erde fahren.

Schadstoffarme Autos sollen billiger werden

[Daniela Weingärtner, taz, 6. 7. 2005] Die EU-Kommission möchte die Kraftfahrzeugsteuern in der EU annähern. Nach ihrem Vorschlag, den sie gestern in Straßburg vorlegte, würde die Anmeldesteuer innerhalb von 10 Jahren ganz abgeschafft und die jährliche Steuer ökologisch umgestaltet. Spätestens 2008 soll die Besteuerung zu 25 Prozent vom CO₂-Ausstoß des Wagens abhängen,

ab 2010 zu 50 Prozent. Damit will die Kommission den Kauf schadstoffarmer Pkws fördern und den Kohlendioxidausstoß auf 120 Gramm pro Kilometer drücken.

Bislang pusten die meisten Modelle mehr in die Luft – 2003 durchschnittlich 163 Gramm pro Kilometer. Die europäische Industrie hat sich verpflichtet, den Ausstoß bis 2008 auf durchschnittlich 140 Gramm zu senken. Einige Sparmodelle schaffen heute schon 100 Gramm.

Doch der zuständige Kommissar Laszlo Kovacs führt nicht nur Umweltargumente an: Das derzeitige Durcheinander benachteiligt Autofahrer, die von einem EU-Land ins nächste umziehen und womöglich in beiden Zulassungssteuer zahlen müssen. Außerdem führt es zu Preisverzerrungen. In Dänemark etwa, wo die Anmeldung eines Neuwagens bis zu 16.000 Euro Steuern kostet, kalkulieren die Pkw-Hersteller niedrigere Preise, damit die Anschaffung erschwinglich bleibt. Davon profitieren Exporteure, die billige dänische Autos in EU-Länder mit niedrigerer Anmeldesteuer ausführen.

Derzeit erheben 16 der 25 EU-Länder Zulassungssteuern. Bis auf Estland, Litauen und Polen werden überall jährliche Kfz-Steuern fällig, die aber unterschiedlich hoch sind. Manche Länder gehen dabei nach Schadstoffausstoß, andere nach Hubraum, Kilowatt oder Gewicht.

Die Kommission ist überzeugt, dass alle von ihrem Vorschlag profitieren: Umwelt, Verbraucher und Hersteller. Letztere sind in ihrer Mehrheit für den Entwurf. Nur BMW möchte die Kfz-Steuer gleich ganz abschaffen und durch eine höhere Mineralölsteuer ersetzen.

Die Mitgliedsstaaten haben überwiegend Zustimmung zum Kommissionsvorschlag signalisiert. Einige Finanzminister fürchten sich aber vor dem Einnahmeminus, wenn die lukrative Anmeldesteuer nach zehnjähriger Übergangsphase wegfällt.

Bei Steuern müssen die Mitglieder nach wie vor einstimmig entscheiden. Die Kommission hat deshalb betont, dass sie nicht die Steuersätze harmonisieren möchte sondern nur die Grundsätze, nach denen Pkw-Steuern erhoben werden.

Vorschlag der EU-Kommission unter:

http://europa.eu.int/comm/taxation_customs/taxation/other_taxes/passenger_car/index_de.htm

Einnahmen aus „Umweltsteuern“ auf 56 Milliarden Euro gesunken

[Pressemitteilung, Statistisches Bundesamt, 6. 7. 2005] Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, betragen die Einnahmen aus "umweltbezogenen Steuern" nach Angaben der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) im Jahr 2004 rund 56 Milliarden Euro. Davon entfielen 41,8 Milliarden Euro auf die Mineralölsteuer, 7,7 Milliarden Euro auf die Kraftfahrzeugsteuer und 6,6 Milliarden Euro auf die Stromsteuer. Gegenüber dem Vorjahr ist – erstmals seit 1997 – ein leichter Rückgang der Einnahmen um 937 Millionen Euro (- 1,6%) zu verzeichnen. Der Anteil der umweltbezogenen Steuereinnahmen an den gesamten Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte (im Jahr 2004 insgesamt 479,5 Milliarden Euro) hat sich in diesem Zeitraum entsprechend um 0,2 Prozentpunkte auf 11,7% vermindert.

Die Zusammenfassung der drei genannten Steuerarten zu "umweltbezogenen Steuern" folgt einer auf internationaler Ebene gebräuchlichen Abgrenzung. Diese fasst alle Steuern zusammen, die den Energieverbrauch, die Emissionen, den Verkehr oder schädliche Stoffausbringungen (Pestizide

oder ähnliches) besteuern, unabhängig von den Beweggründen für die Einführung der Steuer oder von der Verwendung der Einnahmen. Daher umfassen die so abgegrenzten Umweltsteuern z.B. die gesamten Mineralölsteuereinnahmen und nicht nur den Anteil, der sich durch die zum 1.4.1999 in Kraft getretenen Gesetze zur ökologischen Steuerreform (Ökosteuer) ergeben hat. Die Ökosteuer beinhaltet die Einführung der Stromsteuer sowie eine schrittweise Erhöhung der Mineralölsteuersätze – zuletzt Anfang 2003. Die Steuersätze liegen derzeit z.B. für unverbleites und schwefelfreies Benzin bei 65,45 Cent je Liter, für schwefelfreien Dieselmotorkraftstoff bei 47,04 Cent.

Der Einnahmerückgang von 2003 auf 2004 ist ausschließlich auf eine rückläufige Entwicklung bei der Mineralölsteuer zurückzuführen, während die Einnahmen aus der Kraftfahrzeug- und der Stromsteuer leicht anstiegen. Bei der Mineralölsteuer wiederum war die Verringerung der besteuerten und damit der im Inland abgesetzten Mengen an Benzin und leichtem Heizöl maßgeblich. Im genannten Zeitraum ist die Menge an versteuertem Benzin von 34,9 Millionen Kubikmeter auf 33,1 Millionen Kubikmeter und damit um 5,1% zurückgegangen, die Menge des versteuerten Heizöls verminderte sich um knapp 10%. Bei Dieselmotorkraftstoffen und Erdgas, den beiden weiteren mengenmäßig bedeutsamen Mineralölarten, gab es bei den versteuerten Mengen nur geringe Änderungen im Vergleich zum Jahr 2003.

Im Hinblick auf den Verkehr ist darauf hinzuweisen, dass sich in den versteuerten Mengen nicht unbedingt entsprechende Entwicklungen des Kraftstoffverbrauchs im Inland oder der Fahrleistungen widerspiegeln. Insbesondere bei größeren Preisunterschieden zwischen In- und Ausland spielt der Tanktourismus in den grenznahen Gebieten eine nicht unbeträchtliche Rolle. Darüber hinaus ist seit Jahren ein Umstieg auf sparsamere Dieselfahrzeuge festzustellen, so dass nur bedingt Rückschlüsse auf die Fahrleistungen gezogen werden können. In Bezug auf den Absatz von Heizöl sind insbesondere witterungsbedingte Temperaturunterschiede von Jahr zu Jahr sowie die Preisentwicklung zu beachten.

Einnahmen umweltbezogener Steuern und Steuereinnahmen insgesamt
Mill. Euro

Jahr	Kassenmäßige Steuereinnahmen öffentlicher Haushalte				
	insgesamt ¹⁾	darunter: umweltbezogene Steuern			
		zusammen	Mineralöl- steuer	Kraftfahr- zeugsteuer	Strom- steuer
1995	416 337	40 235	33 177	7 059	-
1996	433 936	41 923	34 896	7 027	-
1997	436 160	41 121	33 749	7 372	-
1998	456 759	41 848	34 091	7 757	-
1999	486 841	45 298	36 444	7 039	1 816
2000	502 425	48 197	37 826	7 015	3 356
2001	483 665	53 389	40 690	8 376	4 322
2002	479 416	54 881	42 192	7 592	5 097
2003	479 589	57 055	43 188	7 336	6 531
2004	479 495	56 118	41 782	7 739	6 597

1) Vor Abzug von Kindergeld (Familienkassen und steuerliches Kindergeld)

Versteuertes Mineralöl nach ausgewählten Arten

Jahr	Benzin, verbleit und unverbleit ¹⁾	Diesel- kraft- stoffe	Leichtes Heizöl	Erdgas
	1 000 m ³			Mill. MWh
1995	40 036	30 425	39 208	807
1996	40 302	30 733	43 749	889
1997	40 616	31 423	41 702	845
1998	40 766	32 487	39 351	803
1999	40 870	34 018	33 412	762
2000	39 045	33 780	30 772	781
2001	37 861	34 257	35 550	839
2002	36 601	33 843	31 081	817
2003	34 872	33 105	30 393	860
2004	33 102	33 296	27 401	860

1) ohne Flugbenzin

Bericht unter: <http://www.destatis.de/presse/deutsch/pm2005/p2840112.htm>

Der Wolf ist erledigt

[Philipp Dudek, Die Tageszeitung, 7. 6. 2005]
Nach sieben Jahren wird mit dem Dreiliter-Lupo von VW das letzte Modell der Baureihe eingestellt. Das Ökomobil ist damit vom Tisch. Ein Nachruf auf das einzige Charakterauto von VW seit dem Käfer

Ende Juni ist Schluss. Dann läuft der letzte Dreiliter-Lupo von VW vom Band – behauptet zumindest die Fachzeitschrift *Automobilwoche*. "Über einen definitiven Zeitpunkt einer Einstellung ist noch nicht entschieden", sagte dazu ein VW-Sprecher am Wochenende. Aber das Ende naht mit großen Schritten. Auch der völlig überflüssige Lupo GTI mit mehr als 120 PS wird nur noch bis zum Monatsende gebaut. Die Standard-Version des Kurzen kann man schon seit Februar nicht mehr kaufen.

Schuld daran ist der neue VW Fox. Der Lupo-Nachfolger, der eigentlich keiner ist. Mit dem Lupo verabschiedet sich VW von dem einzigen Charakterauto, das der Konzern seit dem Ende des VW Käfers gebaut hat – und von der Dreiliter-Technologie. Der Fox ist der Vorbote einer neuen Zeit, die auch bei VW schon angebrochen ist. Öko-Bewusstsein und Umwelttechnologie sind Luxus. Das rezessionsgeplagte Volk braucht wieder einen Volkswagen. Der Fox ist größer, stärker und vor allem billiger als der Lupo. Rund 9.000 Euro kostet die Einstiegsversion. Das liegt vor allem daran, dass der Neue in Brasilien gebaut wird und nicht in Wolfsburg oder Brüssel wie der Lupo.

Ein Dreiliter-Fox ist nicht geplant und auch die Pläne eines Einliter-Modells werden wohl vorerst auf Eis gelegt. Hohe Entwicklungskosten stehen einer Käufergruppe gegenüber, die sich für 15.000 Euro keine Öko-Karre von VW kaufen will. Wer so viel Geld für ein Auto ausgeben kann, kauft lieber ein kleines Cabrio bei der Konkurrenz oder für viel mehr Geld einen dicken VW Touareg. Der Fox säuft sieben Liter Benzin auf hundert Kilometer und gräbt seinem Vorgänger das Wasser ab. Seit der Fox auf dem Markt ist, gebe es nur noch eine geringe Nachfrage nach dem Dreiliter-Lupo, sagte der VW-Sprecher. In den letzten sechs

Jahren hatten sich europaweit nur 30.000 Käufer gefunden.

VW hat sich seit dem Produktionsstart des Lupos immer wieder über die mangelnde Kaufbereitschaft der Zielgruppe beklagt. Beworben wurde das Auto trotzdem nicht. Nur ganz am Anfang, beim Verkaufsstart der Basis-Version 1998 – als Öko-Autos noch eine echte Lobby hatten – entstieg in einem Fernsehspot ein ziemlich hochgewachsener Basketball-Spieler einem kleinen roten Lupo und bewies damit, dass sich Ingenieure sinnvolle Gedanken zum Thema Platz in Kleinwagen gemacht haben.

Der Lupo war mehr Volkswagen als es der Fox je sein wird. Das Auto war der erste Mini, mit dem man tatsächlich nicht nur zu Aldi, sondern über den Brenner nach Italien fahren konnte – zu zweit und mit richtig viel Gepäck. Man konnte auch zu viert und mit wenig Gepäck von Leipzig nach München fahren. Beschwert hat sich da niemand. Schließlich war auf den Rückbank mehr Platz als in so manchem Mittelklasse-Auto. Und wenn man die Rücksitze noch umgelegt hatte, ging so einiges: Kühlschränke und Kommoden hatten plötzlich Platz in einem Auto, das von außen nicht viel größer wirkte als eine Waschmaschine.

Der Lupo war der Jack Lemmon unter den Autos. Immer wieder kaputt und trotzdem lebenswürdig. Mein Lupo hat in seinem kurzen Leben schon einige Werkstätten von innen gesehen: 2.000 Kilometer: das Kassettendeck gibt auf; 10.000 Kilometer: der Bremskraftverstärker wird ausgetauscht; 50.000 Kilometer: die Vorderbremsen verabschieden sich; 60.000 Kilometer: die Drosselkappe will nicht mehr; 70.000 Kilometer: das Lenkgestänge muss ausgetauscht werden. Trotzdem wehrte sich das Auto gegen die Verschrottung mit einem eingebauten Schutzmechanismus: Runde Scheinwerfer-Kugelaugen und ein lächelnder Kühlergrill erinnerten irgendwie an einen kleinen Hund. Und den würde man ja auch nur ungern einschläfern lassen. Der Fox mit seiner VW-typischen Grinsefresse wird es da schon deutlich schwerer haben.

Mit einem Verbrauch von knapp sechs Liter Benzin auf hundert Kilometer war selbst der günstige Basis-Lupo im Vergleich noch sparsam –

und damit das Standardmobil für Pflegepersonal, Wachdienste und das Ordnungsamt. Dass die Benzinkosten allerdings die Werkstattkosten ausgleichen konnten, darf man gerne bezweifeln. Das Ökobewusstsein musste auf jeden Fall in einem Lupo nur ein bisschen leiden – vor allem dann, wenn man damit zum Aldi gefahren ist.

Zumindest die Technologie des Dreiliter-Lupo wird hoffentlich noch ihr Comeback feiern. Schon jetzt fahren Hollywood-Stars Hybrid-Autos, und Arnold Schwarzenegger, Gouverneur von Kalifornien, verkündete am Wochenende per Dekret, den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020 auf das Niveau von 1990 herunterzuschrauben. Wir setzen auf den Jägermeister-Effekt: Was hier pfui ist, muss erst drüben hui sein, um hier nicht mehr pfui zu sein. Lupo strikes back.

Ein Auslaufmodell für 17.500 Euro

[Bodo Staab, taz vom 11. 6. 2005, Leserbrief]
Nun ist es raus: Wenn auch nicht so lautstark wie die Markteinführung ist nun die Markt-"Ausführung" bei VW/Audi beschlossene Sache. Man fühlt sich als der Depp. Wer einen 3L gekauft hat, ist offenbar nun freigegeben, als der Dumme dargestellt zu werden. O-Ton VW-Händler: "Was, einen 3L? Für das Geld bekommen Sie doch einen Golf!" oder bei der Nachfrage nach einer Probefahrt: "Nee, so'n Ding hab ich nich'. Weder neu noch gebraucht. Kann ich aber vielleicht von VW kommen lassen. Kann aber fünf Wochen dauern." So geschehen beim Autohaus Wolfsburg!! Und ich sagte: "Danke, Wiederhören."

Ich habe ihn trotzdem probegefahren und gekauft, wenn auch über Umwege. Doch was für ein Gefühl. Man nimmt 17.500 Euro (Becherhalter kosten eben was extra) für ein Auto "Made in Belgien" in die Hand und erhält ein Auslaufmodell. Doch ich bin ja noch gut dran. Immerhin habe ich noch einen bekommen, und da ist der deutsche Verbraucher untätigst dankbar. Danke, Herr Dr. Ferdinand K. Piëch und Herr Dr. Bernd Pischetsrieder. Mögen Sie zukünftig mehr Bentleys verkaufen und damit die Aktienkurseinbrüche durch andere erfolglose Modelle kaschieren.

Der mangelnde Erfolg der 3-Liter-Klasse (ich

spreche nicht vom Hubraum, sondern vom Verbrauch!!!) liegt jedenfalls nicht am mangelnden Verbraucherinteresse. Wer etwas nicht verkaufen will, verkauft auch nicht, doch das wissen Sie ja. Und das ist vielleicht auch ganz gut so. Denn immerhin war VW bis zum Todestag des Lupo 3L nicht in der Lage, ihn mit einem Rußpartikelfilter auszurüsten. Nicht als Serienausstattung und nicht als Zubehör. Auch ein Zeichen von wollen oder nicht.

Mit Erdgasbussen ist nun auch Berlin in Sachen Luftqualität auf der richtigen Spur

[Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 22. 6. 2005] Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat die Initiative des mittelständischen Busunternehmens HARU-Reisen begrüßt, im städtischen Berliner Linienverkehr insgesamt neun besonders schadstoff- und lärmarme Erdgasbusse einzusetzen. "Mit Erdgasbussen ist nun auch die Hauptstadt in Sachen Luftqualität auf der richtigen Spur, und ein Familienunternehmen setzt dabei Maßstäbe für die Grossen der Branche", sagte Trittin heute anlässlich der Inbetriebnahme der Busflotte in Berlin-Spandau. Die nicht unerhebliche Investition sei gut angelegtes Geld für die Zukunft: Erdgasbusse leisteten nicht nur einen Beitrag zur Verminderung der aktuellen Feinstaubbelastung, sondern auch zur Einhaltung der ab 2010 gültigen Grenzwerte für Stickstoffdioxid, so der Minister.

Die Erdgasbusse sind nicht nur die ersten, die im Auftrag der Berliner Verkehrsbetriebe auf Berliner Strassen rollen. Sie erfüllen zugleich den derzeit anspruchsvollsten europäischen Abgasstandard EEV (Enhanced Environmentally Friendly Vehicle), der noch über die ab 2008/2009 gültige Abgasnorm Euro V für schwere Nutzfahrzeuge hinausgeht. Zugleich halten die Busse auch anspruchsvolle Lärmstandards ein. Zeitgleich mit dem Roll-out der Busse nimmt auf dem Firmengelände eine von der GASAG errichtete Erdgastankstelle ebenfalls ihren Betrieb auf.

Die Einhaltung der EU-Luftqualitätsgrenzwerte erfordert gegenwärtig vor allem in Innenstädten und Ballungsräumen umfangreiche umwelt- und verkehrsbezogene Maßnahmen – gerade auch im

Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Insbesondere beim Busverkehr, dem Rückgrat des ÖPNV, kommen die Verkehrsunternehmen im Wettbewerb mit dem Auto nicht daran vorbei, anspruchsvolle Umweltstandards zum Maßstab ihrer Beschaffungspolitik zu machen. Dies könnte künftig u.a. durch die Verknüpfung mit der Kfz- oder Mineralölsteuererstattung für Busse erreicht werden.

Die Initiative von HARU-Reisen geht auf ein Vorhaben des Bundesumweltministeriums zur Berücksichtigung anspruchsvoller Umweltstandards im ÖPNV zurück. Dabei konnte in Frankfurt (Oder) bereits vor Jahren nachgewiesen werden, dass der Einsatz von Erdgasbussen mit EEV-Standard nicht nur technisch machbar, sondern auch wirtschaftlich ist.

England leidet unter Dauerstaus

[AFP, 6. 6. 2005] Die britische Regierung erwägt die Einführung einer Mautgebühr für alle motorisierten Verkehrsteilnehmer, um so die Staus in den Griff zu bekommen. Es sei zu überlegen, ob Fahrer mit Gebühren bis zu 1,34 Pfund (1,98 Euro) pro gefahrene Meile (1,6 Kilometer) zur Kasse gebeten werden können, sagte Verkehrsminister Alistair Darling. Im Gegenzug könnten die Benzinsteuern und eine mögliche Straßensteuer entfallen. Als Voraussetzung müssten alle Pkws und Lkws mit einer "Black Box" ausgestattet werden, über die sich die Fahrten per Satellitensystem nachvollziehen ließen. Eine Machbarkeitsstudie hatte empfohlen, die Gebühren zu staffeln. Demnach könnten auf Landstraßen lediglich 2 Pence pro Meile fällig werden, auf den wichtigsten Straßen zu Hauptverkehrszeit jedoch bis zu 1,34 Pfund.

G8-Gipfel nutzt Biosprit

[Bernward Janzing, Frankfurter Rundschau, 5.7.2005] Symbole sind viel wert. Wenn die internationale Politiker-Elite beim G8-Gipfel in Schottland mit "Stroh im Tank" vorfährt, muss es die Welt endlich zur Kenntnis nehmen: Es gibt sie, die klimafreundlichen Alternativen zum Erdöl – gerade im Verkehr.

Ethanol aus der Zellulose des Stroh ist dabei nur eine von vielen Möglichkeiten, die uns die bunte

Pflanzenwelt der Erde beschert. Andere Verfahren sind etwa die Holzvergasung mit anschließender Verflüssigung, die Vergärung von Zucker, die Nutzung von Pflanzenölen oder der Antrieb mit Biogas (was aufbereitet auch nichts anderes ist als Erdgas).

Diese Vielfalt bietet zwar einerseits riesige Chancen, birgt andererseits aber im politischen Tagesgeschäft auch eine Gefahr. Denn noch ist nicht ausgemacht, welche der vielen Optionen wirklich als ökologische Alternative taugen.

Stroh gehört dabei mit Sicherheit zu den geeigneteren Rohstoffen: Es ist ein Abfallstoff, für dessen Erzeugung keinerlei Energie notwendig ist. Biogas aus Bioabfällen und Gülle wäre ein zweiter Treibstoff, der diesen Vorteil für sich reklamieren darf, Rapsöl und Biodiesel hingegen schon wieder nicht mehr.

So stellen sich bis zum massenhaften Einsatz von Biosprit noch manche Fragen: Verdient zum Beispiel ein Treibstoff das Prädikat "ökologisch", wenn er aus Intensiv-Landwirtschaft stammt? Wie viel Energie muss man zudem in Anbau und Verarbeitung der Biomasse investieren, ehe der Treibstoff in der Tanksäule landet? Und zudem gilt bei aller Faszination, die im Treibstoff vom Acker steckt, noch immer der Satz: Es ist leichter, den Verbrauch der Fahrzeugflotte um fünf Prozent zu reduzieren, als fünf Prozent des Treibstoffs vom Acker zu holen. Doch das sind Debatten, die nach dem G8-Gipfel beginnen müssen, wenn es um die praktische Umweltpolitik geht.

Japan will Biokraftstoffe verstärkt fördern

[dpa, 19. 7. 2005] Japan will den Einsatz von Biokraftstoffen verstärkt fördern. Nach einem Zeitungsbericht soll ab 2008 verbreitet Bio-Alkohol als Zusatz von Benzin-Kraftstoffen zum Einsatz kommen. Auf diese Weise wolle Japan den Ausstoß von Treibhausgasen reduzieren.

5. EMISSIONSHANDEL

Bundesverwaltungsgericht weist Klage gegen Emissionshandel ab

[AFP, 30. 6. 2005] Das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG) ist rechtens und verletzt keine Grundrechte der Unternehmer. Das hat am 30. Juni das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden, wie die Nachrichtenagentur AFP berichtet. Das Gericht wies damit eine Klage der HeidelbergCement AG, Heidelberg, ab. Nach diesem Gesetz werden ab 2005 den Unternehmen Emissionsrechte für Kohlendioxid zugeteilt, die sie nutzen oder auch an andere Unternehmen verkaufen können. Die zugeteilte Emissionsmenge ist aber geringer als bisher und soll 2007 noch einmal reduziert werden. Ohne Erfolg hatte HeidelbergCement argumentiert, ihre Anlagen seien einschließlich der verursachten Emissionen genehmigt worden. Eine Reduzierung der kostenlosen Emissionsrechte komme quasi einer Enteignung gleich.

Saubere Renditen Klimafreundlich arbeiten lohnt, der Emissionshandel funktioniert

[Bernward Janzing, taz, 13. 7. 2005] Luftverschmutzung wird in Europa teuer. Unternehmen, die eine Tonne Kohlendioxid in die Atmosphäre blasen möchten, müssen für das Emissionszertifikat inzwischen fast 30 Euro bezahlen. Das ist weit mehr als alle Experten beim Start des Emissionshandels zum Jahresbeginn erwartet hatten. Damals lag der Preis unter 7 Euro je Tonne. Für den Rekordwert gibt es mehrere Gründe.

Einer liegt im Preisgefüge am Rohstoffmarkt: Weil Erdgas immer teurer wurde, die Kohle aber nicht im gleichen Maße mitzog, ersetzen Unternehmen Gas durch Kohle. Da bei der Kohleverbrennung aber mehr Kohlendioxid frei wird, benötigen sie mehr CO₂-Kontingente. Diese werden knapper, der Preis steigt. Das zeigt, wie der Emissionshandel im Prinzip funktioniert: Irgendwann ist die Tonne Kohlendioxid so teuer, dass sich der Wechsel von Gas zu Kohle nicht mehr lohnt. Im Gegenteil wird für die Firmen das

klimafreundlichere Gas lukrativ. Neben dem Energiemarkt gibt es weitere preisrelevante Faktoren.

Das Wetter zum Beispiel. Weil in Norwegen wenig Regen fiel (und damit weniger CO₂-freie Wasserkraft zur Verfügung steht) und es in Südeuropa sehr heiß war (was den Energieverbrauch für Klimatisierung erhöht), wurde mehr Kohlendioxid emittiert als erwartet – auch das treibt die Preise.

Und wie an jedem Aktienmarkt gibt es auch bei den Emissionszertifikaten einige, die Interesse an steigenden Preisen haben. Die Stromversorger dürften dazu gehören. Denn mit höheren Kosten für die Zertifikate lassen sich auch steigende Strompreise rechtfertigen. Die Branche hat dabei eine starke Position: Mehr als die Hälfte aller 12.000 Anlagen, die unter den europäischen Emissionshandel fallen, gehören zur Energiewirtschaft. "Dort sitzen die Marktmacher", bestätigt ein Analyst einer Großbank. Dennoch gilt der junge Emissionshandel in der Finanzwelt als ein gut funktionierender Markt.

Aber es gibt auch Kritiker. "Unter normalen Gesichtspunkten ist das aktuelle Preisniveau nicht zu erklären", sagt Jürgen Schulz vom Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK). Die EU habe ausreichend Zertifikate zugeteilt. Manipulationen also? Nachweisbar sind sie nicht. Auch die Tatsache, dass seit Frühjahr auch Hedge-Fonds auf diesem Markt spekulieren, reicht als Indiz nicht aus.

Offenkundig ist indes, dass einige den Markt mit CO₂-Zertifikaten noch gar nicht erkannt haben. So erklärte dieser Tage das Unternehmen ThyssenKrupp Steel, man werde sich am Handel mit den Emissionen einstweilen nicht beteiligen. Erst mit Ablauf des Jahres 2007, wenn die erste Handels-Periode zu Ende geht, sollen fehlende Zertifikate zugekauft oder überzählige verkauft werden. Ein riskantes Spiel: "Zwischen Februar und Mai 2008 wird der CO₂-Preis extrem sein", prophezeit Werner Betzenbichler vom TÜV-Süd Deutschland. Ob er extrem hoch oder niedrig liegen wird, sei unklar.

Fest steht nur: 2008 werden die Jahre 2005 bis 2007 abgerechnet. Und niemand weiß, ob die Emissionsrechte am Ende knapp oder üppig ausfallen.

***Vom Emissionshandel lernen
– Experten fordern Zertifikate von
Baden-Württembergs Landesregierung,
um Wiesen und Wälder zu schützen***

[Bernward Janzing, *Frankfurter Rundschau*, 20. 6. 2005] Handelbare Flächenzertifikate sollen künftig den Landschaftsverbrauch bremsen. Das fordert der Nachhaltigkeitsbeirat der baden-württembergischen Landesregierung in seinem jüngsten Bericht.

Vorbild ist der bereits eingeführte Emissionshandel, dessen Mechanismen auf den Flächenverbrauch übertragen werden sollen. Der an der Universität Stuttgart angesiedelte, mit neun hochkarätigen Umweltwissenschaftlern besetzte Beirat hat seinen Vorschlag bereits präzisiert. Ausgangspunkt ist der Status quo: In Baden-Württemberg wurden in den vergangenen Jahren täglich zehn bis zwölf Hektar Landschaft zerstört – für Straßen, Gewerbe- und Wohngebiete.

Diesen Flächenfraß wollen die Wissenschaftler kurzfristig auf acht Hektar täglich reduziert sehen; von 2010 an sollen es noch sechs Hektar sein, von 2015 an vier, und von 2020 an drei Hektar. Um dieses Ziel zu erreichen, soll die Landesregierung alljährlich Flächenzertifikate in exakt jener Menge ausgeben, die dem anvisierten Ziel entspricht. Jede Kommune erhält dann – proportional zu ihrer Einwohnerzahl, oder nach anderen definierten Kriterien – ein entsprechendes Kontingent kostenlos zugeteilt.

Gemeinden, die mehr Flächen asphaltieren und betonieren wollen, als ihnen zusteht, müssen anderen Gemeinden entsprechende Mengen an Zertifikaten abkaufen. Das Zerstören von Wiesen und Wäldern wird damit eine teure Angelegenheit – der Preis dafür bildet sich am Markt.

Da die Summe an Zertifikaten aber landesweit limitiert ist, bleibt garantiert, dass die Umweltziele des Landes eingehalten werden. Gegenüber dem geltenden Planungsrecht eröffne das Instrument den Kommunen "deutlich größere Spielräume und eine höhere Flexibilität", heißt es beim Nachhaltigkeitsbeirat. Denn Gemeinden, die auf die Ausweisung neuer Bauflächen verzichten, können durch den Verkauf von Zertifikaten Einnahmen generieren.

Dass dieses Instrument verfassungsrechtlich

praktikabel und durch die Gesetzgebungskompetenz des Landes gedeckt ist, ist aus Sicht der Wissenschaftler unstrittig. Als ersten Schritt fordert das Gremium eine Art Planspiel auf Landesebene, damit sich Land und Kommunen mit dem neuen Instrument vertraut machen können. Ähnlich hatte man sich auch an den Handel mit Kohlendioxid-Zertifikaten herangetastet.

Doch die Stuttgarter Landesregierung scheut sich, den Empfehlungen der Experten zu folgen. Man habe sich "für ein anderes Instrument entschieden", heißt es knapp im Umweltministerium – und zwar für eine schlichte Öffentlichkeitskampagne, die Kommunen zum sparsamen Umgang mit Flächen aufruft.

"Die Landesregierung hat die Vorschläge faktisch kassiert", sagt Boris Palmer, Umweltparte der Grünen im Stuttgarter Landtag. Der Widerstand von Kommunen, die oft im Speckgürtel der Zentren maßlos expandierten, sei der Grund dafür. Weil aus umweltökonomischer Sicht der Zertifikatehandel aber "grundsätzlich die richtige Idee" sei, müsse man nun weiter daran arbeiten und sich um dessen konkrete Ausgestaltung bemühen.

6. FLUGVERKEHR

***Billigflieger boomen zulasten der Umwelt
VCD fordert Ende aller Subventionen für
den Flugverkehr***

[*Verkehrsclub Deutschland, Pressemitteilung vom 29. 5. 2005*] Der Markt für Billigflieger boomt: Jeder siebte Flug in Deutschland geht inzwischen auf die Low-Cost-Anbieter zurück, Tendenz steigend. Damit tragen Billigflieger wesentlich zum Anstieg des Flugverkehrs insgesamt bei. Der Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD) warnt angesichts dieser Entwicklung vor den massiven Klima- und Umweltbelastungen durch das Fliegen und fordert, alle Subventionen für den Flugverkehr zu streichen.

Michael Gehrman, VCD-Bundesvorsitzender: „Die Billigflieger können ihre Dumpingpreise nur anbieten, weil der Flugverkehr von Mineralöl- und Ökosteuer und auf internationalen Flügen

sogar von der Mehrwertsteuer befreit ist. Außerdem erhalten Billig-Airlines an vielen Flughäfen stark vergünstigte Konditionen. So wird ausgerechnet das Verkehrsmittel am höchsten subventioniert, das die Umwelt am stärksten mit Treibhausgasen, Schadstoffen und Lärm belastet.“

Allein in Deutschland fühlten sich etwa 30 Millionen Menschen durch Fluglärm belästigt, Hunderttausende seien gesundheitsgefährdendem Fluglärm ausgesetzt. Durch den Aufschwung der Billigflieger und die von ihnen bevorzugt angesteuerten Regionalflughäfen werde Fluglärm nun zunehmend in bisher unbelastete Regionen getragen.

Helmar Pless, Flugverkehrsexperte des VCD: „Landes- und Regionalpolitiker bauen mit Steuermitteln immer mehr Kleinflughäfen zu Großflughäfen aus und versuchen, die Billig-Airlines in der Hoffnung auf neue Arbeitsplätze anzulocken. Tatsächlich kommt es jedoch zu einem ruinösen Standortwettbewerb auf Kosten der Steuerzahler, da sich nahe gelegene Flughäfen in Nachbarbundesländern gegenseitig die Kunden wegnehmen.“

So entrichte beispielsweise die britische Gesellschaft Easyjet am Dortmunder Flughafen nur fünf Euro Gebühr je Passagier. Etablierte Linien wie Lufthansa zahlten dagegen etwa 25 Euro. Auch Sonderdienste wie das Enteisen von Flugzeugen oder das Abpumpen von Fäkalien würden Lufthansa – im Gegensatz zu Easyjet – extra berechnen. „Während Easyjet jedes Jahr hohe Gewinne ausweist, wachsen die Verluste des Flughafens Dortmund dramatisch: 30 Millionen Euro waren es allein 2004“, kritisiert Pless. Für das Defizit kämen die Dortmunder Bürger auf – mit ihren Steuern, und mit ihren Strom-, Gas- und Wasserrechnungen. Denn der Flughafen gehöre zu 74 Prozent den Stadtwerken und zu 26 Prozent der Kommune.

Der Lübecker Flughafen betreibt gegenüber dem Billiganbieter Ryanair eine ähnliche Subventionspraxis. Ryanair erhält seit 2000 unerlaubte staatliche Beihilfen im Wert von rund zwei Millionen Euro pro Jahr und dies, obwohl der Flughafen Lübeck defizitär wirtschaftet. Allein im Jahr 2004 musste die Stadt Lübeck neun Millionen Euro Schulden der Flughafengesellschaft übernehmen.

Seit August 2004 informiert der VCD in seinem Newsletter „Flugverkehr & Umwelt“ regelmäßig und sehr ausführlich über aktuelle Entwicklungen im Zusammenhang mit den Umweltfolgen des Flugverkehrs sowie über Möglichkeiten ihrer Reduzierung. Um die bisher erschienen Ausgaben 1 bis 6 herunterzuladen oder den Newsletter künftig zu abonnieren besuchen Sie bitte folgende Seite: <http://www.vcd.org/themen/06a.html>

Wer überlebt, hebt die Preise an

[Stephan Kosch, taz vom 24. 6. 2005, Kommentar] Auch der Himmel hat Grenzen, zumindest für die Billigflieger. Für diese Branche rechnet die Unternehmensberatung McKinsey mit deutlich sinkenden Wachstumsraten und Insolvenzen. Am Ende werden nur zwei bis drei dieser Airlines in Europa überbleiben. Denn auch die Billigflieger folgen den Gesetzen der Marktwirtschaft: Nach dem Einstreichen der Pioniergewinne und der Boomphase des ganzen Geschäftsfeldes folgt die Konsolidierung. Der Markt wird irgendwann unter wenigen Großen aufgeteilt. Wer überlebt, gewinnt an Macht – und hebt die Preise. Tickets sind dann nur noch zu realistischen Preisen zu haben.

Die Überlebenden werden allerdings auch eine stärkere Position in strittigen Verhandlungen mit der Politik besitzen. Und von denen gibt es genug, wenn auch die Bundesregierung viel zu nachsichtig ist. Ein Beispiel: die Kerosinsteuer. Das ökologisch bedenkliche Fliegen ist auch deshalb so günstig, weil der Treibstoff – anders als der Sprit beim Auto oder der Fahrstrom bei der Bahn – vom Fiskus nicht belastet wird. Bislang konnte sich die EU aber nicht dazu durchringen, den Wettbewerbsvorteil für die Flieger zu beseitigen. Stattdessen streiten Europas Finanzminister nun um eine minimale Ticketgebühr, die als neue Geldquelle für die Entwicklungspolitik genutzt werden soll.

Doch auch die Wettbewerber können etwas tun. Die Deutsche Bahn zum Beispiel hat endlich auf die Konkurrenz der Billigflieger reagiert und bietet nun ebenfalls Sonderpreiskontingente an. Das ist als Marketinginstrument – und etwas anders sind die Schnäppchenpreise bei den Billigfliegern auch nicht – sinnvoll. Doch billig allein reicht nicht – niemand kann sich angesichts eines defizitären Personenfernverkehrs unwirtschaftli-

che Dauer-Dumpingpreise der Bahn wünschen. Auf Dauer kann die Bahn gegen zwar schnelle, aber enge und oft verspätete Billigflieger nur mit Qualität und gutem Service punkten. Und hier hat die Deutsche Bahn AG gewiss noch Nachholbedarf. Aber dies ist auch eine Chance. Wer mit der Bahn fährt, erwartet Verbesserungen. Wer billig fliegt, eigentlich nicht.

Steigende Umweltbelastung durch Flugverkehr

[vistaverde.de, 28. 6. 2005] Der Naturschutzbund NABU hat zum Beginn der Sommerferien vor der steigenden Umwelt- und Lärmbelastung durch Flugverkehr gewarnt und eine Besteuerung von Kerosin gefordert.

"Fliegen belastet die Umwelt besonders stark mit Schadstoffen und Lärm. Mit einem Urlaubsflug nach Teneriffa wird das Klima ähnlich stark geschädigt wie durch ein Jahr Autofahren", sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. Die derzeitige Ungleichbehandlung von Flug- und Schienenverkehr verzerre den Wettbewerb zu Ungunsten umweltfreundlicher Verkehrsträger, so Miller. Der Flugverkehr trage derzeit rund 12 Prozent zu den verkehrsbedingten CO₂-Emissionen bei, sei aber von jeglicher Energiesteuer befreit.

Nach Auffassung des NABU sei zum Schutz des Klimas die Einführung einer Kerosinsteuer, die Berechnung der Ökosteuern sowie die Aufhebung der Umsatzsteuerbefreiung im grenzüberschreitenden Flugverkehr dringend erforderlich. Eine Öko-Abgabe könne beispielsweise den Druck auf Flugzeughersteller und Airlines erhöhen, sparsamere Modelle zu bauen und einzusetzen. "Auch in der Luft gibt es ein enormes Effizienzpotenzial. Es muss nur einen Anreiz geben, veraltete Jets, die übermäßig Abgase und Lärm ausstoßen, aus dem Verkehr zu ziehen", forderte Miller.

Darüber hinaus müsse die Belastung der Bevölkerung durch den Flugverkehr durch ein neues Fluglärmschutzgesetz mit schärferen Grenzwerten und die Durchsetzung wirksamer Nachtflugverbote verringert werden. "Rund 30 Millionen Menschen sind in Deutschland vom Fluglärm betroffen", betonte Miller. Nach Angaben des Instituts für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung der

Universität Karlsruhe entstehen der Volkswirtschaft durch Lärm und Abgase aus dem Flugverkehr jährlich Schäden in Milliardenhöhe. Allein dem Bundesfinanzminister entgehen wegen der Befreiung von der Mineralölsteuer, der Ökosteuern, und der Mehrwertsteuer auf internationale Flugtickets jährlich Einnahmen von über fünf Milliarden Euro.

Einführung des Emissionshandels in der internationalen Luftfahrt¹³

[Kreditanstalt für Wiederaufbau: Mittelstands- und Strukturpolitik Nr. 32 / Juni 2005, S. 57-61]

1. Ausgangssituation.

Der internationale Luftverkehr ist in den 90er Jahren durchschnittlich um 4 Prozent p.a. gewachsen. Setzt sich diese Entwicklung fort, so könnte nach Berechnungen des Öko-Instituts bereits im Jahr 2010 der internationale Flugverkehr einen größeren Beitrag zur globalen Klimaerwärmung leisten als Deutschland.

Ungeachtet des zu erwartenden Anstiegs der Treibhausgasemissionen sieht das Kioto-Protokoll keinerlei Reduktionspflicht für den internationalen Luftverkehr vor. In Artikel 2.2 des Protokolls werden die Vertragsstaaten lediglich aufgefordert, ihre Bemühungen um eine Begrenzung oder Reduktion der Emissionen von Treibhausgasen aus dem Luftverkehr im Rahmen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO=International Civil Aviation Organisation) fortzusetzen. Die ICAO ist die UN-Sonderorganisation für Zivilluftfahrt.

Die Emissionen von Inlandsflügen werden bereits von den quantifizierten und völkerrechtlich bindenden Minderungszielen des Kioto-Protokolls erfasst, weshalb sich die nachstehenden Ausführungen ausschließlich auf den internationalen Flugverkehr beziehen. Dem zivilen internationalen Flugverkehr können 80-85% aller luftverkehrsbedingten Emissionen zugerechnet werden.

Momentan erarbeitet die Europäische Kommission konzeptionelle Vorschläge zum Thema Emis-

¹³ Für weiterführende Informationen siehe auch: Cames, M. / Deuber, O., „Emissionshandel im internationalen zivilen Luftverkehr“, Öko-Institut e.V., 2004.

sionshandel und Luftverkehr.

2. Grundkonzeption des Emissionshandelssystems.

Ähnlich wie auf europäischer Ebene für den Energie- und Industriesektor könnte für den internationalen Flugverkehr ein Emissionshandelssystem eingeführt werden, wobei sich die teilnehmenden Staaten zu konkreten Minderungszielen verpflichten müssten. Denkbar ist beispielsweise eine Festschreibung der Treibhausgasemissionen des internationalen Flugverkehrs auf dem heutigen Niveau.

Um eine adäquate Zurechenbarkeit der entstehenden Emissionen auf die einzelnen Nationalstaaten zu gewährleisten, sind die Emissionen nach Abflugort und Ziel des Fluges zu erfassen. Dem Start- und dem Zielland werden jeweils die Hälfte der Emissionen angerechnet.

Es ist allerdings zu erwarten, dass nicht alle Länder an einem solchen Emissionshandelssystem teilnehmen werden. In diesem Fall würden Flüge zwischen zwei nicht-teilnehmenden Staaten nicht erfasst. Bei Flügen zwischen einem teilnehmenden und einem nicht-teilnehmenden Land empfiehlt es sich, die Emissionen beim teilnehmenden Staat zur Hälfte zu erfassen. Auf Basis der so errechneten Emissionsvolumina und unter Berücksichtigung der vereinbarten Minderungsverpflichtung bekommen die am Emissionshandel partizipierenden Länder Emissionsrechte für den internationalen Flugverkehr (im Folgenden ERFs genannt) zugeteilt.

Ausgehend von der Makroallokation auf Länderebene würden anschließend die einzelnen Fluggesellschaften ERFs von den teilnehmenden Staaten zugewiesen bekommen (sog. Cap & Trade-System). Übersteigen die Emissionen die einer Fluggesellschaft zugeteilten Emissionsrechte, so kann diese entweder eigene Emissionsminderungsmaßnahmen durchführen oder Emissionsrechte von anderen Fluggesellschaften hinzukaufen. Mögliche Ansatzpunkte für Emissionsminderungsmaßnahmen sind u.a.: Optimierung der Triebwerke; Verbesserung der Aerodynamik; Verringerung des Fluggewichts; Verbesserung der Auslastung; Variation von Flughöhe und Flugeschwindigkeit.

Die Zuteilung hat in jedem Fall unabhängig von

dem Sitz einer Fluggesellschaft zu erfolgen. Selbst wenn eine Fluggesellschaft ihre Firmenzentrale in einem nicht-teilnehmenden Staat angesiedelt hätte, müsste sie Emissionsrechte anteilig ihres Flugaufkommens in Emissionshandelsstaaten erhalten. Würden diese Fluggesellschaften nicht vom Emissionshandel erfasst, bestünde eine massive Wettbewerbsverzerrung und Fluggesellschaften würden verstärkt ihre Firmenzentralen in Länder verlegen, welche nicht vom Emissionshandel betroffen sind.

Abweichend vom EU-Emissionshandel sollte der Emissionshandel im Flugverkehr nicht auf Kohlendioxidemissionen (CO₂) beschränkt bleiben. Aufgrund der komplexen und teilweise gegenläufigen Wechselwirkungen erscheint es sinnvoll, zusätzlich die Treibhauswirkungen von Stickoxidemissionen (NO_x) und Kondensstreifen¹⁴ zu berücksichtigen. Durch eine Erhöhung des Fluglevels und des damit verbundenen geringeren Luftwiderstands können zwar der Treibstoffverbrauch und somit die CO₂ Emissionen reduziert werden, gleichzeitig steigt aber mit zunehmender Flughöhe die Wahrscheinlichkeit der Entstehung von Kondensstreifen. Mit Zunahme des Flugverkehrs steigen auch die Stickoxidemissionen, was wiederum die Konzentration von Ozon in der Luft erhöht; jedoch die Konzentration von Methan verringert. Sowohl Methan als auch Ozon sind hochwirksame Treibhausgase. Darüber hinaus kommt es bei einer Steigerung der Treibstoffeffizienz (d.h. sinkender CO₂-Ausstoß) häufig zu höheren Stickoxidemissionen. Wichtig ist jedoch, dass die Gesamttreibhauswirkung des Luftverkehrs, unter Berücksichtigung dieser Trade-offs, reduziert wird.

3. Integration von CDM- und JI-Mechanismus

Eine Beschränkung des zu schaffenden Emissionshandelssystems auf den internationalen Luftverkehr (geschlossenes Emissionshandelssystem), macht die Nutzung kostengünstigerer Emissionsminderungsmaßnahmen in anderen Sektoren unmöglich. Folgerichtig kommt es bei der Erreichung des Emissionsminderungsziels im Flugverkehr zu Effizienzverlusten gegenüber einem

¹⁴ Kondensstreifen bilden sich bei hinreichend niedrigen Temperaturen durch den Ausstoß der warmen und feuchten Wasserdampfemissionen des Luftverkehrs.

offenen System. Ein wichtiger Schritt in Richtung Öffnung des Emissionshandels stellt die Anrechenbarkeit von CDM- und JI-Projekten zur Einhaltung der Emissionshöchstgrenze für Airlines dar.¹⁵ Fluggesellschaften könnten hierdurch ihren Emissionsminderungsverpflichtungen, neben eigenen Minderungsleistungen und dem Zukauf von ERFs von anderen Fluggesellschaften, durch den Kauf von Emissionsminderungsgutschriften aus CDM- und JI-Projekten nachkommen. In einem offenen System würden die Preise für Emissionsrechte im Luftverkehr, selbst bei einem ambitionierten Emissionsminderungsziel, nicht das Preisniveau für Emissionsminderungsgutschriften aus CDM- und JI-Projekten übersteigen.

Um jedoch eine Vergleichbarkeit der Klimawirkungen zwischen den Emissionsrechten im Flugverkehr und den Emissionsminderungszertifikaten der projektbasierten Mechanismen des Kioto-Protokolls sicherzustellen, ist die Umrechnung in eine gemeinsame Währung notwendig. Hier würde es sich anbieten, die Klimaeffekte der betrachteten Flugverkehrsemissionen in Kohlendioxidäquivalenten¹⁶ (CO_{2e}) auszudrücken.

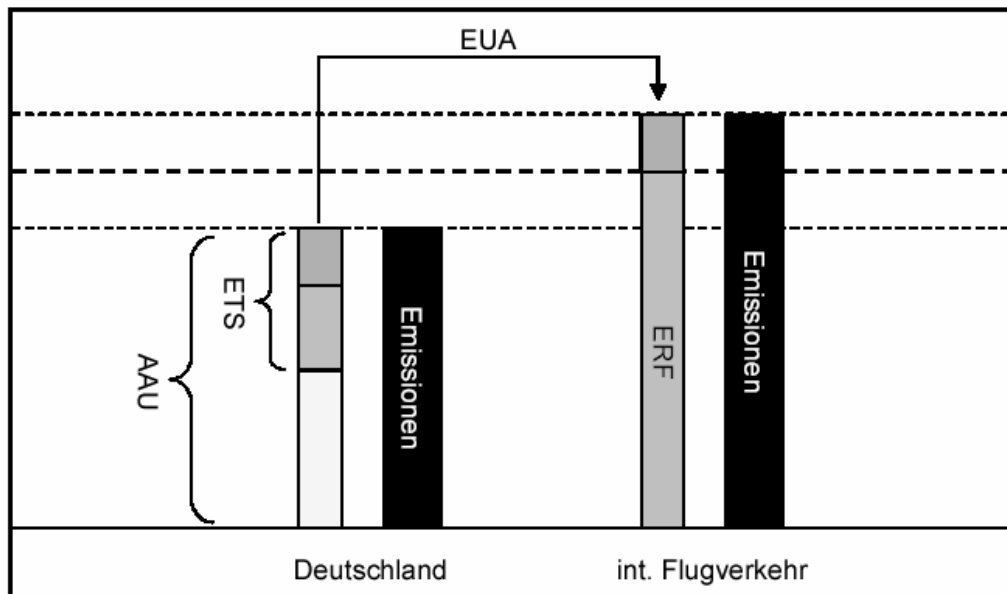
4. Verknüpfung mit dem EU-Emissionshandel

Eine weitere Möglichkeit der Ausschöpfung von Effizienzpotentialen könnte die Verknüpfung des Emissionshandels im Luftverkehr mit dem EU-Emissionshandelssystem (ETS = Emission Trading System) darstellen. In diesem Fall dürften Fluggesellschaften ihren Emissionsminderungsverpflichtungen zusätzlich durch den Zukauf von EU-Emissionsrechten (EUAs = EU Allowances) nachkommen.

¹⁵ CDM-Projekte (Clean Development Mechanism) sind Klimaschutzmaßnahmen, die in Entwicklungsländern durchgeführt werden. JI-Projekte (Joint Implementation) hingegen sind Klimaschutzprojekte, welche Industriestaaten in anderen Industrie- oder Transformationsländern durchführen.

¹⁶ Eine Tonne Kohlendioxidäquivalent (CO_{2e}) bezeichnet eine metrische Tonne Kohlendioxid (CO₂) oder eine Menge eines anderen Treibhausgases mit einem äquivalenten Erderwärmungspotential. So hat beispielsweise eine Tonne Methan das gleiche Erderwärmungspotential wie 21 Tonnen CO₂.

Es ist zu erwarten, dass ein schnell expandierender Flugverkehrssektor, bei einer Festschreibung der ihm zugeteilten Emissionsrechte auf dem heutigen Emissionsniveau, verstärkt EUAs aufkaufen wird. Dies wiederum induziert einen Preisanstieg der EU Allowances.



Grafik 1: Verkauf von EU-Emissionsrechten an den Flugverkehrssektor

In Grafik 1 wird angenommen, dass in der Ausgangssituation Deutschland im ETS-Sektor gerade soviel Treibhausgase emittiert, wie ihm AAUs zugeteilt wurden.¹⁷ Gleichzeitig übersteigen die Emissionen des internationalen Flugverkehrs weltweit dessen Emissionsrechte (ERFs = Emissionsrechte für int. Flugverkehr).

Könnten nun die Fluggesellschaften zur Deckung ihrer Mehremissionen EUAs aufkaufen, so würde hierdurch für die vom ETS betroffenen Sektoren die Erreichung ihrer Emissionsminderungsverpflichtungen erschwert. Des Weiteren würde es für Deutschland insgesamt schwieriger, seinen im Kioto-Protokoll eingegangenen Minderungsverpflichtungen nachzukommen. Denn durch den Verkauf einer EUA an den Luftverkehrssektor müssten die Deutschland zugewiesenen AAUs um den gleichen Betrag sinken. Dies ist der Fall, weil die Emissionen des internationalen Flugverkehrs nicht vom Kioto-Protokoll erfasst sind.

Diese Zusammenhänge sind bei der Verknüpfung der beiden Emissionshandelssysteme unbedingt zu

¹⁷ Der Assigned Amount beziffert die Emissionsmenge, welche Deutschland für die Periode 2008-2012 im Rahmen des Kioto-Protokolls zugestanden wurde. Eine Assigned Amount Unit (AAU) berechtigt zum Ausstoß von einer Tonne CO_{2e}.

beachten. Darüber hinaus müssten voraussichtlich alle Kioto-Vertragsstaaten einer solchen Verknüpfung zustimmen. Grund hierfür ist der völkerrechtlich bindende Charakter des Kioto-Protokolls.

5. Fazit

Durch die Einführung eines Emissionshandelssystems für den internationalen Flugverkehr ist eine Reduktion bzw. Stabilisierung des Ausstoßes klimaschädlicher Treibhausgase möglich. Die Integration des CDM- und JI-Mechanismus wird zu einer weiteren Senkung der Zielerfüllungskosten beitragen und dem System eine zusätzliche Flexibilität verleihen.

Problematisch wäre hingegen eine uneingeschränkte Verknüpfung des Emissionshandels für den Flugverkehr mit dem bereits bestehenden EU-Emissionshandel, wenn alle am Emissionshandel partizipierenden Airlines/Länder zur Deckung ihrer Emissionsminderungsziele EU-Allowances aufkaufen könnten.

Würden beispielsweise die USA und Japan am Emissionshandel für den Luftverkehr teilnehmen und könnten die bei einem Flug von New York nach Tokio entstehenden Emissionen durch den Ankauf von EU-Allowances gedeckt werden, resultierte dies in einem Anstieg der Zielerfüllungskosten in den vom ETS betroffenen Sektoren

(Energiesektor und emissionsintensive Industrie). Der amerikanische/japanische Energie und Industriesektor bliebe hingegen von einer solchen Kostensteigerung unberührt. Die Erreichung der Kioto-Minderungsziele würde hierdurch für die am europäischen Emissionshandel (ETS) teilnehmenden Staaten erschwert. Des Weiteren bleibt zu prüfen, ob eine Verknüpfung der beiden Systeme ohne Zustimmung aller Kioto-Vertragsstaaten völkerrechtlich zulässig ist.

TUI-Chef nicht mehr Chefskontrolleur der Deutschen Bahn Neue Chancen für eine Besteuerung von Flugbenzin?

[Viola Dries, FÖS] Am 5. Juli 2005 wurde der ehemalige Wirtschaftsminister Werner Müller als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Bahn AG gewählt. Er löst damit den ehemaligen Vorsitzenden, TUI-Chef Michael Frenzel nach vierjähriger Amtszeit ab. Während dessen Amtszeit gab es viele Auseinandersetzungen mit DB-Vorstandschef Hartmut Mehdorn. Der Manager war in den vergangenen Jahren mehrfach in Konflikt geraten zwischen den Interessen der TUI und denen der DB. So machte er sich als Vorstandschef des Tourismuskonzerns mit diversen in- und ausländischen Luftfahrttöchtern und insgesamt mehr als 100 Flugzeugen gegen die Belastung der Fluggesellschaften mit einer Kerosinsteuer stark. Die DB sieht aber in der Befreiung der Luftfahrt von der Treibstoffabgabe seit langem eine Benachteiligung. Denn sie selbst wird für ihre Dieselfahrzeuge mit der Spritsteuer belegt, die den Konzernen pro Jahr mehr als 300 Millionen Euro kostet. Aus diesem Grunde traten Mehdorn und Frenzel mit unterschiedlichen Forderungen in der Öffentlichkeit auf. Ein weiterer schwerer Konflikt zwischen den beiden Spitzenmanagern bahnte sich an, als die TUI ihre Kesselwagentochter VTG verkaufte. Obwohl sich die DB für den Ableger stark interessierte, veräußerte Frenzel ihn an ein französisches Unternehmen.

Ob die Deutsche Bahn durch den Personalwechsel ihre Forderung nach einer Besteuerung von Flugbenzin erfolgreicher durchsetzen kann, bleibt fraglich, ihre Position gegenüber der Luftfahrt-

branche wird aber wieder mehr Gewicht bekommen.

Quellen: Frankfurter Rundschau, 5. 7. 2005, faz.net, 5. 7. 2005

TUI: "Wir müssen mehr reisen"

[Hanna Gersmann und Edith Kresta im Interview mit Wolf Michael Iwand (TUI), aus: taz vom 11. 6. 2005] **Wolf Michael Iwand steht für das ökologische Engagement des TUI-Konzerns. Er kämpft für weniger Wasserverbrauch in touristischen Anlagen und den Schutz der Landschaft. Beim Fliegen allerdings setzt er ganz auf die freien Kräfte des Marktes.**

taz: Herr Iwand, Sie halten es für umweltverträglicher, Urlaubsmassen an einen ökologisch perfekt gestalteten Touristenort zu schicken, als individuell ein Land zu erkunden. Warum?

Wolf Michael Iwand: Das ist das Gesetz der großen Zahl. Da ist der ökologische Hebel so viel größer als bei einzeln Reisenden, die absolut ökologisches Unheil anrichten können.

taz: Immer weiter, immer exklusiver reisen – das bieten Reiseveranstalter wie die TUI. So werden die letzten Naturparadiese von Touristen erobert.

Iwand: Ganz im Gegenteil. Wo die Old Economy abgelöst wird, kommen wir mit dem sozial und ökologisch kontrollierten Tourismus. Wir schützen Natur, dieses Interesse hat nur der Tourismus, nicht die Landwirtschaft oder andere Industriesektoren.

taz: Die Reisebranche sei ein ökonomischer Riese – und ein ökologisches Monster, haben Sie einmal gesagt. Was hat sich daran geändert?

Iwand: Das stimmte noch nie. Ich bin ein absoluter Verfechter der großen ökologischen Chance, die sich durch den Tourismus ergibt.

taz: Beispiel Dominikanische Republik: Der Tourismus boomt, doch sobald Sie die touristischen Anlage verlassen, kommen Sie in absolute Armutsregionen. Wo trägt der Tourismus zur Entwicklung der Insel bei?

Iwand: All-inclusive-Angebote sind immer nur der Markttöffner. Wir sind damit auf dem richtigen Weg. Die Entwicklung geht immer nach vorne, zum Besseren.

taz: Das kann man bezweifeln ...

Iwand: Der spanische Diktator Franco wollte Mallorca zunächst zu einer Gefängnisinsel ma-

chen. Lanzarote sollte eine Müllinsel werden. Schauen Sie sich das Erreichte an!

taz: Gern. In Mallorca gab es die Ökosteuer für Touristen, die wurde auch auf Druck der Reiseveranstalter gegen eine freiwillige Abgabe ausgetauscht.

Iwand: Lieben Sie Steuern? Nicht politischer Druck, sondern der Wähler hat entschieden. Für die mallorquinische Regierung war die Ökosteuer der GAU. Dass weniger Urlauber kamen, hat die Balearen in eine Schiefelage gebracht, aber keinen ökologischen Nutzen gebracht.

taz: Das sehen Umweltorganisationen anders. Sollen die paar Cent Ökosteuer tatsächlich für die Flaute verantwortlich sein, oder war es die allgemeine Krise der Branche nach dem 11. September?

Iwand: Die neue Regierung hat jedenfalls die Green Card als freiwillige Maßnahme eingeführt. Diese Abgabe wird von uns unterstützt.

taz: Wird sie auch angenommen?

Iwand: Sie hat Startschwierigkeiten.

taz: Andere Reiseveranstalter, *Studiosus* etwa, liefern ihren Kunden Daten über den CO₂-Ausstoß bei einer Flugreise, empfehlen die Bahn für kurze Strecken. Warum gibt es das bei Ihnen nicht?

Iwand: Die CO₂-Bilanz von einem Flug oder einer Bahnfahrt ist so ein schwieriges Rechenexempel, dass die Zahlen, die im Umlauf sind, von uns nicht akzeptiert werden können und von unseren Kunden nicht verstanden werden.

taz: Sie machen es sich zu einfach. *Atmosfair*, eine Kampagne u. a. von *Germanwatch* und dem *Forum Anders Reisen*, berechnet solche Daten längst.

Iwand: Das ist aber eine Methode, die grundsätzlich gegen das Fliegen eingestellt ist. Damit würden wir uns selbst in den Rücken fallen.

taz: Warum hat die große TUI Probleme damit, aber kleine Anbieter wie das *Forum Anders Reisen* nicht?

Iwand: Weil das Forum aggressives Marketing betreibt. Dennoch haben nicht viele Reisende an dem Versuch teilgenommen. Alle Zahlen, die veröffentlicht werden, sind marginal. Das Modell funktioniert nicht.

taz: Die TUI könnte es puschen.

Iwand: Aber die TUI wird das nicht tun. Warum sind denn Spanien oder Irland gegen die Kerosinsteuer? Weil der Tourismus ihnen etwas bringt.

Wir könne nicht uns selbst infrage stellen. Stattdessen ökologisieren wir die TUI-Flieger: Senkung des Kerosinverbrauchs, Senkung der CO₂-Emissionen. Das bringt erheblich mehr Klimaschutz.

taz: Das greift nicht, wenn sich Ihre neueste Idee durchsetzt: weg von der Pauschalreise, hin zu Bausteinen. Das heißt: Mit dem Billigflieger nach Mallorca, dann in eines Ihrer Hotels.

Iwand: Ach, wir hängen uns immer am 19,99-Euro-Tarif auf. Der durchschnittliche Preis für ein One-Way-Ticket liegt bei 70 bis 80 Euro. Auch den Preis machen wir nicht, wir reagieren auf den Markt. Und Umweltschutz gibt es nicht zum Nulltarif. Die TUI macht ihre Investitionen nicht aus Eigennutz. Der Kunde muss bereit sein, dafür zu zahlen.

taz: Wie viel muss er drauflegen?

Iwand: Das ist schwierig zu sagen. Denn was ist zum Beispiel das Leben eines Schmetterlings wert?

taz: Anders gefragt: Wie viel Geld ist von der TUI bisher in den Umweltschutz geflossen?

Iwand: Das ist eine Zahl, die wir aus guten Gründen bisher nicht veröffentlicht haben.

taz: Müssen wir vielleicht einfach nur weniger reisen?

Iwand: Nein, wir müssen mehr reisen. Meine Vision ist: Tourismus wird die ökologische Leitökonomie des 21. Jahrhunderts, gerade für Regionen, die ansonsten vom Weltmarkt abgehängt werden.

Geldverschwendung für Mini-Flughäfen

[aus: „Ausbau regionaler Flughäfen bedeutet Geldverschwendung“ von Martin Gaebges, *Frankfurter Rundschau*, 5. 7. 2005]

Wer braucht Kassel-Calden? Diese Frage stellen sich nicht nur die größeren Flughäfen der Region Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Auch die nationalen und internationalen Fluggesellschaften – vertreten in der Interessengemeinschaft Barig – haben darauf keine positive Antwort. Es gibt bereits heute genug freie Kapazität an den umliegenden Flughäfen wie zum Beispiel Hannover und Paderborn, so dass ein Ausbau eines weiteren Flughafens Verschwendung von Steuergeldern und Umweltressourcen bedeutet. 150 Millionen Euro sollen allein in die Erweite-

zung des Flughafens fließen, davon allein 108 Millionen Euro durch das Land Hessen (...)

Kassel-Calden ist – leider – kein Einzelfall. Obwohl heute schon circa zwei Drittel der Bundesbürger innerhalb einer Stunde einen Flughafen erreichen können, drängen immer mehr ehemalige Militär- und Provinzflughäfen auf die internationale Bühne. Kassel-Calden, Neuhausen, Cochstedt bei Magdeburg, Jagel bei Schleswig, Weeze am Niederrhein – die Liste lässt sich beliebig verlängern. Die Subventionen pro Arbeitsplatz an den Mini-Flughäfen in Nordrhein-Westfalen übersteigen inzwischen die Subventionen für den Arbeitsplatz im Steinkohlebergbau. Während das Land bisher jeden Kumpel mit circa 10 000 Euro fördert, betragen die öffentlichen Kreditbeihilfen mehr als 50 000 Euro für jeden der 450 Arbeitsplätze am Flughafen Weeze. (...)

Martin Gabges ist Generalsekretär des Board of Airline Representatives in Germany (Barig)

7. ENERGIE

Bauernpräsident Sonnleitner fordert Erhalt des Erneuerbare-Energien-Gesetzes

[*sonnenseite.com*, 23. 6. 2005] **Die wachsende Bedeutung von Energie aus Pflanzen und anderen organischen Materialien hat der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Gerd Sonnleitner, auf dem Bauerntag in Rostock hervorgehoben. „Der Bauernverband sieht in der Bioenergie eine wichtige volkswirtschaftliche Perspektive“, sagte Sonnleitner vor Journalisten. Unabdingbare Grundlage dafür sei das Erneuerbare-Energien-Gesetz, hatte der Bauernpräsident in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“ betont.**

Auf dem Bauerntag fügte er hinzu: „Bezüglich der nachwachsenden Rohstoffe haben wir mit der rot-grünen Bundesregierung hervorragend zusammengearbeitet.“ Auch eine schwarz-gelbe Bundesregierung sei aufgefordert, die Bedeutung der Bioenergie zu erkennen und das Erneuerbare-Energien-Gesetz fortzusetzen, heißt es im Inter-

view.

Die Bioenergie ist in den vergangenen Jahren ein wichtiges wirtschaftliches Standbein für die Landwirte in Deutschland geworden: Auf zwei Millionen Hektar der insgesamt elf Millionen Hektar deutscher Ackerfläche bauen sie inzwischen Energiepflanzen wie zum Beispiel Raps an. Die Bioenergie-Branche erzielte daraus im Jahr 2004 nach Angaben des Bundesverbandes Bioenergie in Bonn einen Umsatz von 3,5 Milliarden Euro, ein Jahr zuvor waren es noch 2,85 Milliarden Euro. Den größten Anteil am Umsatz 2004 hat die Produktion von Biodiesel (800 Millionen Euro), gefolgt von der Stromherstellung aus Biomasse (600 Millionen Euro) und der Produktion fester Brennmaterialien wie zum Beispiel Holzpellets (300 Millionen Euro). Etwa 50.000 Menschen sind in der Branche bundesweit beschäftigt. In den kommenden 25 Jahren wird ein Zuwachs auf 200.000 Beschäftigte erwartet.

Auslöser für den Boom ist neben dem Erneuerbare-Energien-Gesetz die Mineralölsteuerbefreiung von Biotreibstoff im Jahr 2004. Neben Biodiesel spielt dabei Bioethanol eine immer größere Rolle. Der hauptsächlich aus Weizen und Roggen hergestellte Alkohol wird herkömmlichem Benzin mit einem Anteil von bis zu 15 Prozent zugesetzt. Drei Hersteller haben dazu in diesem Jahr Produktionsanlagen mit einer Kapazität von zusammen 500.000 Kubikmeter in Betrieb genommen – so im sachsen-anhaltinischen Zeitz und in der brandenburgischen Stadt Schwedt. Ein Liter Bioethanol kostet bis zu 50 Cent pro Liter weniger als ein Liter Benzin und kann daher die Abhängigkeit des Benzin-Preise vom Öl-Preis verringern.

Zum

Interview:

<http://www.welt.de/data/2005/06/20/734474.html?search=sonnleitner&searchHILI=1>

Positive Entwicklung bei den Erneuerbaren Energien

[Fritz Denkscherz, *Clean Product Consults*, 4. 7. 2005] Eine bemerkenswerte Entwicklung vollzieht sich derzeit weltweit bei der Nutzung der Erneuerbaren Energien. Schwellenländer wie China und Indien sowie namhafte Industrie- und Versicherungskonzerne wie General Electric und Allianz steigen massiv in die Produktion und Finanzierung von Solar- und Windenergie ein. Ursache sind nicht nur die global gestiegenen Öl- und Gaspreise, die alternative Energieformen auch wirtschaftlich interessant werden lassen, sondern besonders die Risiken des Klimawandels, die sich vor allem im Versicherungs- und Bankgeschäft sowie im Asset-Management auswirken.

Allianz will sein finanzielles Engagement bei Erneuerbaren Energien in den kommenden fünf Jahren um 300 bis 500 Millionen Euro aufstocken und sich vor allem an Unternehmen beteiligen, die Windkraftanlagen betreiben und herstellen. General Electric (GE), der zweitgrößte Konzern der Welt, setzt massiv auf Umwelttechnologien. Nach einem sprunghaften Umsatzwachstum im vergangenen Jahr sind auch in den kommenden Jahren zweistellige Zuwachsraten im deutschsprachigen Raum geplant. Bis 2010 soll der Umsatz in diesem Bereich auf 15 Milliarden Euro nahezu verdoppelt werden. Bei der Windkraft ist GE inzwischen zum Weltmarktführer aufgestiegen. Der Weltmarkt für Fotovoltaik (Solarstromanlagen) hat sich im vergangenen Jahr auf 6,3 Milliarden Euro deutlich gesteigert. Bis 2010 prophezeien die Experten der Deutschen Bank eine Vervielfachung des Marktes, was in etwa jährlichen Zuwachsraten von gut 30% entspricht.

Im jüngst verteilten Wirtschaftsmagazin des Bundesumweltministeriums "Umwelt macht Arbeit" ist zu lesen, dass nach vorsichtigen Schätzungen derzeit mindestens 1,5 Millionen Menschen in Deutschland für die Umwelt arbeiten, davon allein 130.000 im Bereich der Erneuerbaren Energien. Das sind deutlich mehr als für Kohle und Atomkraft zusammen. Da unser Land dank gezielter Förderung weltweit führend in diesen Technologien ist, entsteht gleichzeitig ein neuer Exportmarkt auf einem dynamischen Wachstumsfeld. Die Windbranche verbraucht nach Angaben des BMU heute mehr Stahl als die

gesamte deutsche Automobilindustrie.

Innovationen senken den Ressourcen- und Energieverbrauch und sorgen damit für wirtschaftliche Impulse. Der dramatische Anstieg des Ölpreises wird vor allem im Verkehrssektor eine Innovationsoffensive für besonders sparsame und emissionsarme Motoren hervorbringen. Die G8-Staaten haben auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Schottland einen umfassenden Aktionsplan zum Klimaschutz vereinbart, in dem der Einsatz moderner, umwelt- und ressourcenschonender Techniken und Energieträger wie der Wind- und Solarenergie gefördert werden soll. Insbesondere soll die Forschung und Entwicklung von Autos mit Wasserstoffantrieb, von "sauberem" Benzin und Diesel, sowie die Verbreitung von Biokraftstoffen vorangetrieben werden.

Fazit: Umwelt schafft Arbeit. Erneuerbare Energien mindern die Abhängigkeit von teuren Brennstoffimporten, schützen das Klima und bringen Beschäftigung. Eine Regierung, welcher Couleur auch immer, die diesen Wachstumspfad aus rein ideologischen Gründen verlassen würde, wäre von allen guten Geistern verlassen. Das gleiche gilt für die Ökosteuer. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat errechnet, dass die ökologische Steuerreform allein 2003 einen Anstieg der Beschäftigung um 250.000 Arbeitsplätze bewirkt hat, weil Energie teurer und Arbeit (sprich: Lohnnebenkosten) billiger wurden.

Deutschland erreicht Gigawattgrenze bei Solarstrom

[*sonnenseite.com*, 22. 6. 2005] Deutschland hat einen weiteren Meilenstein in der Solarenergie erreicht. Nach Angaben der Unternehmensvereinigung Solarwirtschaft e.V. (UVS) überschreitet die installierte Solarstromleistung in diesen Tagen ein Gigawatt (1.000 Megawatt). Gleichzeitig setzte sich das Branchenwachstum weiter fort. Bis zum Jahr 2012 rechnet die deutsche Solarindustrie mit der Schaffung von 100.000 Arbeitsplätzen in Solarfabriken und Installationshandwerk. Durch steigende Heizkosten und sinkende Preise für Solartechnik sei Solarwärme dann wettbewerbsfähig.

Nach Erwartungen der UVS werden Technologievorsprung und wachsende Exportquoten der

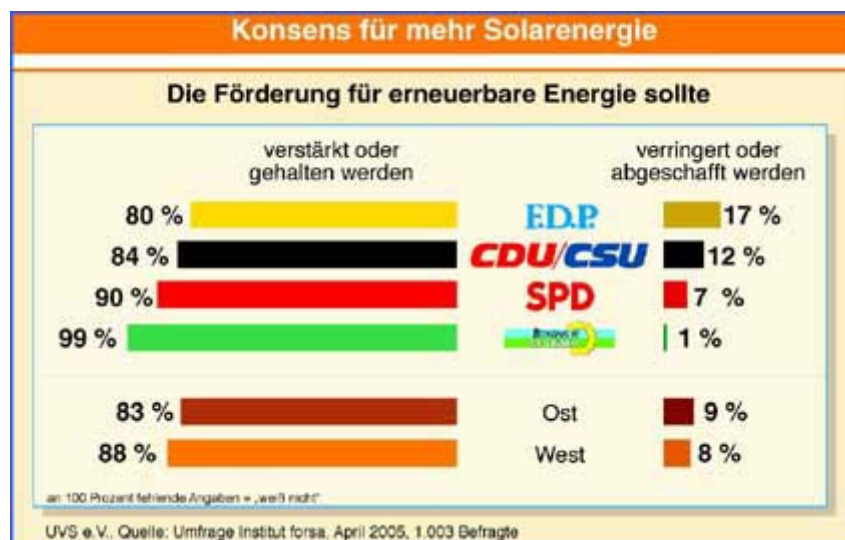
deutschen Solarwirtschaft einen bedeutenden Anteil am Weltmarkt sichern. Durch die Verknappung und damit Kostenexplosion fossiler Energien und den zugleich rasant steigenden weltweiten Energiebedarf sagen Experten der Solartechnik inzwischen übereinstimmend eine „sonnige Zukunft“ voraus. Der weltweite Markt für Solarstromtechnik (Photovoltaik) wird nach Einschätzung der Deutschen Bank bis 2030 jährlich voraussichtlich zweistellig wachsen. Über die Erfolge und Zukunftsaussichten der deutschen Solarwirtschaft informiert ein neues Internetportal – <http://www.solarbusiness.de>

Der globale Solarmarkt ist inzwischen hart umkämpft. Immer mehr Länder ziehen nach und legen ehrgeizige solartechnische Markteinführungsprogramme nach dem Vorbild des deutschen Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) auf. Sie wollen so eine bezahlbare Energieversorgung sichern und an einem der wichtigsten Zukunftsmärkte partizipieren. In den nächsten 20 Jahren wird sich dieser nach Einschätzung des Bankhauses Sarasin & Cie AG auf über 100 Mrd. Euro

verzehnfachen.

UVS-Geschäftsführer Carsten Körnig: „Wenn wir jetzt am Ball bleiben, hat Deutschland gute Chancen seine internationale Führungsposition weiter auszubauen. Die Früchte seiner vorausschauenden Solarpolitik reifen: tausende neuer Arbeitsplätze, ausgezeichnete Exportchancen und die Stärkung von Mittelstand und Handwerk.“

Als wichtigsten Standortfaktor nennt Körnig die überwältigende Sympathie der Bevölkerung für den weiteren Ausbau der Solarenergie. Diese ist keine Frage der politischen Farbe oder von Ost und West, ergab jüngst eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Forsa (vgl. <http://www.solarwirtschaft.de/pressegrafiken>). Über 80 Prozent aller Wählergruppen wollen demnach den Ausbau der Solarenergie auch nach dem Regierungswechsel weiter fortsetzen. Körnig: „Ich bin zuversichtlich, dass eine neue Bundesregierung diesen klaren Wählerauftrag annimmt und den Weg ins Solarzeitalter fortsetzt.“



Wichtigster Marktöffner für Solarenergie ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Es ermöglicht Betreibern von Photovoltaikanlagen die Einspeisung und kostengerechte Vergütung von Solarstrom. Gleichzeitig verleiht es der Industrie die notwendige Sicherheit für Investitionen in

zweistelliger Milliardenhöhe in Forschung, Entwicklung und modernste Solarfabriken. Das EEG hat seinen Ursprung im Stromeinspeisegesetz, das 1991 von einer christlich-liberalen Koalition verabschiedet wurde. Nach Auslaufen des 100.000 Dächer-Solarstrom-Programmes

wurde das Gesetz 2004 mit den Stimmen von SPD, CDU/CSU und Grünen fristgerecht novelliert.

Verlässliche politische Rahmenbedingungen und ein alle Parteien übergreifender Konsens für den weiteren Ausbau der Solarenergie bieten den Nährboden für immer neue Wirkungsgradrekorde. Zwar sinkt die gesetzliche Vergütung für neue Solarstromanlagen jährlich um fünf Prozent, durch Innovation und Massenproduktion kann die Industrie die Erzeugungskosten für Solarenergie jedoch entsprechend senken: Solarstrom ist heute 70% billiger als 1990 und der technische Fortschritt hält unvermindert an.

Keine Alternative – Allein die Erneuerbaren Energien haben eine Zukunft

[Irm Pontenagel, Eurosolar] Eine durchgängige Umorientierung auf Erneuerbare Energien ist notwendig. Dafür gibt es drei entscheidende Argumente: Erstens sind die fossilen Energieträger umwelt- und gesundheitsschädlich. Zweitens führen die fossilen Energiesysteme zu sich zuspitzenden Abhängigkeiten und Verteilungskonflikten. Zumal relativ kostengünstig zu fördernde Reserven an Öl und Erdgas langsam zu Ende gehen und somit mit steigenden Kosten zu rechnen ist. Drittens ist fossile Energie endlich und damit nicht nachhaltig. Auch Atomenergie stellt keine wirkliche Alternative dar. Denn der Aufwand, der nötig ist, um allen technischen und politischen Sicherheitserfordernissen Genüge zu tun, wird laufend steigen. Da ohne Energie nichts geht – von der Nahrungsenergie der Lebewesen auf der Erde über Kalte- und Wärmeenergie bis zur Prozess- und Industrieenergie –, ist es eine existenzielle Frage, von den erschöpflichen und emittierenden zu den unerschöpflichen und emissionsfreien Erneuerbaren Energien zu wechseln.

Seit etwa 200 Jahren fügt der Mensch dem natürlichen Energiekreislauf des Erde-Sonne-Systems die Energieumwandlung aus der fossilen Energie hinzu. Auch diese Energie ist Sonnenenergie; Sonnenenergie in Form von über 500 Millionen Jahre gespeicherte Pflanzenenergie, die wir als Kohle, Öl und Gas aus der Erde in gerade mal 200 Jahren verbrauchen. Dies führt nicht nur zu Klimaproblemen, sondern auch zu schwerwiegen-

den Gesundheitsschäden. Letztere stehen zurzeit im Vordergrund der Diskussion. Der Mensch als „Lungenatmer“ ist auf eine bestimmte Zusammensetzung der Luft angewiesen. Änderungen, so genannte Belastungen der Luft, haben für den menschlichen Körper ernste Folgen. WHO-Studien belegen, dass nicht nur Asthma und Allergien, sondern auch rund 70.000 Tote im Jahr in Deutschland auf Luftbelastungen zurückzuführen sind. Daher ist es zu begrüßen, dass die EU-Kommission wenigstens für Belastung der Luft mit Rußpartikeln in Städten inzwischen einen Grenzwert festschreibt.

Wenn die Menschheit ihre Energieversorgung auf eine endliche Energiequelle stützt, so sind Verteilungskämpfe und Abhängigkeiten vorprogrammiert. Wie groß das Ausmaß des Verteilungskonflikts ist, lässt sich daran erkennen, dass 30 Prozent der Menschheit in den Industrienationen 70 Prozent der Jahresförderung fossiler Energieressourcen in Anspruch nehmen. Daher wird allein der schnell wachsende Energiebedarf Chinas und Indiens zunehmende Kämpfe um das knapper werdende Gut nach sich ziehen. Länder der Dritten Welt haben unter diesen Bedingungen so gut wie keine Chance. Diese Länder sind zwar auf Energieimporte angewiesen, doch mit ihrem deutlich niedrigeren Bruttosozialprodukt pro Einwohner überfordert dies ihre Zahlungsfähigkeit. Wenn andererseits China oder/und Indien in den vergangenen 50 Jahren so gelebt und gewirtschaftet hätten wie die Industrieländer, wären die fossilen Energien schon lange erschöpft.

Erneuerbare Energien werden im Gegensatz zu konventionellen Energieträgern laufend billiger. Die für sie aufzuwendenden Kosten – mit Ausnahme der Bioenergie – fallen durch die Technikbereitstellung an. Diese Kosten werden nach und nach sinken, zumal keine technischen und politischen Sicherheitskosten anfallen; hinzukommen Degressionseffekte durch Massenproduktion und technische Optimierung. Es bleibt eigentlich nur die Frage, ob das Potential Erneuerbarer Energien ausreicht. Dass dies der Fall ist, macht eine EUROSOLARstudie deutlich. Sie zeigt auf, wie 40.000 Megawatt konventionelle Kraftwerksleistung in Deutschland durch Erneuerbare Energien ersetzt werden kann.

In der Tat ist der Einsatz Erneuerbarer Energien in

Deutschland ein Erfolg. Die politischen Rahmenbedingungen haben dazu geführt, dass diese neue Industrie im Jahr 2004 11 Milliarden Euro Umsatz tätigte und über 130000 Arbeitsplätze geschaffen hat. Seit 2000 wurden in Deutschland insgesamt 14000 Megawatt Stromerzeugungskapazitäten aus Erneuerbaren Energien gewonnen. Die jährliche Einführungsrate beträgt 3000 Megawatt. Die Mehrkosten für die Stromverbraucher liegen bei 0,35 Cent pro Kilowattstunde. Das ist weniger als die atomaren Rückstellungskosten für ihre Entsorgung, die bei über 0,50 Cent pro Kilowattstunde liegen. 3000 Megawatt neuer Kapazität pro Jahr für Erneuerbare Energien entsprechen einer Ersatzleistung von 1500 Megawatt Ikonventioneller Kraftwerkskapazität. 20 Milliarden Euro Neuinvestitionen haben die vier großen deutschen Stromkonzerne bis 2010 nach der Verabschiedung des neuen Energiewirtschaftsgesetzes angekündigt. Im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wird es demgegenüber, bei gleich bleibender Einführungsrate wie seit dem Jahr 2000, bis 2010 etwa 35 Milliarden Euro Neuinvestitionen geben.

Konferenz zur Energieregulierung in Deutschland und Großbritannien

[*Britische Botschaft Berlin, 28. 6. 2005*] Am 28. Juni 2005 luden die deutsche Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (Reg TP) und die Britische Botschaft Berlin zu einer Konferenz zur Energieregulierung in Deutschland und Großbritannien ein. Im Vordergrund stand die Frage, wie Deutschland von den Erfahrungen mit der Regulierung des Strommarktes in Großbritannien lernen kann. In England und Wales begann der Prozess der Liberalisierung und Privatisierung bereits Ende der 80er Jahre. Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Bereich der Anreizregulierung gewidmet. Hier soll nach dem neuen Energiewirtschaftsgesetz die Reg TP innerhalb eines Jahres ein System für den deutschen Markt entwickeln. „Die Anreizregulierung ist dabei das in Deutschland innovative Element, das den unternehmerischen Kräften und der Kreativität der Unternehmen zusätzliche Dynamik verleihen und die Effizienz der Unternehmen steigern soll“, beschrieb Matthias Kurth, Präsident der Reg TP, seine Vorstellungen zur Anreizregulierung.

Gerade in diesem Bereich hat Großbritannien umfangreiche Erfahrungen gesammelt. „Der britische Regulierungsansatz hat zu einer erheblichen Produktivitätssteigerung sowie zu einer Senkung der Netznutzungsentgelte um nahezu 50% geführt“, so Kurth.

„Die Vorgabe des Energiewirtschaftsgesetzes, internationale Erfahrungen mit Anreizregulierungssystemen in unsere Konzeptentwicklung einzubeziehen, zielt darauf ab, von diesen Erfahrungen zu profitieren und dadurch den Lernprozess in Deutschland zu verkürzen. Diese Veranstaltung wird einen Beitrag dazu leisten“, resümiert Kurth.

Joan MacNaughton, Director General Energy (Abteilungsleiterin) im britischen Ministerium für Handel und Industrie, erklärte: "Deutschland spielt eine zentrale Rolle auf dem europäischen Energiemarkt. Und ich begrüße diese Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch. Die Marktöffnung bei Gas und Elektrizität in Großbritannien hat den Verbrauchern ebenso wie der Wirtschaft reale Vorteile gebracht. Es spricht alles dafür, dass offene und nachhaltige Energiemärkte in ganz Europa zu mehr Wettbewerb führen und Impulse für wirtschaftlichen Fortschritt in der ganzen Europäischen Gemeinschaft geben werden. Das ist der Grund, warum wettbewerbsorientierte Märkte für den britischen EU-Ratsvorsitz in den kommenden sechs Monaten eine vorrangige Priorität sein werden."

Der vollständige Redetext von Herrn Kurth ist unter <http://www.regtp.de> abrufbar. Die Folien von Frau MacNaughton finden Sie unter: <http://www.britischebotschaft.de/de/embassy/environment/environment.htm>

Weitere Informationen zur Regulierung der Energiemärkte in Großbritannien bieten:

Britische Regulierungsbehörde:
<http://www.ofgem.gov.uk/ofgem>

Department for Trade and Industry:
<http://www.dti.gov.uk/energy>

Weitere Informationen zum britischen EU-Ratsvorsitz: <http://www.eu2005.gov.uk>

Schweiz mit zu 100 Prozent erneuerbaren Energien?

[az-Online.ch vom 24. 5. 2005] Ab 2050 kann und muss sich die Schweiz zu hundert Prozent mit erneuerbaren Energien versorgen. Das ist die Vision der Grünen Partei, die am Montag ihr Positionspapier „Grüne Energieperspektiven 2050“ vorgestellt hat.

«Die Zeit ist reif für die Energiewende», hiess es an einer Medienkonferenz in Bern. Die heutige Energieversorgung aus Uran und fossiler Energie gefährde Mensch und Umwelt, sie nähere geopolitische Konflikte und mache die Schweiz immer mehr vom Ausland abhängig.

Erneut fordern die Grünen deshalb den Ausstieg aus der Kernenergie. Dieser Ausstieg sei innert zehn Jahren machbar, sagte der Urner Landrat Armin Braunwalder. Ein neues KKW oder ein grosses Gaskraftwerk – wie zurzeit diskutiert – seien nicht nötig: Effizienzmassnahmen und erneuerbare Energien könnten den Kernstrom «müheless» ersetzen.

Langfristig sei auch der Ausstieg aus der fossilen Energie unvermeidlich, sagte der Bernhard Piller, Projektleiter der Schweizerischen Energiestiftung (SES). Dies gebiete nicht nur der Klimaschutz. 2010 sei weltweit die maximale Ölförderleistung

erreicht. Es drohten Verteilungskämpfe und massive Preiserhöhungen.

Die einzige Lösung sehen die Grünen in den erneuerbaren Energien. Bis 2050 müssten fossile Energieträger und Kernenergie vollständig durch eine dezentrale Produktion von Sonnenenergie, Windenergie, Wasserkraft, Biomasse, Biogas und Geothermie ersetzt werden. Dies sei machbar und schaffe erst noch neue Arbeitsplätze.

Voraussetzung ist allerdings, dass die Schweiz bis dahin auch ihren Energieverbrauch von derzeit 6000 Watt pro Person um zwei Drittel reduziert.

Unverzichtbar bleibt für die Grünen eine ökologische Steuerreform. Als ersten Schritt dazu bezeichnete Parteipräsidentin Ruth Genner eine hohe CO₂-Abgabe auf Brenn- und Treibstoffen. Folgen müssten eine Strom-Lenkungsabgabe, ein Bonus/Malus-System bei der Autoimportsteuer und eine Motorfahrzeugsteuer entsprechend der Umweltbelastung.

Zur Förderung der erneuerbaren Energien brauche es griffige Programme, sagte Genner. EnergieSchweiz müsse nicht abgebaut, sondern im Gegenteil mit jährlich mindestens 100 Millionen dotiert werden. Auch der Strommarkt sei gezielt auf eine ökologische Produktion auszurichten. Kostendeckende Einspeisevergütungen für erneuerbare Energien seien dabei ein Muss.

8. ÖLPREISENTWICKLUNG



Benzin so teuer wie nie zuvor – Autofahrer bleiben cool

[Stephan Kosch, taz, 11. 6. 2005] Mit 1,231 Euro für einen Liter Super-Benzin ist Sprit teurer als je zuvor – aber niemand regt sich auf. Gut: die Bild-Zeitung fragt auf der Titelseite schon noch, wer das bezahlen soll – aber eine Kampagne wie seinerzeit gegen die Ökosteuer bleibt vorerst aus. Das mag auch daran liegen, dass Rot-Grün sowie so als Auslaufmodell gilt.

Grund für den Preisanstieg sind neben dem Beginn der Reisesaison und dem schwächeren Euro die höheren Preise für Rohöl. Und darauf haben die Börsen der Welt bislang ebenfalls mindestens so schnell mit Kursstürzen reagiert wie der Boulevard mit einer veröffentlichten Meinung. Aber auch auf dem Parkett ist nichts mehr so, wie es mal war. Der wieder gestiegene Preis für Öl aus der Nordsee und den USA sorgte für Interesse an den Aktien der großen Ölkonzerne und zog am Donnerstag die gesamte Wall Street ins Plus, die Börsen in Asien und Europa folgten. Der Sturm, der sich über den Bohrrinseln im Golf von Mexiko zusammenbraute, konnte die gute Stimmung nicht trüben. Und die Regierungswirren in Bolivien, bei denen es auch um die Frage geht, ob die Erdöl- und Erdgasvorkommen wieder verstaatlicht werden sollen, drängen ebenfalls noch nicht auf das Parkett vor.

Hat sich die Welt also mit steigenden Öl- und Benzinpreisen abgefunden? Besser wäre es. Nach einer gestern veröffentlichten Schätzung der Internationalen Energieagentur (IEA) verbraucht die boomende Wirtschaft in China zur Zeit zwar etwas weniger Öl als erwartet. Das dürfte sich aber mit dem erwarteten Anziehen der Weltkonjunktur zum Jahresende hin ändern, für das letzte Quartal rechnet die IEA mit einem um 1,9 Millionen Barrel höheren Verbrauch als im Vorjahr. Im Schnitt werde die Welt auch in diesem Jahr jeden Tag 84,3 Millionen Fässer Öl schlucken.

Knapp 30 Millionen Fässer davon kommen aus der Organisation Erdöl exportierender Länder (Opec). Und die sieht keine Trendwende auf dem Markt. "Der Preis wird vermutlich hoch bleiben", erklärte Scheich Ahmed Fahad aus Kuwait, derzeit auch Opec-Präsident. Er war in dieser Woche zu Gast in Brüssel, um gemeinsam mit

Vertretern der EU die Lage auf dem Ölmarkt zu beraten. Auf dem habe es noch keine Versorgungsengpässe gegeben, sagte Fahad. "Es gibt aber Ängste in Bezug auf die Zukunft."

Dabei arbeiten die meisten Opec-Staaten schon jetzt an ihrer Kapazitätsgrenze. Deshalb ist es fragwürdig, ein neues Preisband einzuführen, wie der Präsident jetzt andeutete. Selbst wenn der Ölpreis einen festgelegten Preiskorridor nach oben durchbricht, kann gar nicht jedes Land seine Produktion erhöhen. Und so dürfte es beim Treffen der Opec am kommenden Mittwoch zunächst nur bei einer "Geste" an die Verbraucherländer bleiben, wie es Nigeria jetzt formulierte.

Vielleicht fällt den Börsen dann wieder ihre Angst vor teuren Rohstoffen ein. Und den Deutschen ihre Benzinwut. Die könnte auch Angela Merkel treffen. Denn die Kanzlerkandidatin hat diese Woche angekündigt, dass auch eine von ihr geführte Bundesregierung die umstrittene Ökosteuer nicht sofort abschaffen könne.

Ölpreis schockt nicht mehr

[Matthias Wulff, Kommentar in der Welt am Sonntag, 26. 6. 2005] Überschwengliche Freude der deutschen Autofahrer beim Blick auf die Zapfsäule ist in diesen Tagen natürlich kaum zu erwarten. Auch dass das Benzin inflationsbereinigt in den siebziger Jahren teurer war als heute, kann den Ärger über die anziehenden Preise nicht verdrängen. Tröstlich mag sein, wie schadlos der Preissprung an der Weltwirtschaft vorübergeht. Die Daumenregel, daß jeder Anstieg des Ölpreises um zehn Dollar einen halben Prozentpunkt Wachstum kostete, hat sich überlebt.

Zwei Gründe hat die Stabilität: Der Einsatz energiesparender Technik und veränderte Verbrauchsgewohnheiten machen die entwickelten Volkswirtschaften immer weniger abhängig vom Öl. Die hohe Benzinbesteuerung in Europa ist zwar unpopulär, zwingt jedoch Hersteller und Fahrer zu einem effizienteren Umgang.

Zudem klettern die Preise nichtwie bei den Ölpreiskrisen in den siebziger Jahren durch die Angebotsverknappung eines Kartell, sondern durch weltweit steigende Nachfrage. Gerade die asiatischen Volkswirtschaften wachsen in diesem

Jahr ungebremst. Einen deutlichen Preisverfall beim Öl erwartet niemand. Das ist für die Weltwirtschaft keine schlechte Nachricht.

Öl und Konjunktur

[Mitteldeutsche Zeitung, 27. 6. 2005] Der Verbraucher wird sich an den jammervollen Blick in die Geldbörse an der Tankstelle wohl gewöhnen müssen. Schlimmer noch, alles spricht dafür, dass auch die Heizöltanks nur zu Höchstpreisen für den nächsten Winter gefüllt werden können. Das hat zwangsläufig Auswirkungen auf die Binnenkonjunktur. Denn hier wird Kaufkraft nicht einfach umverteilt, sondern in die Öl exportierenden Staaten umgeleitet. Lange konnte wenigstens die Staatskasse noch profitieren, da sich Ökosteuer- und Mehrwertsteueraufkommen im Takt mit den gestiegenen Ölpreisen bewegten. Doch offensichtlich ist eine Schmerzgrenze erreicht. Selbst die Deutschen fahren weniger. Das sollte Wasser sein auf die Mühlen der Grünen, die gerade dabei sind, ihre ureigensten Themen für den Wahlkampf wiederzuentdecken. Je höher die Preise für Öl und Gas sind, desto schneller lohnt sich die Investition in erneuerbare Energien oder Maßnahmen, um die Energieeffizienz zu erhöhen. Es ist das Verdienst der Grünen, dafür den gesetzlichen Rahmen geschaffen zu haben.

"Nennen Sie mir einen Grund, warum die Ölpreise je wieder fallen sollten"

[Ulrike Herrmann im Interview mit Otto Wiesmann, taz vom 29. 6. 2005]

OTTO WIESMANN, 50, ist seit 1989 Terminhändler für Öl an der Nymex in New York. Die Nymex ist die größte Terminbörse für Energie und Edelmetalle in Nordamerika. Gegründet wurde sie erst 1983. Wiesmann arbeitet für die Firma Index-Handel. Online versteht sich. Der Börsianer wohnt in Unterfranken.

taz: Herr Wiesmann, der Ölpreis steigt auf Rekordhöhen – was empfehlen Sie den normalen Kunden?

Otto Wiesmann: Wer Heizöl benötigt, sollte sofort welches kaufen! Der Preis wird explodieren. Vor zwei Jahren lag er noch bei 28 bis 32 Cent pro Liter. Jetzt sind es 55 bis 56 Cent, und demnächst dürften es 65 bis 70 Cent sein. Im

September wird es zum Chaos auf dem Heizölmarkt kommen.

taz: So dramatisch?

Wiesmann: Die Heizöltanks der Verbraucher sind fast leer. Jeder Heizölhändler wird es Ihnen bestätigen: Der Absatz war in den letzten Jahren sehr schlecht. Weil die Preise stiegen, haben die Kunden nur kleine Mengen gekauft, die gerade reichten, um sich über den Winter zu retten. Jeder hat darauf gehofft, dass die Preise wieder fallen. Stattdessen werden sie erst recht anziehen, weil jetzt alle Kunden ihre Heizöltanks gleichzeitig füllen.

taz: Nicht alle teilen Ihren Pessimismus ...

Wiesmann: Aber ich bin mir ganz sicher. Sonst würde ich ja im Terminhandel nicht darauf spekulieren.

taz: Im Auftrag Ihrer Kunden?

Wiesmann: Die vertrauen mir und rechnen alle mit steigenden Ölpreisen.

taz: Wieso setzten Sie alles auf eine Karte?

Wiesmann: Nennen Sie mir einen Grund, warum die Ölpreise je wieder fallen sollten.

taz: Was ist mit neuen Fördergebieten, zum Beispiel Ölschiefer und Ölsande, die bei den hohen Preisen jetzt plötzlich rentabel werden?

Wiesmann: Die Erschließung dauert viel zu lang – und es muss auch viel zu viel Energie eingesetzt werden, um wieder Energie zu gewinnen. Vor allem aber sind die Vorräte endlich: 90 Prozent des Öls ist bereits gefunden worden – und über 50 Prozent wurde schon verbraucht.

taz: Zweiter Optimismusversuch: Der hohe Ölpreis ist aktuell auch eine Spekulationsblase, weil es Börsenhändler wie Sie gibt, die an steigenden Kursen verdienen wollen.

Wiesmann: Schön wär's. Doch tatsächlich wird das Angebot knapp. Die Opec fördert schon jetzt fast an ihrer Kapazitätsgrenze. Gleichzeitig steigt die Nachfrage ständig. Nur eine einfache Rechnung: Pro Kopf verbrauchen die Asiaten momentan nur 8 Prozent der Menge Öl, die die US-Amerikaner brauchen. Dieser Anteil muss sich nur auf 16 Prozent verdoppeln – und schon bricht die Ölversorgung zusammen. Denn dann würden die Asiaten 40 Millionen Barrel pro Tag verbrauchen. Das ist mehr, als Russland und Saudi-

Arabien überhaupt fördern.

taz: Wie lautet also Ihre Prognose für die nächsten Monate?

Wiesmann: Beim Rohölpreis werden wir schon spätestens in acht Wochen einen Barrelnpreis von 65 Dollar erreichen. Ab etwa 2009 werden dann 100 Dollar normal sein. Wenn alles glatt läuft. Bei einer politischen Krise, etwa im Iran, kann der Barrelnpreis jederzeit auch sofort auf 100 Dollar hochschießen.

taz: Dagegen ist nichts zu machen?

Wiesmann: Das Angebot lässt sich nicht mehr erhöhen. Wenn die Preise sinken sollen, muss die Nachfrage nachlassen.

taz: Also letzter Tipp an die Heizölkunden: Friert ein bisschen im Winter?

Wiesmann: Wir brauchen endlich eine Energie- wende. Erdwärme, Windkraft, Grubengas – und vor allem Solarenergie. Die Sonnenenergie, die die Erde erreicht, ist vom Volumen her 15.000-mal größer als das verfügbare Öl.

9. KLIMAWANDEL

Jürgen Trittin rechnet das Klima schön

[Bernward Janzing, taz, 14. 7. 2005] Einmal im Jahr wird abgerechnet – jetzt ist es wieder so weit. Die Beamten im Bundesumweltministerium haben für 2003 die nationalen Emissionen des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) aufsummiert – und kommen dabei auf 865,3 Millionen Tonnen. Und während das Ministerium sich selbst für seine "anspruchsvolle Klimaschutzpolitik" lobt, zeigen die Daten, dass das Land im Jahre 1999 mit 857 Millionen Tonnen schon einmal weiter war im Klimaschutz.

So war die Vorstellung des Nationalen Klimaschutzprogramms gestern in Berlin eine durchwachsene Sache. Denn für seine angeblichen Erfolge muss der grüne Bundesumweltminister Jürgen Trittin weit zurückgehen in der CO₂-Statistik. Er vergleicht die heutigen Werte stets mit jenen des Jahres 1990: Gegenüber dem Basisjahr im Rahmen des Kioto-Protokolls, dem einzigen internationalen Abkommen zum Klima-

schutz, habe man bereits 18,5 Prozent CO₂ eingespart. Der Minister verkündet es stolz und sieht sich damit kurz vor seinem Ziel. Dieses heißt: 21 Prozent Reduktion, und soll ab 2008 erreicht sein. Doch die fehlenden Prozente werden schwierig. Denn die Emission gingen vor allem Anfang der Neunzigerjahre zurück – dank Abbau alter Industrieanlagen im Osten.

Allerdings gibt es zumindest nominal partielle Erfolge – denn im Verkehr sind die Zahlen gesunken. Die ökologische Steuerreform sei ein Grund, sagt Trittin, so wie die gestiegene Attraktivität der Bahn. Hinzu kommt noch, dass die Bürger aufgrund höheren Spritpreise weniger Auto gefahren sind. 167 Millionen Tonnen Kohlendioxid wurden 2003 in Deutschland vom Verkehr in die Luft geblasen, gegenüber 182 Millionen Tonnen im Jahr 1999. Dass hierbei auch die eine oder andere Tonne dem Tanktourismus zu verdanken ist, darf vermutet werden: Die Verkehrsemissionen werden danach berechnet, wie viel Sprit im Land verkauft wurde.

Schlecht steht es unterdessen um den Klimaschutz in den privaten Haushalten. Zwar wurden Neubauten immer weiter auf Energieeffizienz getrimmt. Doch jeder Neubau – und braucht er noch so wenig Energie – erhöht den Gesamtverbrauch. Und so stehen die Haushalte mit 122 Millionen Tonnen an einem Punkt, wo sie vor über zehn Jahren schon waren. Industrie und Gewerbe sind die einzigen Sektoren, die relativ stetig ihre Emissionen vermindert haben.

Die Emissionen von Industrie und Haushalten werden übrigens anhand der eingesetzten Brennstoffe ermittelt. Jeder Kubikmeter Gas und jede Tonne Kohle hat einen spezifischen CO₂-Wert, der sich bei der Verbrennung aus der chemischen Zusammensetzung ergibt. Die erhobenen Daten gelten daher als präzise.

Das Umweltministerium macht sich nun Gedanken über neue Minderungsstrategien. Weil sich aber selbst die Grünen an eine weitere Erhöhung der Ökosteur nicht mehr herantrauen, hat das Ministerium ein buntes Sammelsurium von teils recht unpräzisen Projekten oder Minimallösungen vorgestellt. Dazu zählen "Maßnahmen zum Abbau von Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Verkehrsträgern", die "Einführung innovativer Antriebstechniken und Effizienzsteigerung" sowie

die "forcierte Einführung von Verbrauchsanzeigen in Neufahrzeugen". 5,3 Millionen Tonnen sollen künftig pro Jahr in den Haushalten und 10 Millionen Tonnen im Verkehr eingespart werden.

Die Ziele werden umso ambitionierter, je weiter entfernt die Termine sind: Bis 2020 könne man sich eine Reduktion von 40 Prozent gegenüber 1990 vorstellen, ließ Trittin gestern wissen – vorausgesetzt, die anderen EU-Länder verpflichten sich zur Minderung um 30 Prozent.

Tricksen und jonglieren Jürgen Trittins Umweltbilanz ist zu schön, um wahr zu sein

[Kommentar von Bernward Janzing, taz, 14. 7. 2005] Jürgen Trittin ist ein Zahlenjongleur. Denn bei Lichte betrachtet hält seine Klimabilanz bei weitem nicht das, was sie verspricht. In Wahrheit sind die Erfolge minimal. Durch den Ausbau der erneuerbaren Energien gelang es etwa, den nach wie vor steigenden Stromverbrauch zu kompensieren. So hat der Ökostrom bislang keinen Kohlestrom verdrängt, sondern nur verhindert, dass noch mehr fossile Energieträger verstromt wurden. Das hilft kaum, nein, es muss endlich weniger Strom verbraucht werden.

Und dann der Verkehr. 8 Prozent Rückgang der CO₂-Emissionen seit 1999 – klingt gut, ist aber gleichfalls zu relativieren. Denn die Emissionen werden errechnet anhand der verkauften Spritmenge in Deutschland. Da schlägt dann jeder Liter Benzin mit 2,3 Kilogramm und jeder Liter Diesel mit 2,6 Kilogramm CO₂ zu Buche. Wer also zum Tanken über die Grenze fährt, entlastet damit die heimische Klimabilanz. Das ist methodisch zwar unbefriedigend, aber in der Praxis kaum vermeidbar. Nur sollte man sich nichts auf sinkenden Spritabsatz einbilden, wenn zeitgleich in Österreich der Verkauf deutlich steigt – was als untrügliches Indiz für Tanktourismus gelten muss.

Gewerbe und Industrie haben unterdessen tatsächlich seit 1990 ihre Emissionen vermindert. Doch diesen Rückgang ganz der Klimaschutzpolitik zuzuschreiben ist unredlich. Denn der Niedergang der ostdeutschen Industrie brachte der Bilanz erhebliche "Wall-fall-profits" ein. Mit diesem Trick setzt Trittin eine langjährige Tradition fort: Schon die Regierung Kohl hatte sich diese Minde-

rung immer als eigenen Erfolg auf die Fahnen geschrieben.

Das Lächerlichste allerdings sind nun einige der Ziele für die Zukunft. Das spielt sich dann auf dem Niveau von "emissionsabhängigen Landengebühren auf deutschen Flughäfen" ab, statt dass endlich das Kerosin besteuert wird. Und Infokampagnen sollen zum sparsamen Fahren und zur Nutzung von Ökoenergien anhalten. Alles richtig – nur verdammt dünn für ein grünes Ministerium, das einst das schlagkräftige Instrument Ökosteuer propagierte.

Allianz fürchtet Kosten des Klimawandels

[Spiegel Online, 29. 6. 2005] Bei der Allianz gilt das Thema Klimawandel neuerdings als Chefsache: Der Versicherungskonzern stellt jetzt schon fest, dass das Schadensrisiko durch die globale Erwärmung pro Jahr um ein paar Prozentpunkte ansteigt. Schuld seien unter anderem Stürme, Überschwemmungen und Dürren.

Der Klimawandel sei ein "strategischer Risikofaktor" geworden, sagte Vorstandsmitglied Joachim Faber gestern in einem Pressegespräch. Künftig werde das Thema bei der Allianz auf Vorstandsebene behandelt. So entstehen auch ganz neue Koalitionen: Der Versicherungskonzern kooperiert beim Thema Erderwärmung mit dem World Wide Fund for Nature (WWF). Gemeinsam haben beide Organisationen eine Studie zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die Finanzbranche erstellt:

http://www.wwf.de/imperia/md/content/pdf/klima/powerswitch/Studie_Climate_and_Finance.pdf

Ein Ergebnis: Das Risiko eines Sachschadens durch die globale Erwärmung erhöhe sich jährlich mit einer Rate von zwei bis vier Prozent, wie Andrew Torrance sagte, Chef der britischen Versicherungstochter Allianz Cornhill.

Die Auswirkungen seien mit einer Häufung von Wirbelstürmen, dem Abschmelzen des arktischen Eises und einer Zunahme von Dürren und Überschwemmungen bereits Realität, hieß es. In den vergangenen Jahren hätten solche Ereignisse bereits Milliarden-Schäden angerichtet. "Im Interesse unserer Kunden und Aktionäre müssen wir diese Risiken im Blick behalten, wenn wir

Versicherungsrisiken übernehmen und über Finanzanlagen oder Kreditvergabe entscheiden", erklärte Faber.

Allianz will Windkraft fördern

Wie genau sich die Berechnungen auf die Prämienzahlungen auswirken, steht noch nicht fest. Die Allianz stelle gegenwärtig ein Team von Experten zusammen, das bewerten soll, wie Kosten des Klimawandels in die Risikobewertung einfließen sollen, hieß es weiter. Die Ergebnisse würden im Herbst vorgestellt. Es sei aber anzunehmen, dass die Prämien steigen müssten, hieß es.

Schon jetzt hat das Unternehmen beschlossen, sein finanzielles Engagement bei erneuerbaren Energien ausbauen, um die Wirkungen der Erderwärmung langfristig zu bremsen. Innerhalb der kommenden fünf Jahre sollten die Investitionen im Private-Equity-Geschäft der Allianz in Unternehmensbeteiligungen aus diesem Bereich um rund 300 bis 500 Millionen Euro aufgestockt werden, sagte Faber. Den Schwerpunkt wolle man dabei auf Firmen legen, die Windkraftanlagen betreiben und herstellen. Dazu sei auch ein eigenes Tochterunternehmen, die Allianz Specialized Investments, aufgebaut worden.

Allianz und WWF forderten von den Staats- und Regierungschefs, die in der kommenden Woche beim G8-Gipfel in Schottland zusammenkommen, klarere politische Rahmenbedingungen zu schaffen, um langfristige Investitionen und die Kreditvergabe der Banken und Anleger entsprechend anpassen zu können.

"Als Investor brauchen wir mehr politische und regulatorische Sicherheit, also ein klares Regelwerk zum Thema Klimawandel, auch für die Zeit nach Auslaufen des EU-Systems für die Zuteilung von Emissionszertifikaten im Jahr 2012", erklärte Faber.

Weltweiter Klimaschutz: Sofortiges Handeln spart hohe Kosten.

[Claudia Kemfert, DIW, 23. 5. 2005] Der durch den Menschen verursachte Klimawandel wird weiter voranschreiten, wenn es nicht gelingt, das Volumen der globalen Treibhausgasemissionen zu senken. Internationale Experten gehen allgemein davon aus, dass irreversible und gefährliche

Klimaschäden dann auftreten, wenn die Treibhausgaskonzentration 450 ppm überschreitet und die globale Oberflächentemperatur im Jahre 2100 um 2 °C über dem vorindustriellen Niveau liegt. Eine Überschreitung dieser Grenzen hätte zur Folge, dass extreme Klimaereignisse häufiger und intensiver auftreten. Um dies zu vermeiden, wäre global gesehen eine Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration auf dem heutigen Niveau notwendig.

Dies würde erfordern, dass bereits heute die hauptverantwortlichen Nationen Maßnahmen einleiten, um die Emissionen zu senken. Ohne Klimaschutzpolitische Maßnahmen ist im Jahre 2100 mit globalen Klimaschäden von bis zu 20 Bill. US Dollar zu rechnen. Wenn erst später, d. h. in 20 bis 30 Jahren, mit diesen Maßnahmen begonnen wird, wird eine Überschreitung der Temperaturgrenze von 2 °C nicht zu verhindern sein.

Überdies dürften die Kosten einer heute beginnenden Klimaschutzpolitik geringer sein als die einer solchen, die erst in 20 Jahren, dann aber mit drastischen Maßnahmen einsetzt. Je früher mit der Klimaschutzpolitik begonnen wird, desto weniger Klimaschäden werden in späteren Jahrzehnten auftreten. Die Kosten aktiver Klimaschutzpolitik, mit der heute begonnen wird, würden global etwa 430 Mrd. US-Dollar im Jahre 2050 und ca. 3 Bill. US-Dollar im Jahre 2100 betragen. Eine Klimaschutzpolitik, die erst im Jahre 2025 einsetzt, würde Mehrkosten von bis zu 50 Mrd. US-Dollar im Jahre 2050 und 340 Mrd. US-Dollar im Jahre 2100 bedeuten. Es können globale Klimaschäden im Jahre 2100 in der Höhe von bis zu 12 Bill. US-Dollar vermieden werden, wenn möglichst rasch mit aktiver Klimaschutzpolitik begonnen wird. In Deutschland würde eine Klimaschutzpolitik, die schon heute wirksame Maßnahmen ergreift, 5,7 Mrd. US-Dollar im Jahre 2050 und 40 Mrd. US-Dollar im Jahre 2100 kosten. Zugleich würden damit aber Klimaschäden in Höhe von 33 Mrd. US Dollar im Jahre 2050 und 160 Mrd. US-Dollar im Jahre 2100 vermieden.

Weiterlesen:

<http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/Klimastudie.pdf>

Gutachten zum Klimawandel – Manipulation im Weißen Haus

[ntv.de, 8. 6. 2005] Ein Berater von US-Präsident George W. Bush soll nach Informationen der "New York Times" wiederholt Klimaberichte der Regierung manipuliert haben. Als Folge sei der Zusammenhang zwischen dem Ausstoß von Treibhausgasen und der globalen Erwärmung heruntergespielt worden, schreibt das Blatt am Mittwoch unter Berufung auf entsprechende Dokumente. Die Dutzenden von handschriftlichen Änderungen hätten eine Aura des Zweifels über wissenschaftliche Erkenntnisse legen sollen, die von den meisten Klimaexperten als gesichert eingeschätzt würden.

Nach dem Bericht der "New York Times" soll der zum Stabschef im Umweltrat des Weißen Hauses aufgestiegene Philip Cooney sowohl Entwürfe als auch von Regierungsmitarbeitern bereits genehmigte Berichte verändert haben. In mehreren Berichten zu dem strittigen Thema habe er Textpassagen gestrichen. Cooney sei vor seinem Wechsel in das Weiße Haus ein Lobbyist für das "American Petroleum Institute", der größten Interessengruppen der US-Ölindustrie, gewesen. Die "Times" beruft sich bei ihrem Bericht auf Unterlagen, die sie von einer Nichtregierungsorganisation erhalten habe. Das "Government Accountability Project" bietet Informanten juristische Hilfen an, die Hinweise zu Machenschaften der Behörden geben. Im Falle des Umweltrats vertritt die Gruppe einen Mann, der bis zum März in dem Gremium gearbeitet und die Berichte Cooneys zur Veröffentlichung fertig gemacht hat.

Die US-Regierung lehnte es ab, den Artikel zu kommentieren. Ein Regierungssprecher sagte der "New York Times", dass Änderungen an Berichten Teil eines normalen Revisionsprozesses seien. "Alle Kommentare werden noch mal durchdacht, einige werden akzeptiert und andere abgelehnt."

Am Dienstag hatte der britische Premierminister Tony Blair bei seinem Gespräch mit US-Präsident George W. Bush in Washington das strittige Thema Klimawandel angesprochen. Nach dem Treffen sprach Blair von unterschiedlichen Betrachtungsweisen des Problems. Bush verwies darauf, dass die USA bei den Ausgaben zur Forschung über den Klimawandel führend seien.

Bushs Sprecher Scott McClellan hatte unmittelbar vor dem Gespräch der beiden Politiker bekräftigt, dass die US-Regierung das Kioto-Protokoll zum Klimaschutz nicht ratifizieren werde, weil sonst Millionen von Arbeitsplätzen verloren gingen.

Christliche Rechte predigt den Klimaschutz

[Michael Streck, taz, 11. 7. 2005] Sie predigen gegen Abtreibung, Schwulenehe, Sterbehilfe, und sie bilden George W. Bushs zuverlässigste Wählerbasis: konservative religiöse Gruppen. Als Umweltaktivisten sind sie bislang nicht aufgefallen. Doch das ändert sich. Wenn europäische Umweltgruppen enttäuscht auf den G8-Gipfel reagieren, dann können sie sich wenigstens damit trösten, dass eine der stärksten konservativen Bewegungen in den USA mittlerweile auf ihrer Seite ist.

Dass sich die christliche Rechte für den Schutz der Schöpfung interessiert, ist relativ neu. Erstmals gelangten die Evangelikalen vor zwei Jahren in die Schlagzeilen: Der Prediger Jim Ball startete die Kampagne "What would Jesus drive?" und proklamierte, dass Benzin verschlingende Geländewagen unchristlich seien.

Inzwischen hat sich auch die mächtige "National Association of Evangelicals" mit 30 Millionen Mitgliedern in einem richtungsweisenden Papier an die Christen Amerikas gewandt, "sich für den Schutz von Gottes Werk einzusetzen". Die Regierung sei "verpflichtet, ihre Bürger vor weiterer Umweltzerstörung zu bewahren".

Der Direktor der Organisation, Ted Haggard, traf sich mit Tony Blair, als dieser im vergangenen Monat Washington besuchte. Gemeinsam erörterte man das Problem der Erderwärmung; hinterher warb Haggard für die Klimapolitik des britischen Premiers. Das weit verbreitete Magazin *Christianity Today* stellte sich hinter einen Gesetzentwurf, der im US-Senat verhandelt wird und verbindliche Emissionsgrenzen für Treibhausgase fordert – ein Ansinnen, das Bush jedoch vehement ablehnt.

Doch nicht alle Christenmenschen sind froh über das neue Engagement. Die wohl einflussreichste Organisation der christlichen Rechten, "Focus on the Family", folgt lieber der biblischen Aufforderung "Mache dir die Erde untertan". Sie will daher

keine Politik unterstützen, die den Schutz von Pflanzen und Tieren zum Ziel hat.

Prediger Haggard ist jedoch überzeugt, dass die neuen Grünen die republikanische Politik langfristig ändern werden. "Wir haben das Mandat der Bibel und müssen uns daher um die Umwelt kümmern." Die christliche Rechte sei für die Republikaner so bedeutend, glaubt auch Politik-Experte John Green von der University Akron, dass sie einen Kurswechsel innerhalb der Partei herbeiführen könnte. "Das Thema Abtreibung hat gezeigt, wie erfolgreich diese gut organisierte Wählergruppe ist."

Wirtschaft gegen Bush

[Andreas Oldag, SZ, 12. 7. 2005] Mit seinem kategorischen Nein zu allen verbindlichen Zielsetzungen beim Klimaschutz hat sich US-Präsident George W. Bush nicht nur im Kreis der Industriestaaten isoliert. Auch im eigenen Land stößt er zunehmend auf Widerstand. Es sind Initiativen in den US-Bundesstaaten aber ebenso Unternehmen, die neuerdings ihr Herz für den Umweltschutz entdeckt haben.

Vorreiter ist der Mischkonzern General Electric (GE), der vor kurzem ein ehrgeiziges Programm verkündet hat: Bis zum Jahre 2010 will GE jährlich 1,25 Milliarden Dollar in die Erforschung und Entwicklung energiesparender Technologien stecken. Außerdem hat sich der Konzern mit seinen weltweit 320.000 Mitarbeitern das Ziel gesetzt, die Belastung durch Treibhausgase in seinen Werken bis 2008 um 30 Prozent zu reduzieren.

Die Kunden wollen es

Ist aus dem Saulus ein Paulus geworden? Wird sich GE-Konzernchef Jeffrey Immelt nun mit den amerikanischen Grünen und mit notorischen Umweltschützern wie dem Verbraucherschutzanwalt Ralph Nader verbünden? Wohl kaum. Immelt ist kein Idealist, der den Profit des Unternehmens leichtfertig aufs Spiel setzt. Ihn treibt durchaus kühles, ökonomisches Denken: So hat sich das Kaufverhalten der Kunden geändert.

Immer mehr Konsumenten verlangen umweltfreundliche Produkte, so dass dies für einen Konzern, der wie GE von der Waschmaschine über die Glühlampe bis hin zur Flugzeugturbine

alles herstellt, eine wichtige Richtschnur für Investitionsentscheidungen ist. Mit der Produktion von Windkraft-Turbinen zur Stromerzeugung wird GE beispielsweise nach Branchenschätzungen in diesem Jahr schon zwei Milliarden Dollar umsetzen.

GE ist kein Einzelfall. Der Mischkonzern 3M hat den Ausstoß von Treibhausgasen bereits seit 1995 um etwa 35 Prozent reduziert. Der im US-Bundesstaat Ohio ansässige Stromversorger Cinergy warnt vor den schädlichen Auswirkungen der globalen Erwärmung.

Das Unternehmen befürwortet ein nationales Programm zur Senkung des Kohlendioxid-Ausstoßes. In die gleiche Kerbe schlug American Electric Power (AEP), einer der größten Stromerzeuger der USA. Das Problem klimaverändernder Treibhausgase sei eine "Herausforderung", die landesweit angepackt werden müsse, heißt es von dort. Beide Firmen kümmerten sich bislang kaum um Umweltschutz.

Die Versorger betreiben noch viele technisch veraltete Kohlekraftwerke aus den 70er und 80er Jahren, die den Dreck unzureichend gefiltert in die Luft blasen.

"Klima-Kriminelle"

Zwar lehnt es die US-Energiebranche ebenso wie die Bush-Regierung ab, das Kioto-Protokoll über die Reduzierung der Treibhausgase zu unterzeichnen. Washington hat ein Horrorszenario entworfen, wonach Kioto der US-Wirtschaft etwa 400 Milliarden Dollar (313 Mrd. Euro) und 4,9 Millionen Jobs Arbeitsplätze kosten würde.

Doch offenbar sind die Energieversorger im zunehmenden Maße um ihren Ruf bei den Kunden besorgt. Sie wollen nicht länger als umweltpolitische Sündenböcke dastehen, wie beispielsweise der Chef des weltgrößten Ölkonzerns Exxon, Lee Raymond, der stramm auf der Seite der Bush-Fans steht und von der Umweltschutzorganisation Greenpeace vor kurzem als "Nummer Eins" unter den "Klima-Kriminellen" titulierte wurde.

Von New York bis San Francisco wehren sich überall im Lande Umweltschutzorganisationen gegen die Verpestung von Luft und Wasser. Bürgerinitiativen kämpfen um den Erhalt der bedrohten Nationalparks. Etwa 40 der 50 US-Bundesstaaten haben eigene Klimaschutzpläne entwickelt.

Ausgerechnet Bushs Parteifreund und Gouverneur des US-Bundesstaats Kalifornien, Arnold Schwarzenegger, hat sich einem der ehrgeizigsten Programme zur Reduzierung der Treibhausgase verschrieben.

In dem bevölkerungsreichsten US-Staat sollen die Emissionen innerhalb der nächsten fünf Jahre auf das Niveau des Jahres 2000 sinken. Bis 2020 sollen sie dann auf den Stand von 1990 sinken, bis 2050 auf 80 Prozent unter den Stand von 1990. Um die Ziele zu erreichen, setzt der Gouverneur auf erneuerbare Energien, auf Wasserstoffmotoren und auf verbindliche Vorgaben für die Automobilindustrie.

Die Richtwerte gelten für Autos, die ab 2009 in dem Westküstenstaat zugelassen werden. Vorgeschieden ist, dass der Ausstoß von Kohlendioxid bis 2016 um 30 Prozent reduziert wird. Zehn weitere Bundesstaaten wollen die kalifornischen Grenzwerte übernehmen. Die Bush-Regierung gerät damit in die Defensive. "Die Regierung muss aufpassen, dass sie nicht ähnlich wie in der Irak-Krise das Vertrauen ihrer Wähler verliert", meint ein Wall-Street-Banker.

„Umweltschutz ist kein teures Hobby“ Interview mit Jeffrey Immelt, GE

[Interview in der Süddeutschen Zeitung vom 30. 6. 2005] Der Chef des Industriegiganten GE über das Umdenken beim Klimaschutz

SZ: Herr Immelt, Sie verordnen Ihrem Unternehmen neue, höhere Umweltstandards. Die US-Regierung hält genau die für wirtschaftsfeindlich. Veruntreuen Sie das Geld Ihrer Aktionäre?

Immelt: Nein. Investitionen in grüne Technologien sind kein teures Hobby entrückter Manager. Wir haben mit der Initiative vor allem ein Ziel: Geld verdienen. Wir erwarten, dass die Nachfrage nach umweltfreundlichen Technologien, etwa bei erneuerbaren Energien oder der Wasseraufbereitung, stark zunimmt – nicht nur in Europa und den USA, sondern vor allem in Schwellenländern wie Indien und China. China plant zum Beispiel 85 Milliarden Dollar für den Umweltschutz auszugeben. Bis 2010 werden wir unseren Umsatz mit grünen Produkten und Technologien weltweit auf 20 Milliarden Dollar verdoppeln.

SZ: Sie folgen mit dem Umweltprogramm den

Vorgaben des Kioto-Protokolls. US-Präsident George Bush und der Kongress lehnen das noch immer vehement ab. Kann Ihre Initiative die Regierung zum Einlenken im internationalen Klimaschutz-Streit bewegen?

Immelt: Wir machen, was wir für richtig halten – egal was andere denken. Strengere Umweltstandards schaden der Wirtschaft aus unserer Sicht keinesfalls. Sie sind nicht automatisch gleichzusetzen mit weniger Gewinn oder Profitabilität, wie das oft behauptet wird. Im Gegenteil: Das Land könnte von höheren Standards profitieren, wenn man Kernkompetenz bei Umweltgütern entwickelt. Das könnte der Wirtschaft helfen, so wie es in Europa durch die öffentliche Unterstützung von Industrie und Forschung schon passiert ist. Außerdem brauchen Unternehmen eine verlässliche Umweltpolitik. (...)

Klimawandel erschwert Erreichen der Millenniumsziele

[Sven Anemüller im Interview mit Prof. Klaus Töpfer, Germanwatch, Juli 2005]

Das UN-Umweltprogramm sitzt in Kenia. Welche Auswirkungen hat der Klimawandel auf die Lebensbedingungen in Entwicklungsländern?

Töpfer: Die Ärmsten der Armen leiden am meisten unter dem Klimawandel. Es ist eine Tatsache, dass diejenigen, die am meisten von den Auswirkungen betroffen sind, am wenigsten zu den Ursachen beigetragen haben. Die hochentwickelten Länder „exportieren“ sozusagen ihre Umweltauswirkungen und verschlechtern damit massiv die Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern.

Die internationale Staatengemeinschaft will mit dem sogenannten Millenniumszielen die Anzahl der Armen weltweit bis 2015 halbieren. Kann dies ohne ernsthaften Klimaschutz gelingen?

Der Klimawandel erschwert die Realisierung der „Millennium Development Goals“ erheblich, wenn er sie nicht gar in Teilen unmöglich macht. Es ist deswegen zu begrüßen, dass Premier Blair als Schwerpunkt seiner Präsidentschaft in der G8 zwei Schwerpunktthemen gewählt hat: Afrika und der Klimawandel. Diese Prioritäten haben enge Querverbindungen und machen die Relevanz des

Klimaandels für den Frieden auf dieser Welt sehr deutlich.

Welche Rolle könnte der Finanzsektor und die Versicherungen bei der Bekämpfung des Klimawandels spielen?

Wir sind in UNEP bemüht, den Finanzsektor und die Versicherungen in die Klimastrategie einzubinden und sind dabei zunehmend erfolgreicher. Klimawandel und die damit verbundenen Naturkatastrophen sind für Versicherungen ein großes unternehmerisches Risiko. Im Finanzsektor wollen wir das Investitionsverhalten der Pensionsfonds und der institutionellen Anleger sensibilisieren im Hinblick auf Risiken durch den Klimawandel. Deshalb haben wir im Mai in New York gemeinsam mit anderen Partnern den „Investment Summit“ durchgeführt.

Wie schätzen sie die wissenschaftlichen Kenntnisse über Ausmaße und Folgen des Klimawandels ein?

Die wissenschaftlichen Kenntnisse sind außerordentlich gut ausgearbeitet und solide fundiert. Unsere Arbeit fundiert in diesem Zusammenhang auf den Ergebnissen des „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC). Das IPCC ist eine beispielhafte internationale Institution, gegründet von UNEP und der „World Meteorological Organization“, zur Integration aller wissenschaftlichen, technischen, und sozioökonomischen Erkenntnisse von hochrangigen Wissenschaftlern aus der ganzen Welt.

Welche Erwartungen knüpfen Sie an das Inkrafttreten des Kioto-Protokolls vom Februar 2005?

Es ist großartig, dass das Kioto-Protokoll in Kraft getreten ist. Die Ratifizierung durch Russland hat dies – wenngleich sehr spät – möglich gemacht. Mit dem Kioto-Protokoll haben wir nicht nur für die daran gebundenen Vertragsstaaten konkrete Ziele zur Minderung von Klimagasen vorgegeben, sondern auch neue, kreative Maßnahmen geschaffen. Dies wird dazu beitragen, dass Minderungen auch über die Zielsetzungen des Protokolls hinaus möglich werden.

Können Sie uns drei Handlungsmöglichkeiten nennen, mit denen unsere LeserInnen zum Kampf gegen den Klimawandel beitragen können?

Klimawandel ist verbunden mit der Verbrennung von fossilen Energieträgern – also mit Kohle, Mineralölen und Gas. Alles, was dazu beiträgt, diese Energieträger weniger zu nutzen, ist ein Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel. Das betrifft unsere Wohnungen und deren Isolierungen oder die Nutzung von Elektrogeräten. Allein die Vermeidung von Standby-Schaltungen ist ein kleiner, aber wichtiger Beitrag! Ein weiteres Beispiel ist die Anschaffung eines Autos mit geringem Kraftstoffverbrauch und die Vermeidung von unnötigen Fahrten.

EU-Kommissar Andris Piebalgs sieht Kioto Ziele gefährdet

[IWR, 20. 6. 2005] EU-Kommissar Andris Piebalgs sieht das Erreichen der Kioto-Ziele zur Reduktion von Treibhausgasen in Gefahr. Gegenüber dem Berliner Tagesspiegel sagte er in einem Interview, dass der derzeitige Energiemix der EU für Kioto nicht optimal sei. „Es kann sein, dass wir die Ziele später erreichen werden als gedacht“, so Piebalgs. Den Anteil erneuerbarer Energien im EU-Energiemix bezeichnete Piebalgs als zu niedrig. Die EU habe sich das Ziel gesetzt, dass die Erneuerbaren bis 2010 an der Stromerzeugung 22 Prozent ausmachen. Er halte nunmehr allerdings nur noch 18 bis 19 Prozent für realistisch, so Piebalgs weiter. Vor allem für die Biomasse müsse mehr Interesse gezeigt werden.

Auf die Frage, ob die Erneuerbaren Energien schon weit genug entwickelt seien, um die Förderung – wie von CDU und FDP geplant – zu senken, sagte Piebalgs dem Blatt, er teile die Sichtweise einer zu umfangreichen Förderung der erneuerbaren Energien nicht. Deutschland habe ganz Europa gezeigt, wie viel man mit den Erneuerbaren erreichen könne. Die Wettbewerbsfähigkeit erneuerbarer Energien erwartet der EU-Kommissar bei einem Ölpreis von 66 Dollar je Barrel. „Derzeit liegt der Ölpreis bei mehr als 50 Dollar, und dass er weiter steigt, können wir nicht ausschließen“, so der EU-Kommissar.

Mit Blick auf die Kohlenutzung forderte Piebalgs EU, Mitgliedsstaaten und Industrie dazu auf, alle Ressourcen zu bündeln, um die Clean-Coal-Technologie in zehn bis zwanzig Jahren marktreif zu machen. Die Frage, ob auch die Atomkraft einen Beitrag zum Klimaschutz leisten könne,

bejahte der Kommissar. In vielen EU-Mitgliedsstaaten, v.a. Frankreich, würden Kernkraftwerke dabei helfen, den Kioto-Zielen näher zu kommen. Dass es in einigen Ländern keine Mehrheit für die Kernkraft gebe, müsse man akzeptieren. Ein Erreichen der Kioto-Ziele ohne die Kernenergie halte er im Prinzip auch für möglich. „Es ist allerdings die Frage, wie viel das kostet und ob die Bürger bereit sind, das zu zahlen“, so Piebalgs weiter.

Europa weiter weg von Kioto-Zielen

[Ruth Reichstein, taz vom 22. 6. 2005] Die Treibhausgas-Emissionen in der EU sind wegen des höheren Kohleverbrauchs im Energiesektor gestiegen. Der Kommissar gibt sich dennoch zuversichtlich. Umweltschützer befürchten hingegen, dass die Klimaschutzvorgaben verfehlt werden.

Die Treibhausgasemissionen in der Europäischen Union sind im Jahr 2003 um 1,5% gestiegen. Das geht aus dem Jahresbericht der Europäischen Umweltagentur hervor, der gestern in Brüssel veröffentlicht wurde. In Tonnen bedeutet das allein in den 15 alten EU-Mitgliedstaaten einen Anstieg von 53 Millionen. In Deutschland stiegen die Emissionen um 0,2% oder 2,3 Millionen Tonnen. Damit hat das Land im Vergleich zu 1990 zu den Treibhausausstoß um 18,5 Prozent verringert. Kioto schreibt bis 2012 eine Reduktion um 21 Prozent vor.

Als „schockierend“ bezeichnete die Umweltorganisation *Friends of the Earth* die neuen Zahlen. „Europa wird es vermutlich nicht schaffen, die gesteckten Ziele im Klimaschutz zu erreichen“, schätzt der Klimaexperte Jan Kowalzig. Für den sprunghaften Anstieg der Emissionen ist vor allem der Energiesektor verantwortlich. In der EU-15 stieg der Ausstoß – bedingt vor allem durch einen höhern Kohleverbrauch – um 24 Tonnen. Deutschland, Großbritannien und Finnland sind dabei die größten Sünder. Ein Grund für den erhöhten Energiebedarf sei der kalte Winter gewesen, heißt es in dem Bericht der Umweltagentur.

Mit diesem Anstieg hat die EU fast die Hälfte der im Jahr 2002 erreichten Reduzierung wieder zunichte gemacht. Im Vergleich zum Basisjahr

1990 hat die EU ihre Emissionen nur um 1,7 Prozent verringert. Der Ausstoß von CO₂ ist im Vergleich zu 1990 sogar um 3,4 Prozent gestiegen. Das Protokoll von Kioto schreibt bis 2012 eine Minderung um 8 Prozent vor.

Der EU-Umweltkommissar Stavros Dimas zeigte sich „enttäuscht“ über die Zahlen. Er sei aber überzeugt, dass die Kioto-Ziele dennoch fristgerecht erreicht werden können. „Die Zahlen zeigen uns lediglich, wie wichtig es ist, alle Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen“, sagte der Kommissar gestern in Brüssel. Dazu gehöre zum Beispiel die Förderung von Biobenzin, Steuern auf Energieverbrauch und der Emissionshandel, der zum Jahresanfang begonnen hat.

„Wir hoffen dass diese Zahlen ein Weckruf für die europäischen Regierungen sind. Sie müssen den Klimaschutz endlich ernstnehmen“, sagte Regine Günther, Klimaschutzexpertin von WWF Deutschland. Bisher hätten sich einige Regierungen auf statistischen Effekten ausruhen können. So sei zum Beispiel die deutsche Bilanz durch die Wiedervereinigung geschönt worden. Da in den neuen Bundesländern Industrie abgebaut wurde, seien automatisch auch die Emissionen gesunken. Günther fordert vor allem, den Emissionshandel konsequent umzusetzen. „Die Kontingente sind in fast allen Staaten zu hoch. Für die kommende Periode von 2008 bis 2012 muß die EU-Kommission unbedingt eine härtere Linie vorgeben.“ Eine gute Nachricht gibt es für Deutschland: Die Emissionen im Transportsektor sind bereits zum vierten Mal in Folge gesunken, obwohl sie in der EU-15 um 6 Tonnen gestiegen sind.

Dass die EU die Klimaziele verfehlt, hat weltweit negative Folgen

[Kommentar von Nick Reimer, taz vom 22. 6. 2005] Landauf, landab suchen die Europa-Befürworter derzeit Argumente gegen die große Krise der Europäischen Union. Kein leichter Job, aber zum Glück gibt es ja die großen Zukunftsthemen. Zum Beispiel der Klimaschutz. Europa ist vorausschauend. Europa ist Vorbild. Europa ist Verhandlungsführer. Kurz: Europa ist gut.

Europa ist gut? Die gestern in Brüssel vorgestellten Zahlen sprechen leider eine andere Sprache. Statt den Ausstoß des Klimakillers Kohlendioxid

zu senken, haben die Mitgliedstaaten in der Summe wieder mehr Klimadreck in die Atmosphäre geblasen. Ab sofort gilt auch bei den Visionen für die Zukunft: Europa bringt es nicht.

Dieses Debakel ist ein schwerer Rückschlag für den Klimaschutz weltweit. Wenn Verhandlungsführer wie Trittin oder Blair bald wieder in China oder den USA mehr Umweltpolitik einfordern, wird ihnen zu Recht der Stuhl vor die Tür gestellt.

Dabei ist es extrem wichtig, dass sich Europa beim Klimaschutz profiliert. Unstrittig ist nämlich, dass die Kioto-Ziele viel zu optimistisch angesetzt sind, um den Treibhauseffekt wenigstens auf dem status quo einzufrieren. Unstrittig ist ebenso, dass bereits dieser status quo weltweit schwere wirtschaftliche Verwerfungen mit sich bringt. Vor allen Dingen haben die Verhandlungen zu Reduktionszielen aber bislang gezeigt: Ohne Europa ist nicht einmal der kleinste Fortschritt zu erzielen.

Europa muss radikal umdenken – aus eigenem Interesse. Werden nicht sofort alle Bemühungen um wirtschaftlichen Aufschwung dem Klimaziel untergeordnet, steht mittelfristig der europäische Wohlstand zur Disposition. Dass Deutschland relativ gut beim Klimaschutz dasteht, hat fast ausschließlich mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch der Post-DDR-Wirtschaft zu tun. Das sollte den europäischen Wirtschaftslobbyisten eine Lehre sein: Wer heute nicht Schritt für Schritt in Energieeffizienz, regenerative Energien, saubere Technologien investiert, wird morgen gezwungen sein, dies abrupt zu tun. Die Folgen solcher Brüche kann man zwischen Ostsee und dem Erzgebirge studieren.

10. G8-GIPFEL ZUM KLIMASCHUTZ

Gemeinsame Erklärung der Wissenschaftsakademien der G8

[Britische Botschaft Berlin, 10. 6. 2005] Die wissenschaftliche Erkenntnislage zum Klimawandel ist inzwischen eindeutig genug, um eine Verpflichtung der Staats- und Regierungschefs

der G8 zu unverzüglichen Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgas-Emissionen zu rechtfertigen – so ein bisher einmaliges Statement, das am 7. Juni 2005 von den Wissenschaftsakademien der G8-Staaten gemeinsam herausgegeben wurde.

Die Erklärung wurde in allen G8-Staaten – Deutschland, Großbritannien, USA, Kanada, Frankreich, Italien, Japan und Russland – sowie Brasilien, China und Indien publiziert. Für Deutschland unterzeichnete sie die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina in Halle, für Großbritannien die Royal Society.

Das Statement, das im Vorfeld des G8-Gipfels im Juli im schottischen Gleneagles veröffentlicht wurde, ruft die G8-Staaten dringend dazu auf,

- anzuerkennen, dass die Bedrohung durch den Klimawandel klar ist und weiter zunimmt,
- zu eruieren, welche kostenwirksamen Maßnahmen für eine beträchtliche und langfristige Reduzierung des weltweiten Treibhausgasausstoßes jetzt ergriffen werden können,
- einzusehen, dass ein Hinauszögern von Maßnahmen das Risiko schädlicher Umweltfolgen steigen lässt und wahrscheinlich auch höhere Kosten verursachen wird,
- mit den Entwicklungsländern zusammenzuarbeiten beim Aufbau von wissenschaftlichen und technologischen Kapazitäten, die sie befähigen, innovative Lösungen zu entwickeln, um die negativen Auswirkungen des Klimawandels abzumildern und sich darauf einzustellen, wobei jedoch ihr legitimes Recht auf Entwicklung ausdrücklich anerkannt wird,
- bei der Entwicklung und beim Einsatz sauberer Energietechnologien und in Sachen Energieeffizienz eine Führungsrolle zu übernehmen, und alle anderen Nationen an diesem Wissen teilhaben zu lassen,
- die Wissenschafts- und Technologie-Community zu mobilisieren, damit die Forschungs- und Entwicklungsbemühungen verstärkt werden, um so eine bessere wissenschaftliche Grundlage für klimapolitische Entscheidungen zu schaffen.

Weltwirtschaftsführer befürworten Maßnahmen zum Klimaschutz

[*Britische Botschaft Berlin, 13. 6. 2005*] Die Chefs von 24 globalen Konzernen haben Premierminister Tony Blair eine Erklärung überreicht, in der sie sich ausdrücklich für Maßnahmen zur Abmilderung des Klimawandels aussprechen. Erarbeitet wurde diese Erklärung vom Runden Tisch der G8 zum Klimawandel, den das Weltwirtschaftsforum in Davos einberufen hatte.

Die Wirtschaftsführer unterstreichen in ihrer Erklärung die Bedeutung marktgestützter Lösungen im Kampf gegen den Klimawandel und fordern die Regierungen auf, "klare, transparente und konsistente Preissignale" zu setzen, indem sie ein langfristiges klimapolitisches Rahmenwerk schaffen, das alle größeren Emittenten von Treibhausgasen erfasst. Sie betonen, dass Technologie-Anreizprogramme erforderlich seien, um eine kommerzielle Nutzung CO₂-armer Technologien schneller zu verwirklichen und die Chancen zur Emissionsminderung in den Beschaffungspraktiken der öffentlichen Hand und der Wirtschaft zu realisieren. Die Erklärung ruft auch zu einer "neuen Partnerschaft" der G8-Staaten mit China, Indien, Brasilien, Südafrika und Mexiko auf, um private Investitionen in eine CO₂-arme Infrastruktur zu fördern.

Die Erklärung ist die Antwort des Runden Tisches der G8 zum Klimawandel auf die Aufforderung von Premierminister Blair, im Vorfeld des G8-Gipfels, der im Juli im schottischen Gleneagles stattfinden wird, einmal die Sichtweise der Unternehmen zum Klimawandel darzulegen.

Beim Runden Tisch zum Klimawandel sind globale Unternehmen aus einem breiten Spektrum von Branchen mit Konzernzentralen in Europa, Russland, Kanada, den USA, Südafrika und Japan vertreten. Die beteiligten deutschen Unternehmen sind Eon, Deutsche Bank, Siemens und VW.

Wortlaut der Erklärung (auf Englisch): http://www.weforum.org/pdf/g8_climatechange.pdf

G8-Gipfel beschließt Aktionsplan zu Klima und Energie

[*Franz Alt, sonnenseite.com, 12. 7. 2005*] Bundesumweltminister Trittin hat die Ergebnisse des G8-Gipfels in Gleneagles begrüßt: „Das Bekennt-

nis der führenden Industrienationen zu ihrer besonderen Verantwortung ist ein wichtiges Signal für Fortschritte in der internationalen Klimaschutzpolitik“, sagte Trittin. In den Verhandlungen sei es gelungen, die Bedeutung des Kioto-Protokolls, das die USA nicht ratifiziert haben, zu unterstreichen. „Mit der Gipfelerklärung erkennt die US-Administration unter Präsident Bush öffentlich an, dass der Klimawandel vom Menschen verursacht wird“, so Trittin.

Der unter dem Vorsitz von Premierminister Blair verabschiedete Aktionsplan setzt auf eine Steigerung der Energieeffizienz und auf den vermehrten Einsatz erneuerbarer Energien in den G8-Staaten sowie in großen Schwellen- und Entwicklungsländern. In der Gipfelerklärung bekennen sich die G8 zur Klimarahmenkonvention und zur Fortführung der multilateralen Politik, um das globale Problem des Klimawandels in den Griff zu bekommen.

Bis 2030 rechnet die Internationale Energieagentur (IEA) mit weltweiten Investitionen von rund 16.000 Mrd. US-Dollar im Energiesektor. Der G8-Aktionsplan bildet die Grundlage für gemeinsame Maßnahmen und Programme zur nachhaltigen, klimafreundlichen Ausgestaltung der Energieinvestitionen. Die Umsetzung soll in einem Dialogprozess vorangebracht werden, in den Weltbank und IEA sowie Länder mit hohem Energiebedarf einbezogen sind. „Verstärkte Anstrengungen in der internationalen Zusammenarbeit sind dringend notwendig, um gefährlichen Klimawandel zu verhindern“, so Trittin. Der G8-Gipfel sei dabei ein wichtiger Brückenschlag.

Angesichts des wachsenden Energiehungers müsse eine globale Energiewende eingeleitet werden, so Bundesumweltminister Jürgen Trittin: Weg vom Öl und Atom, hin zu Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien. „Die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Energie- und Klimaschutzpolitik belegt, dass dies machbar und wirtschaftlich von Vorteil ist. Erneuerbare Energien helfen, die globale Armut zu überwinden und schaffen neue Arbeitsplätze – allein in Deutschland gut 130 000.“ Der massive Ausbau der Erneuerbaren Energien und Maßnahmen zur Steigerung von Energieeffizienz haben Deutschland einen Spitzenplatz in dem globalen Zukunftsmarkt klimafreundlicher Technologien

beschert.

Der Aktionsplan von Gleneagles setzt seine Schwerpunkte bei Technologien, insbesondere im Energieeffizienzbereich und bei erneuerbaren Energien. Außerdem sind Verstärkte Maßnahmen zum Schutz gegen Klimafolgen, vor allem im stark betroffenen Afrika, vorgesehen. Dazu Bundesumweltminister Jürgen Trittin:

„Die Initiativen der G8 unterstützen die notwendige multilaterale Zusammenarbeit, ersetzen sie aber nicht. Wir brauchen klare, multilaterale Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Ausgestaltung der Energiepolitik und zur Vermeidung gefährlicher Klimaänderungen. Bis zur Mitte des Jahrhunderts müssen wir die weltweiten Emissionen um bis zu 50% senken. Das Kioto-Protokoll liefert die Instrumente, Klimaschutz kosteneffizient zu erreichen. So hat der Emissionshandel, der gerade in Europa beginnt, einen wahren Investitionsboom für neue hocheffiziente Kraftwerke ausgelöst. Wir müssen diesen Rahmen für die Zeit nach 2012 dringend fortentwickeln – für den Klimaschutz und zur Gewährleistung von Planungs- und Investitionssicherheit.“

G8-Gipfel: Keine Fortschritte beim Klimaschutz

[WWF, 11. 7. 2005] Der von grausamen Terroranschlägen überschattete G8-Gipfel in Schottland hat nach unserer Einschätzung den internationalen Klimaschutz leider nicht weitergebracht. Die von der Bundesregierung vollmundig verkündeten "Fortschritte" sind ein Etikettenschwindel. Im Abschlussdokument wird zwar anerkannt, dass der Klimawandel ein Problem darstellt, es gibt aber keine konkreten Ziele oder Maßnahmen vor. Das ist in etwa so als ob die Regierungschefs anerkennen, dass die Erde keine Scheibe ist.

Der G8-Gipfel hat es versäumt, ein klares Bekenntnis abzugeben, um den globalen Temperaturanstieg unter zwei Grad Celsius zu halten. Hierzu sind deutlich stärkere Reduzierungen der Treibhausgasemissionen nötig. Allein auf Technik zu setzen, wie es die US-Amerikaner propagieren, geht am Problem vorbei. Natürlich müssen technische Lösungen vorangetrieben werden, parallel müssen aber Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit sich Investitionen in klimaverträg-

liche Technologien lohnen. Ehrgeizige Klimaschutzziele sind zudem unverzichtbar.

Insgesamt hat sich der Graben zwischen den USA und dem Rest der Welt noch vertieft. Der WWF ist enttäuscht, dass es nicht gelungen ist, den fünf größten Schwellenländern, Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika den Weg für eine CO₂-arme Entwicklung zu ebnet. Finanzielle und technische Unterstützung der G8 sucht man vergeblich.

11. ZITATE UND BEDENKENSWERTES

George W. Bush, US-Präsident

[aus: die taz vom 7. 7. 2005] „Ich weiß, dass die Erde sich erwärmt und dass die von Menschen geschaffenen Treibhausgase dabei eine Rolle spielen.“

Jürgen Trittin, Bundesumweltminister

[auf dem Grünen Parteitag am 9. 7. 2005] „Wenn die letzte Mopsfledermaus vertrieben ist und der letzte Hamster plattgemacht wurde, wird kein einziger Arbeitsplatz mehr entstanden sein.“

Satire: George Bush ist konsequent: Die Natur ist der größte Terrorist!

[Satire von Kabarettist Chin Meyer, Berliner Kurier, 10. 6. 2005] Die US-Regierung fälscht wissenschaftliche Berichte zum Klimawandel, damit sie sich nicht um Umweltschutz kümmern muss. Nun werden US-Kritiker sagen, dass in den USA viel gefälscht wird. Angefangen beim zuckersüßen Begrüßungslächeln bis hin zu Dokumentationen über Diktatoren mit Massenvernichtungswaffen. In Amerika ist so viel falsch, dass das "Echte" meist als Bedrohung gesehen wird. Dennoch befolgen die USA eine konsequente Linie. Die vielen Naturkatastrophen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Natur viel mehr Menschen tötet als alle Terroristen zusammen. Daher folgert Bush: Die Natur ist der größte Feind der Menschheit. Die Natur muss man platt machen, bevor sie uns erledigen kann! Oder, wie es

in Texas heißt: Dieser Planet hat nur Platz für einen von uns – Mensch oder Natur! Deshalb ist eine neue Erdgaspipeline durch die letzten Urwaldgebiete Alaskas keine Umweltverschmutzung sondern in erster Linie Kampf gegen den Terror! Dumm nur, dass der Klimawandel mit Überschwemmungen und Ausbreitung der Wüsten eine Massenvernichtungswaffe ist, gegen die die feuchten Senfgasträume islamistischer Terroristen direkt harmlos wirken! Eingebildete Bedrohungen kann man mit viel Panzergeknall publikumswirksam in den Sand hauen, aber gegen echte Bedrohungen ist Bush in etwa so erfolgreich wie Münzfering bei der Bewältigung der "Klimakatastrophe" der SPD!

Japan verordnet "Schlips ab!" für den Klimaschutz – Luftige Kleidung soll Energieausgaben senken

[Bernd Weiler, *Die Welt*, 4. 6. 2005] Lange unbehaarte Beine wird es auf dieser Modenschau nicht geben. Auf der Expo in Aichi gehen am Sonntag japanische Industriebosse und Wirtschaftslobbyisten auf den Laufsteg. Prominentestes Model wird Hiroshi Okuda sein. Der ehemalige Toyota-Chef und seine Kollegen wollen legere Kleidung präsentieren. Es geht dabei um viel mehr als nur um Mode. Das japanische Umweltministerium hat das Vorhaben initiiert. Die Kleiderschau dient dem Klimaschutz.

Zum wiederholten Male wird versucht, das große Heer der männlichen Büroangestellten aus dem Anzug zu befreien – vor allem in den heißen und schwülen Sommertagen, wenn das Thermometer auf über vierzig Grad Celsius klettert. Die energiefressenden Klimaanlage sollen zurückgedreht werden. Selbst Premierminister Junichiro Koizumi forderte deswegen sein Kabinett schon auf, in diesem Sommer auf Sakko und Krawatte zu verzichten. Mit gedrosselten Klimaanlage will Japan seinen Verpflichtungen im Kioto-Protokoll näher kommen.

Der Regierungschef stellt sich an die Spitze der Bewegung. Er fordert auf Plakaten und Zeitungsanzeigen legere Sommertracht im Büro und erschien am 1. Juni ohne Schlips in der Kabinettsitzung. Sein blaues Hemd trug er lässig über der Hose. Selbst Oppositionsführer Katsuya Okada,

der gern Koizumis Rücktritt fordert, schloß sich der Initiative des Regierungschefs an und trat ohne Jackett ans Rednerpult.

Für Angestellte, die in Japan oft nur dunkle Anzüge kennen, in ihrem Werktags-Outfit höchstens unter Ein- oder Zweireihern unterscheiden, ist im Auftrag des Umweltministeriums jetzt die Kampagne "Cool Biz" entworfen worden. In der hierarchiegläubigen japanischen Geschäftswelt sind die Beispiele aus dem Top-Management wichtig. Ohne sie verpuffte im vergangenen Jahr eine ähnliche Initiative. Auch nach den Ölkrisen gab es vergebliche Versuche, die konservative Kleiderordnung in der japanischen Geschäftswelt zu revolutionieren. Jetzt jedoch besteht Umweltministerin Yuriko Koike auf den neuen Look: "Diesen Sommer werde ich niemanden mit Krawatte oder Jackett in meinem Büro dulden!"

Japan hat sich nach den Vereinbarungen von Kioto verpflichtet, bis 2012 die Treibhausgas-Emissionen um sechs Prozent unter das Niveau des Jahres 1990 zu senken. Das Energy Conservation Center rechnet vor: Wenn in allen japanischen Büros die Temperatur von 25 auf 28 Grad erhöht wird, könnten 310 Mio. Liter Öl gespart werden. Wirtschaftsminister Heinzō Takenaka träumt sogar von einer Konjunkturbelebung durch "Cool Biz". Bürokraten und Angestellte sollten in die Boutiquen strömen, um ihre eintönige Arbeitskluft aufzufrischen.

12. JOBS

Praktikumsangebot des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung

Im September veranstalten das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und die Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW) e.V. eine Tagung anlässlich des 20-jährigen Bestehens beider Institutionen. Thema der Tagung wird die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen sein. Zur Unterstützung der Vorbereitungen wird von August bis Oktober eine Praktikantenstelle in dem Büro Berlin-Tiergarten angeboten. Interessenten können sich bis zum 15.7.2005 unter der Telefonnummer 030-8851800 melden oder eine email an

<mailto:info@voew.de> schreiben.

13. LINKS UND PUBLIKATIONEN

Klimawandel und Besteuerung

Ein Plädoyer für eine wirksame Besteuerung fossiler Energien von Dr. Eberhard Rhein, Berater beim European Policy Center in Brüssel.

<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Art-Umweltpolitik/6628.php>

EU Grünbuch „Energieeffizienz – oder weniger ist mehr“

Im Grünbuch werden einige Optionen vorgestellt, wie bis 2020 20 Prozent des Energieverbrauchs kostenwirksam durch ein geändertes Verbraucherverhalten und energieeffiziente Technologien eingespart werden könnten. Dank dieser Einsparungen würde die EU schätzungsweise 60 Milliarden EUR weniger für Energie ausgeben. Damit wären Investitionen in die Wirtschaft der EU möglich, so dass die europäische Industrie ihre Führungsrolle ausbauen kann. „Diese Energieeffizienz-Initiative wird Europa helfen, zwei wesentliche Ziele der Lissabon-Strategie zu erreichen: mehr Wachstum und bessere Arbeitsplätze. Sie wird auch dazu beitragen, dass Europa seine Verpflichtungen im Rahmen des Kioto-Protokolls erfüllen kann“, sagte das für Energie zuständige Kommissionsmitglied, Andris Piebalgs. „Die Europäische Union muss alle Möglichkeiten prüfen, um die Zielvorgabe von 20 Prozent Energieeinsparungen zu erreichen.“

http://europa.eu.int/comm/energy/efficiency/doc/2005_06_green_paper_text_de.pdf

Möglichkeiten der Einführung einer Kerosinsteuer auf innerdeutschen Flügen

In dieser Studie untersuchte Prof. Dr. Pache im Auftrag des Umweltbundesamtes eventuelle rechtliche Hürden, die der Einführung einer nationalen Kerosinsteuer entgegenstehen könnten.

Das zu Grunde gelegte Konzept sieht eine Besteuerung allen Kerosins vor, das für innerdeutsche Flüge verwendet wird, unabhängig davon, ob es in Deutschland getankt wurde oder außerhalb. Auf diese Weise ließe sich Tanktourismus vermeiden, allerdings müsste für importiertes Kerosin aber auch ein Verbrauchsnachweis geführt werden. Die umfassende Studie steht auf der Seite des Umweltbundesamtes zum Download bereit:

<http://www.umweltbundesamt.org/fpdf-1/2853.pdf>

Karte der 30 klimaschädlichsten Kohlekraftwerke in Deutschland

Der Stromsektor ist, insbesondere durch die Verbrennung von Kohle, in Deutschland Hauptverursacher des klimaschädlichen Kohlendioxids (CO₂). Sie wollen wissen, welche Kraftwerke die ärgsten sind? Vielleicht steht eines direkt neben Ihrer Haustür. In den nächsten 20 Jahren muss etwa die Hälfte der Kraftwerke erneuert werden. Was glauben Sie, wieviel CO₂ eingespart werden kann, wenn dabei auf Gas statt auf Kohle als Brennstoff gesetzt wird? Zehn Prozent? 20 Prozent? Mehr? Mit dieser Karte finden Sie es heraus.

Die anstehende Erneuerung vieler Kraftwerke ist eine riesige Chance, in Deutschland in Sachen Klimaschutz umzusteuern. Die Karte zeigt u.a. auf, wie viel klimaschädliches Kohlendioxid allein durch einen Wechsel von Kohle auf Gas eingespart werden kann. Der wünschenswerte Einsatz von Erneuerbaren Energien würde sogar zu noch massiveren Einsparungen führen.

http://www.wwf.de/naturschutz/klima/CO2_Karte/

energieportal24.de – noch funktionaler

Energieportal24 ist eine Internet-Plattform, die den Besuchern umfassende und fachlich hochwertige Informationen über erneuerbare Energien anbietet. Das Ziel des Portals ist, möglichst viele Personen individuell mit detaillierten, stets aktuellen Informationen über verschiedene Energietechniken zu versorgen. Der Themenschwerpunkt von energieportal24 liegt im Bereich Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Technik. Selbstverständlich gibt es jedoch auch ausführliche Informationen über die Themengebiete Bioenergie, Solarenergie, Windkraft, Geothermie sowie Erd-

und Flüssiggas.

<http://www.energieportal24.de>

EU-Kommission startet Umfrage zum Emissionshandel

Die Europäische Kommission hat eine Internet-Umfrage zum EU-Emissionshandelssystem gestartet. Diese Umfrage sei der erste Schritt zur Überprüfung der Funktion des Systems, das seit Januar 2005 existiert, heißt es in der Pressemitteilung der Kommission. Auf der Grundlage der Umfrage will die Kommission Mitte 2006 einen Bericht vorlegen.

<http://www.solarserver.de/news/news-3898.html>

Environmental Fiscal Reform for Poverty Reduction

In diesem Positionspapier bezieht die OECD-DAC Stellung zum Thema Ökologische Finanzreform und Armutsbekämpfung. Diese Veröffentlichung entstand während einiger Workshops und soll die Möglichkeiten zur Kombination von Armutsbekämpfung und Klimaschutz durch Ökologische Finanzreformen aufzeigen.

<http://www.oecd.org/dataoecd/14/25/34996292.pdf>

14. VERANSTALTUNGEN

Workshop on Climate Change and Transport

1. September 2005, Brüssel

In diesem Workshop möchten die Grünen des Europäischen Parlaments den Einfluss des Transportwesens und seiner Emissionen auf das Problem des Klimawandels tiefer betrachten, auch in bezug auf aktuelle Probleme und mögliche Lösungsansätze. Wissenschaftler aus ganz Europa sowie Experten der Grünen werden die aktuellen Probleme und notwendigen Schritte hin zu einem nachhaltigen Transportsektor in der EU diskutieren.

Mehr Informationen hier: <http://www.michael-cramer.de/europa/78170.html>

Nachhaltigkeit – die Wachstumsformel

vom Mehr zum Besseren

6. September 2005, Berlin

In einer Gesellschaft, die für das Mehr an Produkten immer mehr Rohstoffe braucht, ist Wachstum eine Sackgasse. Eine Fortsetzung des derzeitigen Ressourcenverbrauchs müsste letztlich die Grundlage von Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft zerstören. Unbegrenztes Wachstum ist nicht möglich, wo es nur um das „Größer, Fetter, Schwerer“ der alten Industriegesellschaft geht. Aber Wachstum, das sich an Mensch und Natur orientiert, Grenzen anerkennt und setzt, bedeutet Entwicklung. Bisher ging es beim Wachstum einfach um das „Mehr“ – zukünftig muß es um das „Besser“ gehen.

Im Sinne dieses Anliegens sind zu dem 5. ganzjährigen Jahreskongress des Rates für Nachhaltige Entwicklung hochrangige Gastredner wie Prof. Dr. Klaus Töpfer, Direktor von UNEP, und der Bundeskanzler, Gerhard Schröder, in das Berliner Congress Center geladen. Darüber hinaus werden zahlreiche Foren zu einer ganzen Bandbreite von Themen angeboten, die von alternativen Energiequellen bis hin zu den Millenniumszielen für Afrika reichen.

Das vollständige Programm und ein Anmeldeformular stehen zum Download bereit auf:

http://www.nachhaltigkeitsrat.de/service/download/jahreskongress/2005/RNE_Einladung_Jahreskongress_2005.pdf

Oder unter: <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/kongress>

Sechste jährliche Weltökosteuerkonferenz

22.-24. September 2005 in Leuven, Flandern in Belgien

Wie schon im letzten Newsletter angekündigt, wird das zentrale Thema der „6. ETC The Promotion of Renewable Energy Sources through Tax or Other Market-Based Measures-Challenges and Obstacles“ sein. So referieren Vertreter aus der EU-Kommission über den derzeitigen Stand sowie über künftige Projekte der EU-Politik; aber auch über die Umsetzung auf nationaler Ebene wird durch den flämischen Minister für öffentliche Arbeit, Energie Umwelt und Ökologie fachkundig Auskunft gegeben werden.

International stellen Professoren aus dem asiatischen und amerikanischen Raum neueste Erkenntnisse und Herangehensweisen vor, so dass sowohl national als auch international das Thema Erneuerbarer Energien fundiert beleuchtet wird.

Inzwischen steht auf der Homepage der Universität Leuven sowohl das Programm, Anmeldeformulare als auch ein umfangreiches Informationsangebot zur Verfügung.

Das aktuelle Programm findet sich unter:
<http://www.law.kuleuven.ac.be/imer/nieuws.html>

***IBEF[®], International Business
Exchange Forum
22.-25. September 2005, Augsburg***

Globalisierung ist ein Schlagwort, das immer mehr auch im Bereich der erneuerbaren Energien zu hören ist. Speziell der Emissionshandel fordert die verschiedenen Nationen an einen Tisch. So findet auch in diesem Jahr wieder die internationale Projekt-Kontaktbörse IBEF[®] statt.

Vom 22. bis 25. September 2005 schaffen in Augsburg die Internationalen Partnermessen „RENEXPO[®]“, „IHE[®] HolzEnergie“ und „re-CONSTRUCT[®] 2005“ eine Austauschplattform rund um die Themen regenerative Energien, Holzenergie und energieeffizientes Bauen und Sanieren. Die Messen bieten Fachbesuchern aus aller Welt durch Foren, englischsprachige Kongresse und einen internationalen Gemeinschaftsstand die Möglichkeit, Projekte und gemeinsame Interessen zu diskutieren. Weitere Informationen gibt es unter <http://www.renewable-forum.com> und <http://www.intercarbon.info>.

***f-cell:
Zukunftstechnologie Brennstoffzelle
26.-28. September 2005, Stuttgart***

Vom 26. bis 28. September 2005 findet er zum fünften Mal statt: "f-cell", der größte Kongress zum Thema Brennstoffzelle in Deutschland. Auch dieses Jahr erwarten die Veranstalter, die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH in Kooperation mit DaimlerChrysler und dem Umweltministerium Baden-Württemberg, wieder etwa 500 Teilnehmer aus 20 Nationen zu dem Stuttgarter Forum, das sich an Produzenten und

potenzielle Anwender der umweltfreundlichen Zukunftstechnologie wendet. Die mit der Organisation betraute Peter Sauber Agentur, Gerlingen, konnte schon über 50 renommierte Referenten aus Wissenschaft und Praxis für das Symposium am 26. und 27. September gewinnen. So stehen bereits Chris Curtis, Vorsitzender des Verbandes Fuel Cells Canada, sowie Dr. Hugo Vandenborre, Executive Vice President der belgischen Hydrogenics Corporation, Stuart Energy Europe, auf der Rednerliste. "Wir möchten den Austausch zwischen Herstellern und späteren Nutzern der Brennstoffzelle stärken und es den Unternehmen ermöglichen, sich rechtzeitig Marktchancen für die Zukunft zu erschließen," erklärten die Organisatoren. Dabei geht das Forum wieder auf die neuesten Entwicklungen in allen drei Hauptanwendungsgebieten der Brennstoffzelle ein: die mobile Nutzung in Fahrzeugen, stationär als Lieferant von Hausenergie oder portabel zum Beispiel in Handys oder Laptops. Das komplette aktuelle Programm finden Interessenten jetzt unter <http://www.f-cell.de>.

***Arbeitsplätze schaffen – aber wie?
7.-9. Oktober 2005, Lichtenfels
(Schloß Schney)***

Die Wochenendtagung der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. wird sich der seit langem zentralsten politischen Frage in Deutschland mit der neuen Akzentuierung stellen, nämlich ob es zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit überhaupt geeignete Instrumente gibt und welche davon aktuell zur Anwendung gebracht werden sollten. Ein Schwerpunkt wird dabei auf den Beschäftigungspotentialen- und Impulsen einer ökologischen Umsteuerung liegen, über die unter anderen auch der BMU-Mitarbeiter und stellvertretende Vorsitzende des Fördervereins Ökologische Steuerreform, Kai Schlegelmich umfassend referiert. Den Abschluß der Tagung bildet eine Podiumsdiskussion mit Vertretern aller Bundestagsfraktionen und dem ÖDP-Bundesvorsitzenden, Prof. Dr. Buchner. Zur Anmeldung wenden Sie sich bitte an: <mailto:Stiftung-fuer-Oekologie-u-Demo@t-online.de>

***Neue Weichenstellungen
in der Energiepolitik?***

***19. Oktober 2005, Akademie der Konrad-
Adenauer-Stiftung, Berlin***

Nach der verlorenen Vertrauensfrage des Bundeskanzlers Anfang Juli wird innerhalb der nächsten Wochen die Entscheidung des Bundespräsidenten über die vorgezogenen Bundestagswahlen erwartet. Sollte es zu Neuwahlen kommen, werden diese voraussichtlich am 18. September 2005 stattfinden. Nur vier Wochen später, am 19. Oktober 2005, ist die nächste Sitzung unseres Arbeitskreises Zukunftsenergien geplant. Sollte es dann eine neue Bundesregierung geben, sind neue Weichenstellungen in der Energiepolitik zu erwarten. Die Auseinandersetzung mit dieser Frage wird deshalb Gegenstand der Arbeitskreis-Sitzung sein.

Mit dabei: Dr. Eberhard Meller, Johannes Lackmann, Dr. Klaus Picard, sowie Prof. Dr. Franz-Josef Wodopia Außerdem hoffen wir, dass auch die Fraktionsvertreter des Bundestages für die Diskussion zur Verfügung stehen werden. Für weitere Informationen:

<http://www.foes.de/3aktuelles/veranstaltungen.html>

ETH Energie Tage Hessen 2005

***21. – 23. Oktober 2005, Wetzlar
(Stadthallen)***

Biorohstoffe sind gefragt und sollen es auch in Zukunft bleiben. In Anlehnung an dieses Ziel informiert die bereits zum 7. Mal stattfindende Kongressmesse "ETH EnergieTage Hessen" in Wetzlar vom 21.-23.10.2005 über Bioenergie, erneuerbare Energien und energieeffizientes Bauen und Sanieren. Mit zahlreichen Kongressen und Seminaren werden sowohl Fach- als auch Messebesucher angesprochen. An den drei Veranstaltungstagen werden in Wetzlar rund 70 Aussteller, 500 Tagungsteilnehmer und 2.500 Besucher erwartet. Weitere Informationen gibt es unter: <http://www.energiestage.com>